

Symposium

Ehrenamt im Bevölkerungsschutz

**10./11. September 2012
Berlin**

Helfer vor neuen Herausforderungen
in Zeiten des demografischen Wandels,
knapper Finanzressourcen und
zunehmender Schadensereignisse



Sicherheitsforschung im Deutschen Roten Kreuz e.V.

Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) ist mit rund 3,8 Millionen Mitgliedern und rund 400.000 Ehrenamtlichen sowie rund 140.000 hauptberuflich Beschäftigten die größte und leistungsfähigste Hilfsorganisation in Deutschland und Teil der weltweit einzigartigen Rotkreuz-/Rothalbmondbewegung

Aufgrund des Wandels der Bedrohungslage der letzten Jahre und den damit verbundenen Herausforderungen für den Katastrophenschutz, gewinnen sicherheitspolitische Themen für das DRK an Relevanz. Unterstützt durch attraktive Fördermöglichkeiten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und die Europäische Kommission haben die Akteure des Bevölkerungsschutzes die Möglichkeit, ihre Konzepte innovativ weiterzuentwickeln, um sich auf entsprechende Lagen vorzubereiten.

Das DRK hat 2009 beschlossen, die Potenziale der Sicherheitsforschung konkret zu nutzen und sich intensiv mit aktuellen Fragestellungen der Sicherheitsforschung auseinander zu setzen. Im Rahmen der Sicherheitsforschung sollen die mit den neuen Herausforderungen im Bevölkerungsschutz verbundenen Wissenslücken geschlossen und auf zukünftige Bedarfe reagiert werden. Dabei bewegt sich die Sicherheitsforschung in diversen Forschungsprojekten innerhalb zweier Themenkomplexe: die Entwicklung von Lösungen zur Verbesserung und Härtung der kritischen Infrastruktur sowie die Erforschung gesellschaftlicher Fragestellungen und Konzepte zur Optimierung bestehender Prozesse bei beispielsweise der Integration von Ehrenamtlichen.

Sicherheitsforschung an der Universität Witten/Herdecke

Der Lehrstuhl für Politikwissenschaft an der Universität Witten/Herdecke richtet sein Augenmerk auf drei Themenschwerpunkte: Politikwissenschaft, Sicherheitsforschung und Sicherheitsmanagement.

Der Fokus des politikwissenschaftlichen Schwerpunktes liegt auf Theorie und Empirie der politischen Systeme sowie auf der Zeitgeschichte. Im Vordergrund stehen dabei das politische System der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union. Von diesen Fixpunkten ausgehend werden die unterschiedlichen politischen Entwicklungen und Konfliktlinien mit den Ansätzen der politischen Theorie, der politischen Systemanalyse und der internationalen Politik untersucht und diskutiert. Der Wandel von Staatlichkeit und Demokratie ist hierbei von besonderem Interesse.

Sicherheitsforschung vollzieht sich in einer breiten interdisziplinären Zusammenarbeit geistes-, sozial-, kultur- und technikwissenschaftlicher Disziplinen. Die Sicherheitsforschung am Lehrstuhl versteht sich als eine sozialwissenschaftlich fundierte Forschung zu den Ursachen, Verläufen und Auswirkungen der gesellschaftlichen und politischen Sicherheitsentwicklung. Im Fokus der Forschungsarbeiten stehen Analysen zu den sich ausdifferenzierenden Säulen der Inneren Sicherheit (staatliche Sicherheit, kommunale Sicherheit, Katastrophenschutz, Sicherheitswirtschaft, Unternehmenssicherheit), zugleich aber auch die zunehmenden Tendenzen eines erweiterten Sicherheitsverständnisses, welches vor allem eine Vernetzung der Belange von innerer und äußerer Sicherheit zum Inhalt hat.

Steuerung und Management vernetzter Sicherheitssysteme gewinnen zunehmend an Bedeutung und stehen vor der Herausforderung, die politischen, rechtlichen, kulturellen und ethischen Aspekte mitzudenken, die mit der Entwicklung von Sicherheitssystemen verbunden sind – sei es für die Belange eines Unternehmens, die Zielsetzung einer lokalen Sicherheitspolitik oder für die Planung neuer nationalstaatlicher und europäischer Sicherheitsarchitekturen, wie sie derzeit in der Diskussion sind. Der Lehrstuhl setzt sich zur Aufgabe, ein solches politisch und kulturell reflektiertes Sicherheitsmanagement zu entwickeln.

Vorwort

Sehr geehrte Leserinnen und Leser, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die vorliegende Tagungspublikation basiert auf dem Fachsymposium „Ehrenamt im Bevölkerungsschutz“, das am 10. und 11. September 2012 unter gemeinsamer Fahne der Universität Witten/Herdecke und des Generalsekretariats des Deutschen Roten Kreuzes in den geschichtsträchtigen Räumlichkeiten der Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport stattgefunden hat.

Das Datum der Veranstaltung ist kein Zufall. Der 11. September 2001 stellt einen signifikanten Wendepunkt der sicherheitspolitischen Entwicklungen des 21. Jahrhunderts dar. Nicht nur das amerikanische Hilfeleistungssystem wurde im Anschluss an die Terroranschläge in den Vereinigten Staaten von Amerika an die neuen Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus angepasst. Auch die deutsche Sicherheitsarchitektur hat sich seither in allen wesentlichen Bereichen verändert. In der föderalen Sicherheitsarchitektur ist auch der Bevölkerungsschutz angesiedelt. Dieser Bereich ist besonderen Herausforderungen ausgesetzt. Zum einen unterliegt dieser Bereich, wie auch andere Bereiche der Inneren Sicherheit, demografischen Entwicklungen, zum anderen bilden ehrenamtliche Strukturen das Rückgrat des Bevölkerungsschutzes. Ergo: ohne Ehrenamt kein Bevölkerungsschutz.

In einer schnelllebigen Zeit mit hohen Mobilitätsanforderungen an berufstätige Menschen gerät ehrenamtliches Engagement oftmals in den Hintergrund. Diese Tatsache, einhergehend mit der Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 und den demografischen Trends in der Bundesrepublik Deutschland, führt dazu, dass die Nachwuchsgewinnung von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern für die Hilfsorganisationen zur Mammutaufgabe wird. Gelingt es zukünftig nicht, ausreichend Menschen für den Dienst am Nächsten zu mobilisieren, wird dies zur Verringerung des Sicherheitsniveaus in Deutschland führen. Doch welche Anzahl von Menschen werden zukünftig noch in den Hilfsorganisationen und freiwilligen Feuerwehren benötigt, um ein ausreichendes Schutzniveau beizubehalten? Wie können diese Menschen in einer schnelllebigen Infor-



Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange ist Professor für Politikwissenschaft, Sicherheitsforschung und Sicherheitsmanagement an der Universität Witten/Herdecke. Er ist Initiator und Sprecher des 1996 gegründeten Interdisziplinären Arbeitskreises Innere Sicherheit (AKIS) sowie des Arbeitskreises Politikfeldanalyse Innere Sicherheit in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Darüber hinaus ist er Dekan der Fakultät für Kulturreflexion – Studium fundamentale und Vorsitzender des Senats der Universität Witten/Herdecke.

mationsgesellschaft zur Mitwirkung begeistert werden? Und welche Formate müssen geschaffen werden, um die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt noch zu gewährleisten? Diese und viele weitere Fragen haben wir bei unserem Symposium aufgegriffen und zum Teil kritisch diskutiert. Die vorliegende Publikation spiegelt einige Ergebnisse und Eindrücke der Veranstaltung wider.

Wir danken dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), das zur Finanzierung der Veranstaltung beigetragen hat, sowie allen Referentinnen und Referenten und nicht zuletzt allen Gästen, die durch ihre Diskussionsbeiträge wichtige Impulse zum Gelingen der Veranstaltung gegeben haben.

Witten/Berlin im Dezember 2012

Inhalt

SYMPOSIUM – Ehrenamt im Bevölkerungsschutz

Vorwort 3

Einführung 6

Senator Frank Henkel, Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Berlin

Themenblock I: Ehrenamt und Gesellschaftspolitik

Die Rolle des Ehrenamts für die Gesellschaft 10

Dr. h.c. Rudolf Seiters, Bundesminister a. D., Präsident des Deutschen Roten Kreuzes

Bevölkerungsschutz und ehrenamtliches 16

Engagement aus Sicht des Bundes

Norbert Seitz, Bundesministerium des Innern

Kampagne „Deutschland on“ 22

Adrian Bedoy, Publizist und Werbefotograf,

Lehrbeauftragter an der Universität Witten/Herdecke

Das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz im Spiegel 28

des demografischen Wandels

Gerold Reichenbach (SPD), MdB 28

Dr. Konstantin von Notz (Bündnis90/Die Grünen), MdB 32

Florian Bernschneider (FDP), MdB 33

Themenblock II: Ehrenamt und Demografie

Zur Rolle des Alters im ehrenamtlichen Engagement 36

im Bevölkerungsschutz

Prof. Dr. Gerhard Naegele, Institut für Gerontologie an der TU Dortmund

Demografie und Bevölkerungsschutz 44

Dr. Thieß Petersen, Bertelsmann Stiftung

Zielgruppenorientierte Demografie-Forschung 50

für den Bevölkerungsschutz

Dr. Wolfram Geier, Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Themenblock III: Formate des Helfens/Helfergewinnung

Vorstellung der Konzepte und Erwartungshaltungen aus den Hilfsorganisationen und dem Brandschutz

Dr. Johannes Richert, Deutsches Rotes Kreuz	56
Ludger Schulte-Hülsmann, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	62
Wolfram Rohleder, Johanniter-Unfall-Hilfe	66
Harald Schottner, Arbeiter-Samariter-Bund	72
Benedikt Liefländer, Malteser-Hilfsdienst	76
Katrin Klüber, Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	82
Podiumsdiskussion:	89
Künftige Herausforderungen an das Ehrenamt – Auch die Politik muss handeln	

Laufende (Forschungs-)Aktivitäten

Team Österreich – Menschen gesucht, die anpacken	94
Gerry Foitik, Österreichisches Rotes Kreuz	
Ehrenamtliches Engagement von Migranten im Katastrophenschutz	96
Dr. Frank Gesemann, Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) Sarah Geißler, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin	
Ehrenamtliches Engagement im Bevölkerungsschutz	102
Dr. Christian Endreß, Universität Witten/Herdecke	
Neue Ansätze zur Stärkung des Ehrenamts im Bevölkerungsschutz	106
Tina Weber, Deutsches Rotes Kreuz	
Literaturliste	110

Impressum

Herausgeber:

Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange (Universität Witten/Herdecke)

Dr. Christian Endreß (Universität Witten/Herdecke)

Deutsches Rotes Kreuz e.V., Generalsekretariat

ISBN 978-3-00-041153-3

Bildnachweis: Nico Weber

Zeichnungen: Mike Klar

Redaktion: Karina Böckmann

Layout und Satz: Anke Raum

Eröffungsansprache

Ehrenamt im Bevölkerungsschutz

Ich freue mich ganz besonders, Sie in unserem ehrwürdigen Bärensaal – dem Festsaal des Alten Stadthauses – begrüßen zu dürfen. Unser Berliner Bär symbolisiert als Wappentier Stärke und Mut, aber er ist auch umgeben von Sinnsprüchen in diesem Saal, die für die Bürgertugenden und damit die Grundlage unseres Zusammenlebens stehen. Und Sie, die hier Anwesenden, wollen in den nun folgenden zwei Tagen im Rahmen eines Symposiums über die Zukunft der ehrenamtlich im Bevölkerungsschutz tätigen Bürger und Bürgerinnen unseres Landes beraten, die mit ihrem Engagement und ihrem Einsatz tagtäglich für eben diese Tugenden stehen. Daher ist dieser Saal auch der geeignete Ort, um über besondere Menschen zu reden, aber auch um sie zu ehren. Ich tue das im Herbst eines jeden Jahres, indem ich den ehrenamtlich im Berliner Katastrophenschutz tätigen Helferinnen und Helfern mit der Verleihung der Feuerwehr- und Katastrophenschutz-Ehrenzeichen hier an dieser Stelle meinen besonderen Dank und meine Anerkennung erweise. Als ich vor fünf Monaten von Ihnen, Herr Professor Dr. Lange, gebeten wurde, diese Fachtagung zum Thema „Bevölkerungsschutz und Ehrenamt“ zu eröffnen, habe ich keinen Moment mit meiner Zusage gezögert. Als Berliner Innensenator bin ich zuständig für den Bevölkerungsschutz in unserer Hauptstadt. Dies ist aus sicherheitspolitischer Sicht eine große Herausforderung, denn Berlin nimmt in jeder Beziehung eine signifikante Stellung ein. Berlin hat die größte Einwohnerzahl und nach München die höchste Bevölkerungsdichte. In Berlin sind Persönlichkeiten aus Politik und Diplomatie in einem Maße vertreten wie in keiner anderen Stadt Deutschlands. Dies alles macht Berlin zu einer Stadt, in der dem Zivil- und Katastrophenschutz ein besonderes Augenmerk gewidmet werden muss.

Frank Henkel ist seit Dezember 2011 Senator für Inneres und Sport und Bürgermeister von Berlin. Er hat mehrere Studiengänge absolviert: Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin, Public Relations an der Deutschen PR-Akademie in Wiesbaden und Journalismus an der FU Berlin. Seit 2008 ist das langjährige CDU-Mitglied Landesvorsitzender seiner Partei in Berlin.

Wir alle wissen aber, dass der Bevölkerungsschutz ohne das herausragende Engagement der vielen tausend ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in den Katastrophenschutz- und Notfalleinheiten in Berlin und ganz Deutschland nicht funktionieren würde. Das Ehrenamt – das lassen Sie mich bitte hier ganz deutlich sagen – ist ein unverzichtbarer Bestandteil in der Sicherheitsarchitektur unseres Landes. Seine Stärkung ist daher ein besonderes politisches Anliegen der Bundesregierung und des Berliner Senats.

Die zentrale Frage unseres Symposiums lautet, wie wir trotz des demografischen Wandels die ehrenamtlichen Strukturen bewahren können. Angesichts der Bedeutung und Herausforderung steht diese Frage ganz oben auf der Agenda der in den kommenden Jahren zu lösenden Probleme im Zivil- und Katastrophenschutz.

Die Innenministerkonferenz hat bereits im Juni des vergangenen Jahres dem BMI den Auftrag erteilt, im Rahmen einer länderoffenen Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Feuerwehren und der Hilfsorganisationen ein umfassendes Forschungsprojekt zu initiieren. Hier sollen geeignete Maßnahmen gegen den Rückgang der Helferzahlen im Ehrenamt entwickelt werden.

Es ist evident, dass sich durch den demografischen Wandel die Rahmenbedingungen für eine kontinuierliche Nachwuchsgewinnung in Deutschland verändert haben.



Frank Henkel, Senator für Inneres und Sport und Bürgermeister von Berlin

Aufgrund der Tatsache, dass es in den nächsten Jahren immer weniger junge Menschen geben wird, wird sich auch die Nachwuchsgewinnung drastisch erschweren.

Ein weiterer Faktor, der in diesem Zusammenhang erschwerend hinzugekommen ist, ist der Wegfall der Allgemeinen Wehrpflicht bzw. der damit verbundene Wegfall des Ersatzdienstes. Viele junge Männer hatten sich früher für eine alternative Tätigkeit bei den Bevölkerungsschutzorganisationen unseres Landes entschieden.

Darüber hinaus unterliegt das ehrenamtliche Engagement auch in qualitativer Hinsicht einem Wandel. Früher übte man ein Ehrenamt oft über eine längere Lebenszeit hinweg aus. Heute engagieren sich viele Menschen kürzer und eher projektbezogen. Und viele verbinden damit auch ganz spezielle persönliche Erwartungen: Neues lernen, sich weiterqualifizieren, Kontakte knüpfen, sich einer Gemeinschaft zugehörig fühlen, Anerkennung erfahren – und Spaß haben.

Vor diesem Hintergrund stehen neben einer grundsätzlichen Motivation und Aktivierung der Gesamtbevölkerung insbesondere jene Bevölkerungsgruppen im Fokus der Bemühungen, die aktuell im ehrenamtlichen Katastrophenschutz entsprechend ihres Anteils an der Bevölkerung deutlich unterrepräsentiert sind: Frauen, Langzeitarbeitslose, ältere Menschen und Bürger mit Migrationshintergrund.

Eine Millionenstadt wie Berlin hat zwar von jeder der hier angesprochenen Zielgruppen ausreichende Ansprechpartner. Der Fokus unserer Bemühungen liegt jedoch klar auf den Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund.

Zum einen beträgt ihr Anteil an der Berliner Bevölkerung schon heute 25 Prozent, wobei die Tendenz weiter steigend ist. Zudem beobachten wir, dass Katastrophenschutzorganisationen bei ihren Einsätzen immer häufiger mit Situationen konfrontiert werden, die interkulturelle Kompetenz und fremdsprachliche Kenntnisse voraussetzen und in denen multikulturelle Teams besser auf Anforderungen bei Einsätzen, z. B. in Wohngebieten mit hohem Migrantenanteil, reagieren können.

Daneben nützt ehrenamtliches Engagement nicht nur dem Bevölkerungsschutz, sondern auch dem Einzelnen. Seine Integration wird durch aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unterstützt. Menschen mit Migrationshintergrund erfahren sich als Teil der Gemeinschaft. Schließlich erwerben sie Kenntnisse und Fähigkeiten, die Perspektiven für Berufswahl und Qualifizierung eröffnen können.

Ein gelungenes Beispiel dafür ist das vor drei Jahren in meinem Zuständigkeitsbereich gestartete Projekt „Einsatz Berlin“. Es hat zum Ziel, die Ausbildungs- und Beschäftigungsquote von Migrantinnen und Migranten bei der



Veranstaltungsteilnehmer

Berliner Feuerwehr signifikant zu steigern.

In Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer Berlin wird hierbei ein spezifischer Ausbildungsgang umgesetzt, der handwerkliche und feuerwehrtechnische Ausbildungsteile kombiniert. Den Bewerbern wird dabei auf der Grundlage einer Veränderung der Laufbahnverordnung der Facharbeiterbrief als Zugangsvoraussetzung erlassen.

Der eigentlichen Feuerwehrausbildung wird stattdessen eine maßgeschneiderte handwerkliche Qualifizierung vorgeschaltet, die Module aus verschiedenen Gewerken verbindet. Bei Bedarf wird die Ausbildung mit fachbezogenem Deutschunterricht kombiniert. Die Module sind bereits zertifiziert und haben sich in den entsprechenden handwerklichen Berufsausbildungen bewährt.

Doch damit nicht genug. Im Oktober des vergangenen Jahres wurde auf Initiative meiner Verwaltung ein EU-weites Projekt gestartet. Ziel ist es, die in Berlin – und ebenso in den meisten EU-Staaten – bislang im Katastrophenschutz unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppe der Migrantinnen und Migranten stärker als bisher für ein ehrenamtliches Engagement insbesondere in den Hilfsorganisationen, also dem THW und bei den Freiwilligen Feuerwehren, zu gewinnen.

Ich freue mich, dass Ihnen dieses – auch nach Auffassung unserer EU-Partner (das sind Spanien, Österreich und die Niederlande) – Erfolg versprechend angelaufene Projekt am zweiten Tag dieses Symposiums vorgestellt wird.

Es ist mir ein besonderes Anliegen, mit der Übernahme der Schirmherrschaft die besondere Bedeutung, die dieses Thema in meinem Haus genießt, zu untermauern.

Abschließend wünsche ich dieser Veranstaltung die Aufmerksamkeit und Wertschätzung, die sie verdient, sowie wertvolle Ergebnisse und Impulse, die zu verwertbaren Lösungsansätzen führen – nicht zuletzt auch für die politisch Verantwortlichen.



Themenblock I

Ehrenamt und Gesellschaftspolitik

Ehrenamt und Gesellschaftspolitik

Die Rolle des Ehrenamts für die Gesellschaft

Ich freue mich außerordentlich, heute gemeinsam mit Herrn Professor Lange dieses Fachsymposium „Ehrenamt im Bevölkerungsschutz“ eröffnen zu können. Dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) ist es, ebenso wie der Universität Witten/Herdecke, ein großes Anliegen, dieses Thema in den Fokus der politischen und wissenschaftlichen Diskussion zu lenken. Das Ehrenamt bildet im DRK – und auch bei allen anderen Akteuren des Bevölkerungsschutzes – eine wesentliche Säule unserer Arbeit. Es ermöglicht das bestehende, flächendeckende und vor allem aufwuchsfähige System des Zivil- und Katastrophenschutzes in Deutschland, wodurch selbst große und komplexe Schadenslagen erfolgreich bewältigt werden konnten und können. Dennoch stehen wir als Akteure im Bevölkerungsschutz neuen Herausforderungen hinsichtlich des Ehrenamtes gegenüber, und ich freue mich, dass sich heute hier Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Bevölkerungsschutz eingefunden haben, um gemeinsam mit uns über die uns bevorstehenden Aufgaben zu diskutieren.

Lassen Sie mich kurz zum Einstieg Henry Dunant, den Begründer der Rotkreuzbewegung, zitieren. Denn bereits in seiner 1862 veröffentlichten Schrift „Eine Erinnerung an Solferino“, in der er seine Erlebnisse von der Schlacht bei Solferino schildert, hebt er die Bedeutung ehrenamtlichen Engagements hervor: „So braucht man also freiwillige Wärter und Wärterinnen, die im voraus ausgebildet, geschickt und mit ihrer Aufgabe vertraut sind [...]. Das Personal der Feldlazerette reicht niemals aus; selbst wenn es doppelt oder dreimal so stark wäre, könnte dies doch nicht genügen, und so wird es auch immer bleiben. Daher ist es unvermeidlich, daß man auf die Hilfe der Bevölkerung zurückgreifen muß, [...] denn nur durch Zusammenarbeit mit der Bevölkerung wird man das Ziel erreichen, um das es sich hier handelt.“

Zivilgesellschaftliches Engagement bzw. das Ehrenamt haben eine lange und tief greifende Tradition in Deutschland. Es entstand bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts,

Dr. Rudolf Seiters ist Präsident des Deutschen Roten Kreuzes. Der promovierte Rechts- und Staatswissenschaftler hat hohe politische Ämter bekleidet. Er war unter anderem Bundesminister für besondere Aufgaben im Kanzleramt, Bundesminister des Innern und Erster Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Er ist in mehreren Ausschüssen und Stiftungen ehrenamtlich tätig und hat zahlreiche Auszeichnungen erhalten.

als im Zuge der Etablierung kommunaler Selbstverwaltungsstrukturen öffentliche Ämter an ausgewählte Bürger übertragen wurden, die von ihnen dann unentgeltlich ausgeführt wurden. Zur gleichen Zeit entwickelte sich ein umfangreiches Vereinswesen. Besonders das soziale Engagement fand hier seinen Ursprung, da man sich hier vor allem für Arme und Hilfebedürftige ehrenamtlich einsetzte.

So nahm das Ehrenamt in Deutschland sowohl im politischen als auch im sozialen Bereich seinen Anfang. Aber ebenfalls in anderen Bereichen entwickelte sich bald ehrenamtliches Engagement. Ähnlich wie im Bereich der Armenpflege wurde das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz aus der Not heraus geboren. Während der beiden Weltkriege und in den Jahren danach waren es vor allem Ehrenamtliche, die das Leid von Soldaten, aber ebenso der betroffenen Zivilbevölkerung, linderten.

Das heutige System des Zivil- und Katastrophenschutzes nahm besonders in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg seine Gestalt an. Die wachsende Bedrohung atomarer und chemischer Waffen mit dem Beginn des Kalten Krieges führte auf Bundesebene dazu, dass der Zivilschutz in den Mittelpunkt rückte. 1968 setzte dann die Verzahnung der Potenziale von Zivil- und Katastrophenschutz, der sich bereits in den Bundesländern entwickelt hatte, ein. Somit wurde der Zivil- und Katastrophenschutz als gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Hilfsorga-



Dr. rer. pol. h.c. Rudolf Seiters,
Präsident des Deutschen Roten Kreuzes

nisationen in seiner Bedeutung weiter gefestigt. Die föderale Aufgabenteilung im Bevölkerungsschutz ermöglicht so traditionell eine flächendeckende Sicherheit. Um dies zu gewährleisten, ist im Notfall der Einsatz zahlreicher Helfer notwendig und macht deshalb das Ehrenamt zum Rückgrat des deutschen Bevölkerungsschutzes.

Ich möchte die Bedeutung und die Rolle des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz gern an zwei sehr einschneidenden Katastrophenereignissen der deutschen Geschichte verdeutlichen. Beide Ereignisse jähren sich in diesem Jahr 2012, beiden Ereignissen liegt das gleiche Schadenszenario zugrunde, und bei beiden Ereignissen war es nur durch die Hilfe zahlreicher freiwilliger Helfer möglich, diese zu bewältigen. Ich spreche zum einen von der Sturmflut an der Nordseeküste und ihrem traurigen Höhepunkt in Hamburg 1962 und vom sogenannten „Jahrhunderthochwasser“ entlang der Elbe 2002, bei dem im besonderen Maß die Bundesländer Sachsen und Sachsen-Anhalt betroffen waren. Beide Ereignisse fanden in einem Abstand von 40 Jahren statt und verdeutlichen doch schon auf den ersten Blick, dass es zu keinem Zeitpunkt eine 100-prozentige Sicherheit vor Katastrophen geben wird, weder in der Vergangenheit, noch in der Gegenwart und sicherlich auch nicht in der Zukunft. Umso wichtiger ist es, sich ausreichend auf mögliche Schadensereignisse vorzubereiten und ausreichend Einsatzkräfte zur Verfügung zu haben, um vor allem menschliches Leid

zu verhindern oder wenigstens zu lindern.

Solch verheerende Hochwasser wie die beiden genannten Beispiele haben Auswirkungen auf alle Bereiche des täglichen Lebens. Das übertretende Wasser bedroht in erster Linie Menschen in ihrer Existenz. Während der Sturmflut 1962 und des Elbehochwassers 2002 gab es leider auch zahlreiche Tote und Verletzte. Dennoch ist der Großteil der Betroffenen auch materiell bedroht. Sie müssen entweder ihre Häuser und Wohnungen verlassen oder sind teilweise in ihnen eingeschlossen. Um diese Menschen zu versorgen, sind die freiwilligen Helfer der verschiedenen Akteure des Bevölkerungsschutzes im Einsatz. So wird dafür gesorgt, dass die Betroffenen in Notunterkünften untergebracht und dort von vor allem Ehrenamtlichen medizinisch aber auch mit den Dingen des alltäglichen Bedarfs versorgt werden. Menschen, die in ihren Häusern eingeschlossen sind, werden von ehrenamtlichen Einsatzkräften der Wasserrettung aus ihren Häusern befreit oder eben mit Lebensmitteln und notwendigen Gütern versorgt. Gleichzeitig werden ehrenamtliche und hauptamtliche Helfer eingesetzt, um den Schaden und das Ausmaß eines solchen Hochwassers einzudämmen, indem sie zum Bau provisorischer Deiche aber auch zum Schutz und zur Rettung von wichtigen Kulturgütern eingesetzt werden und Unterstützung leisten, um die Infrastrukturen in gewissem Maß aufrechtzuerhalten.

Potenziale nutzen

Natürlich brauchen wir auch hauptamtliche Einsatzkräfte im Bevölkerungsschutz, da diese im Falle einer Katastrophe schnell und zielgerichtet einsetzbar sind. Jedoch ist es gerade im Fall von Naturkatastrophen kaum absehbar, welche Dimension und Folgen diese mit sich bringen können. Aus diesem Grund ist es von wesentlicher Bedeutung, genügend Personalressourcen in Form ehrenamtlicher Helfer vorzuhalten, diese ausreichend auszubilden und dann bedarfsgerecht einzusetzen. Das Elbehochwasser 2002 hat gezeigt, dass die Menschen gerade in der Not bereit sind, spontan und schnell Hilfe anzubieten und zu leisten, auch ohne dass sie sich im Vorfeld bei der freiwilligen Feuerwehr oder in Hilfsorganisationen engagiert haben. Für uns als DRK gilt es, diese Potenziale wahrzunehmen und vor allem wertzuschätzen und für den Zivil- und Katastrophenschutz zu nutzen – auch mit einem eigenen Projekt, das darauf Rücksicht nimmt, dass sich manche Erwartungen und Anforderungen verändert haben, die Menschen an ein ehrenamtliches Engagement richten, mit Blick auf ihre persönlichen Belange und Selbstverwirklichungsinteressen. Auch wollen viele Freiwillige aufgrund der gesellschaftlichen Anforderungen nach Flexibilität und Mobilität sich weniger dauerhaft und kontinuierlich engagieren und suchen zum Teil informellere Organisationsformen für ihr Engagement.



Veranstaltungsteilnehmer

Ich bin jedoch überzeugt, dass wir Lösungen finden werden, um den Motiv- und Strukturwandel im Ehrenamt und die Anforderungen an die besonderen Aufgaben des ehrenamtlichen Engagements im Bevölkerungsschutz in Einklang zu bringen. Neben der zunehmenden Mitwirkung in Bürgerinitiativen setzen sich viele freiwillig im Bereich der Selbst- und Nachbarschaftshilfe ein. Gerade dieser Bereich der Hilfeleistungen ist auch ein wesentlicher Bestandteil des Bevölkerungsschutzes und sollte gerade angesichts immer häufiger drohender und komplexerer Schadenslagen gestärkt werden. Bereits 2002 bei der Elbeflut hatte sich gezeigt, dass es zahlreiche spontane Hilfsangebote vorher im Bevölkerungsschutz nicht aktiver Freiwilliger gegeben hatte. Gerade in akuten Not-situationen sind die Menschen aus der näheren Umgebung oftmals schneller am Einsatzort als die Helfer des Katastrophenschutzes und unterstützen die Betroffenen. Es muss deshalb unsere Aufgabe sein, diese vorhandene Motivation für uns als Akteure des Bevölkerungsschutzes zu nutzen sowie für beide Seiten gewinnbringend einzusetzen.

Meine Damen und Herren, möglicherweise ist es nicht ganz unbedeutend, dass wir uns heute hier in Berlin zusammengefunden haben, gingen doch von dieser Stadt als Machtzentrum Preußens die Impulse für jene Preußische Städteordnung von 1808 aus, die durch die Einführung der kommunalen Selbstverwaltung die Entstehung des bürgerlichen Ehrenamtes einleitete und somit seine Tradition in Deutschland begründete. Und diese Tradition wollen wir erhalten.

In diesem Sinne freue ich mich auf zwei fruchtbare Tage mit Ihnen, angereichert mit informativen Beiträgen der Vortragenden und anregenden Diskussionen, die es uns ermöglichen, innovativen Lösungen für die Herausforderungen hinsichtlich des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz ein Stück näher zu kommen.



Mike Klar hat das Symposium zeichnerisch begleitet. Er hat Visuelle Kommunikation mit Schwerpunkt Illustration und Grafik an der Bauhaus-Universität Weimar und der École d'Art et de Design Genève studiert und ist seitdem als Illustrator, Live-Zeichner und Grafiker tätig.

Seit 2007 ist er Mitglied der Künstlergruppe ILLU-MAT – einer interaktiven Zeichenmaschine, die Wünsche erfüllt.

Momentan absolviert er zusätzlich ein postgraduales Masterstudium in Kunsttherapie an der KH Berlin Weißensee.



"Die Rolle des Ehrenamtes für die Gesellschaft"

imagine 



UNI WITTEN

SICHERHEITS-
FORSCHUNG



DRK - Älteste Hilfsorganisation
150 JAHRE 2013



AB
DU
DE
WA
im



jung

AUFGABEN IM EHRENAMT



RETTUNG z.B. bei NATUR-KATASTROPHEN



ELBE HOCHWASSER 2002

Helfer HAUPT-
+
EHRENAMTLICH



ANSTIEG DER MIGRANTEN



neue Zielgruppe für das Ehrenamt

RSINKEN DURCH DEMOGRAPHISCHEN ANDEL

Ehrenamt



→ alt

Ehrenamt und Gesellschaftspolitik

Bevölkerungsschutz und ehrenamtliches Engagement aus Sicht des Bundes

Geschätzte 1,7 Millionen Menschen engagieren sich in Deutschland ehrenamtlich im Bevölkerungsschutz. In ihrer Freizeit leisten sie Dienst in den Freiwilligen Feuerwehren, den fünf großen Hilfsorganisationen oder beim Technischen Hilfswerk (THW), einige auch in den sogenannten Regieeinheiten. Diese Einheiten erfüllen im Auftrag der unteren Katastrophenschutzbehörden bestimmte Aufgaben „in eigener Regie“. Aktuelle Beispiele sind Veterinärdienste und die vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer bilden das Rückgrat unseres Notfallvorsorgesystems. Das Ehrenamt ist unser Markenzeichen – und es hat eine lange Tradition. Noch bevor es überhaupt Berufsfeuerwehren gab, wurden vor über 150 Jahren die ersten Freiwilligen Feuerwehren gegründet.

Wir können stolz sein auf dieses gewachsene System. Es ermöglicht eine breite Präsenz von Helfern in der Fläche, die wir rein mit Berufskräften so nicht erreichen könnten. Aber wie sieht die Zukunft aus?

Entwicklungen

Die Rahmenbedingungen haben sich gewandelt. In den letzten Jahren gab es ein Bündel von Veränderungen.

Mit der Aussetzung der Wehrpflicht ist zugleich die alternative Verpflichtung zum Dienst im Bevölkerungsschutz mit zuletzt vierjähriger Verpflichtungszeit weggefallen. Damit haben wir ein Instrument zur Nachwuchsgewinnung verloren. Das THW muss jetzt einen echten Wandel hin zu einer reinen Freiwilligenorganisation vollziehen.

Alle Organisationen sind konfrontiert mit der Veränderung der Altersstruktur unserer Gesellschaft. Gleichzeitig verdichtet sich der Alltag in Schule und Beruf. Das Freizeitangebot ist breiter als je zuvor. Wie attraktiv ist es da noch, sich langfristig ehrenamtlich an eine Organisation zu binden? Sicher ist, dass Helfergewinnung und Helferbindung in allen Organisationen eine ganz zentrale Rolle spielen müssen. Sicher ist auch, dass hierbei der Einfluss von oben nur gering ist.

Ministerialdirektor **Norbert Seitz** ist Leiter der Abteilung Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz im Bundesministerium des Innern. Der studierte Jurist war zuvor für das Bundeskriminalamt, in diversen Verwendungen im Bundesinnenministerium und für die privatrechtliche Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention tätig. Grundsatzfragen der inneren Sicherheit standen schon immer im Mittelpunkt seines Interesses.

Vor Ort – das ist die entscheidende Ebene im Bevölkerungsschutz. Das gilt für die schnelle und effektive Reaktion im Ereignisfall genauso wie für eine effektive Helferbindung und Helferwerbung. Die beste Werbung ist der zufriedene Helfer vor Ort. Bund und Länder können hier am Ende nur unterstützen, vernetzen und Ideen geben. Vereinsleben, Ausbildung, Training, Einsätze – das alles findet zuallererst in den Ortsverbänden statt. Dort ist man unmittelbar mit den aktuellen Herausforderungen der sich wandelnden Gesellschaft konfrontiert. Dort muss man pragmatische Lösungen finden. Dort muss es gelingen, die aktiven Helfer zu halten und neue Helfer zu gewinnen.

Was also kann der Bund überhaupt tun? Er hat einen gesetzlichen Auftrag zur Förderung des Ehrenamtes als Grundlage des Zivil- und Katastrophenschutzes. Wie kann er diesem gerecht werden?

Rolle des Bundes –

Werben für Akzeptanz bei Arbeitgebern

Ein wichtiger Punkt ist das Werben um Akzeptanz bei Arbeitgebern. Alle Organisationen und die Politik sind hier gefragt. Das THW ist mit gutem Beispiel vorangegangen und hat in diesem Jahr mit der Firma E.ON eine Kooperationsvereinbarung getroffen. Ziel des THW ist es, qualifizierte ehrenamtlich tätige THW-Helfer in Deutschland



BMI-Ministerialdirektor Seitz

sowie Energieexperten für Spezialeinsätze im Ausland zu gewinnen. Darüber hinaus eröffnet die Kooperation mit dem Energieversorgungsunternehmen dem THW Handlungsspielraum für innovative Projekte zur Optimierung der eigenen Energieversorgungsstrukturen. Anliegen von E.ON ist es, mit ihren Kernkompetenzen als Energieversorgungsunternehmen einen gesellschaftlichen Wertbeitrag in der nationalen und internationalen Katastrophenhilfe zu leisten. Zugleich sieht das Unternehmen einen wertvollen Nutzen für die Entwicklung seines Personals, da ehrenamtliches Engagement Schlüsselqualifikationen wie Sozial- und Führungskompetenzen fördert.

Förderpreis „Helfende Hand“

Ein Mittel, für das Ehrenamt – auch bei Arbeitgebern – zu werben, ist der Förderpreis „Helfende Hand“, den das Bundesministerium des Innern jährlich vergibt. Denn dort gibt es auch einen Ehrenpreis „Vorbildliches Arbeitgeberverhalten“.

Weitere Preiskategorien sind „Jugend- und Nachwuchsarbeit“ und „Innovative Konzepte“. Der Förderwettbewerb wurde 2009 ins Leben gerufen, um besonders herausragende Ideen und Projekte im Bevölkerungsschutz auszuzeichnen. Und die Rechnung ist auch in diesem Jahr wieder aufgegangen. Rund 170 Bewerbungen sind eingereicht worden.

Die ausgezeichneten Ideen sollen zugleich Anregung und Ansporn sein, selbst aktiv zu werden. Denn eins ist klar: Der Bund kann keine Helfer vor Ort gewinnen, aber er kann gute Beispiele hierfür sammeln und verbreiten. Er kann Plattform und Ideenbörse sein und ehrenamtliches Engagement in das Licht der Öffentlichkeit rücken.

Forschungsprojekt

Einen Beitrag zur Förderung des Ehrenamtes leistet der Bund außerdem durch wissenschaftliche Aufbereitung der Thematik und Entwicklung strategischer Maßnahmen. Dazu hat das Bundesministerium des Innern Ende 2011 ein umfassendes Forschungsprojekt zur nachhaltigen Sicherstellung der ehrenamtlichen Strukturen im Bevölkerungsschutz initiiert. Länder, Hilfsorganisationen und der Deutsche Feuerwehrverband waren an der Konzeption beteiligt. Ein Ziel ist die Auswertung von Praxisbeispielen im Zusammenhang mit Motivation und Lebenssituation.

Daraus soll eine Art Baukasten von „Best Practice“-Modellen entstehen und zugleich ein Überblick über noch unbearbeitete Felder. Aus den Ergebnissen sollen dann bis Ende 2013 neue Ideen und strategische Ansätze für die Helfergewinnung und Helferbindung entwickelt werden. Daneben geht es darum, Ansätze zur Optimierung des Systems durch Selbstschutz, Technik und neue Organisationsstrukturen aufzuzeigen.

Neue Strukturen

Eins ist sicher: Um die Handlungsfähigkeit der Organisationen im Bevölkerungsschutz langfristig zu sichern und zukunftsfähig zu gestalten, müssen ihre Strukturen unserer Lebenswirklichkeit gerecht werden. Wenn hierfür neue Formate wie befristete oder projektbezogene Engagements oder eine stärkere Unterstützung durch hauptamtliche Kräfte benötigt werden, müssen wir diese Strukturen schaffen.

Denkbar wäre beispielsweise die Ergänzung der vorhandenen Strukturen um ein neues Instrument wie einen neuen eigenen Freiwilligendienst. Der Bundesfreiwilligendienst als Vollzeitformat passt nicht zum Format der im Bevölkerungsschutz mitwirkenden Organisationen. Das Engagement findet hier überwiegend in der Freizeit statt, also nach Feierabend und am Wochenende. Deshalb war der Bundesfreiwilligendienst im Grunde nie wirklich dazu geeignet und wohl auch nicht dazu gedacht, den wegfallenden Dienst im Bevölkerungsschutz zu kompensieren. Der freiwillige Wehrdienst ersetzt den Wehrdienst, der Bundesfreiwilligendienst den Zivildienst, beim Dienst im Zivil- und Katastrophenschutz gibt es eine Lücke.

Einen passenden Freiwilligendienst zu schaffen, erscheint auf den ersten Blick als einleuchtende Lösung. Die Ausgestaltung könnte sich an den Freiwilligendiensten aller Generationen orientieren. Anstelle eines Taschengeldes



BMI-Ministerialdirektor Seitz vor Veranstaltungsteilnehmern

wie beim Bundesfreiwilligendienst setzen diese Dienste auf Anerkennung durch Qualifizierung und ermöglichen ein verbindlich organisiertes Engagement.

Vor- und Nachteile eines neuen Freiwilligendienstformates sind jedoch noch sorgfältig gegeneinander abzuwägen.

Einbindung spontaner Helfer

In jedem Falle sollten wir uns auch Gedanken über eine bessere Einbindung spontaner Helfer machen, die nicht in unserem Hilfeleistungssystem organisiert sind.

Die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung ist groß. In der Vergangenheit kam es des Öfteren zu spontanen Hilfsangeboten aus der Bevölkerung, so auch beim Oderhochwasser 1997 und beim Elbehochwasser 2002. Mangels entsprechender Vorbereitung war es für die Einsatzleitungen aber schwierig, diese Kräfte sinnvoll mit einzusetzen. Vielleicht gibt es Wege, der Bevölkerung ein geordnetes ehrenamtliches Engagement ohne feste Mitgliedschaft anzubieten.

Modell „Team Österreich“

Wer im Notfall mit anpacken möchte, ohne sich hierfür an eine Organisation fest zu binden, kann sich in Österreich online beim „Team Österreich“ registrieren. Im Ernstfall werden die registrierten Helfer per SMS, Telefon oder E-Mail verständigt. Wer Zeit hat und helfen möchte, meldet sich beim angegebenen Kontakt und erfährt in einer kurzen Erstinformation alles Wesentliche. Bei der Anmeldung werden zahlreiche Fähigkeiten wie Sprachkenntnisse, Erste-Hilfe-Ausbildung und Beruf abgefragt und in eine Datenbank eingepflegt. Um tatsächlich für Einsätze alarmiert zu werden, muss lediglich eine vierstündige Einweisung besucht werden.

In Deutschland gibt es inzwischen nach diesem Modell ein „Team Mecklenburg-Vorpommern“. Erste Erfahrungen sind positiv.

Ein solches Modell erscheint vor allem in solchen Lagen hilfreich, in denen es entweder in erster Linie auf eine „Masse“ an Helfern ankommt wie typischerweise bei Hochwasserlagen oder in denen bestimmte Spezial-

fähigkeiten benötigt werden wie medizinisches oder technisches Fachwissen oder Fremdsprachenkenntnisse.

Die zentrale Frage ist, inwieweit der Aufwand der Erfassung in Relation zum Nutzen steht. Gerade für Situationen, in denen es auf „Masse“ ankommt, wären auch andere Modelle denkbar.

Modell USA

So werden in den USA für solche Lagen ganz gezielt Einsatzkräfte darin ausgebildet, unausgebildete Helfer zu führen. Auch so etwas wäre bei uns vorstellbar. Es hätte zusätzlich den Vorteil, dass die ausgebildeten „Anleiter“ auch dann eingesetzt werden könnten, wenn zu wenige Einsatzkräfte verfügbar sind, keine spontanen Helfer bereitstehen und Helfer verpflichtet werden müssen. Eine solche Möglichkeit zur Hilfeleistungsverpflichtung sehen die Brand- und Katastrophenschutzgesetze der Länder ebenso wie die bundesrechtliche Regelung zum Zivilschutz immerhin vor.

Im Ergebnis erscheinen beide Modelle erprobenswert. In beiden steckt Potential, um unser komplexes Hilfeleistungssystem zu ergänzen.

Ergänzung durch Selbstschutz und Selbsthilfe

Das Gleiche gilt auch für die Fähigkeiten der Menschen zu Selbstschutz und Selbsthilfe, die bei weitem noch nicht ausgeschöpft erscheinen. Bürgerinnen und Bürger sind gefordert, Sicherheit im Sinne von Bevölkerungsschutz mitzugestalten. Jeder Einzelne kann aktiv dazu beitragen, Katastrophen und Unglücksereignisse möglichst zu verhindern – im Vorfeld durch vorbeugende Maßnahmen und im Ereignisfall durch entschlossenes und kompetentes Handeln, um Schäden zu begrenzen und Opfern schnell und wirkungsvoll zu helfen.

Ausblick

Im Ergebnis muss es uns gelingen, viele Bausteine zu einem schlagkräftigen zukunftsfähigen Bevölkerungsschutz zusammenzusetzen. Unser klassisches Ehrenamt in den Freiwilligen Feuerwehren, den Hilfsorganisationen, den Regieeinheiten und im THW, neue Strukturen und Engagementformen und das Selbsthilfepotenzial der Bevölkerung müssen sich so ergänzen und zusammenwirken, dass sie eine tragfähige Grundlage für die Bewältigung künftiger Großschadensereignisse bilden.

"EHRENAMT UND GESELLSCHAFT"



EHRENAMT
ZIVILKATASTROPHEN
SCHUTZ

→ 25% ²⁰⁰⁸ ~~2009~~
Einwohner mit
Migrations-
hintergrund

ZIEL
Bessere Integration
ins Ehrenamt
NEU

PROBLEM

Demografischer Wandel



Wegfall der Wehrpflicht



flexibler Lebenswandel



NEUE EHRENGRUPPEN



UNTERSCHIEDE

Land

EHRENAMT
BRÖCKELT



FT " **I** Bevölkerungsschutz und Ehrenamt aus Sicht der Bundes

ca. 1,7 Mio. MENSCHEN IM EHRENAMT



Wechsel der Rahmenbedingungen

Abstieg der EHRENAMTLER in Hilfsorganisation

**NAMTS-
RSCHLIESSEN**

Ehrenamt?!
Nö, ich mache lieber was FLEXIBLERES



ABWANDERN

**Neue
S
R
R**

WAS? KANN DER BUND TUN?

- Motivieren
- Arbeitsbedingungen ändern
- KAMPAGNEN: Die Helfende Hand



Ehrenamt und Gesellschaftspolitik

Kampagne „Deutschland on“

Kampagne „Deutschland on“ – Ideen zur Anregung des Bewusstseins eines jeden Bürgers, in Notsituationen Verantwortung zu übernehmen – für sich, seine Mitmenschen und sein Land.

Eines vorweg: Werbung ist nur Werbung. Wir möchten nichts „verkaufen“, wir wollen eine langfristige Bewusstseinsänderung hervorrufen, die eine Handlung nach sich zieht. Wir beginnen bei den Menschen, die bereits tagtäglich für uns alle da sind: den Menschen in den deutschen Hilfsorganisationen.

Wir möchten auf keinen Fall die bestehenden Strukturen der Hilfsorganisationen verändern, sondern Impulse geben und praktikable Werkzeuge schaffen, um Bürger zu einem stärkeren sozialen Engagement aktivieren zu können.

Guten Tag Deutschland, dem vielleicht fortschrittlichsten, organisiertesten, humansten, zu bewundernswertesten, wohlhabendsten, kritikfähigsten, außergewöhnlichsten Staat auf der Welt mit seinen über 80 Millionen Bürgern. Wir Deutschen stehen gesellschaftlich, politisch und kulturell an der Spitze. Jedoch nimmt das Menschliche, das Miteinander ab.

Aber warum? Liegt es an der Arbeitswut, die einem keine Zeit mehr lässt, nach links und rechts zu schauen? Liegt es an der Überbelastung eines Jeden durch ständig einprasselnde Informationen, an immer wieder neuen Kommunikationskanälen, an der ständigen Erreichbarkeit? Oder wurde zu sehr gelehrt: „Schuster, bleib bei deinen Leisten! Lass das mal den machen, der was davon versteht?“

Wir Deutschen leben in einem Land voller Perfektion. Alles, was wir anpacken, muss sehr gut sein oder besonders gut werden. Uns ist beigebracht worden, dass nur Leistung in Perfektion zählt. So sind wir alle zu Spezialisten erzogen worden. Ein Blick auf die Autobahn zeigt das Phänomen: Alle links, keine Verteilung. Viele wollen schnell nach vorn. Dieser Anspruch macht uns erfolgreich aber auch kritisch der eigenen Mehrzweckfähigkeit gegenüber.

Adrian Bedoy ist der kreative Kopf hinter „Corporate Creativity von Bedoy“ für Unternehmen, die ihre Corporate Identity lieben und dieser in all ihren Kommunikationsmaßnahmen treu bleiben wollen. Bedoy ist Fotograf und Videograf mit einem professionellen Hintergrund der PR- und Marketingarbeit für Unternehmen, Kunst und Agenturen. Er ist zudem Lehrbeauftragter an der Universität Witten/Herdecke.

Was passiert, ist für unser Thema, das „ehrenamtliche Engagement“ nicht verwunderlich: Händeringend suchen Hilfsorganisationen Menschen, die bereit sind im Notfall zu helfen und Menschen, die das, was sie gut können, in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Das klingt so bedeutend und wichtig, dass Sie sich sicherlich vorstellen können, was passiert – nichts!

Fakt ist: Durch den Wegfall von Zivildienst und Wehrpflicht ist in der Bundesrepublik der Bedarf an Freiwilligen gestiegen, die „zusammenhaltende“ und „reagierende“ Organisationen unterstützen und das bisherige – hochgradig perfekte – System im Notfall aufrecht erhalten. Positiv ist, dass es überhaupt Freiwillige gibt. Negativ ist, dass es nicht genügend sind, die die Gemeinschaft unterstützen und bereit sind, anderen zu helfen. Verantwortung übernehmen – das passiert bei uns in Deutschland oft kaum noch ohne Entlohnung, weil es harte Arbeit ist.

Ehrenamt existiert durch Sinnsucher, Anhänger der Nächstenliebe. Andere delegieren lieber. Schließlich ist Delegation in aller Munde. Wo man nur kann, soll man das Zepter abgeben, und zwar an Menschen, die etwas besser können als man selbst.

Stimmt das denn? Jain ... es gibt Orte wie gallische Dörfer, in denen die Bürger zeigen, was in ihnen steckt. Ein Beispiel ist Nürtingen im Ländle. Eine Stadt wie im Bilderbuch, wenn man der Juni-Ausgabe der Zeitschrift „Maxi“ Glauben schenken darf. Denn hier ist jeder zweite Bürger ehrenamtlich aktiv. Ein Vorbild? Der Artikel beweist: Für-



Adrian Bedoy, Publizist und Werbefotograf, Lehrbeauftragter an der Universität Witten/Herdecke

einander da sein ist keine Selbstverständlichkeit (mehr) – sonst wäre das Thema keine vier Seiten wert.

Wichtiger als Geld ist das Ego

Viele Deutsche sind Pragmatiker. Einfach soll alles sein, schnell soll es gehen, effektiv soll es sein, zuverlässig auch und vor allem sicher und noch wichtiger: mit Bestätigung und Beleg bitteschön. Denn viel wichtiger als Geld ist das Ego eines jeden Bürgers. Durch Hierarchien eingeschränkt sucht jeder nach Bestätigung, nach Menschen, die einen anerkennen, aber auch nach Stabilität, also nach Menschen oder Systemen, denen man vertrauen kann, die einem sagen, was zu tun ist, und die in der Conclusio mit Bewunderung belohnen.

Zwischenfall: Nimm den Sack!

Wenn es hart auf hart kommt helfen auch viele! Der Mensch hilft, weil er erkennt, dass „Not am Mann“ ist, er persönlich angesprochen wurde, er vor Ort war oder gar selbst betroffen ist und vor allem, weil er genau gesagt bekommt, was zu tun ist. Was uns das sagt: Wir müssen in unserer Kommunikation persönlich werden und nach Interesse ansprechen, wir müssen Nähe schaffen und wir müssen es schaffen, dass wir klare Aussagen finden, um die richtige Frau und den richtigen Mann am richtigen Ort platzieren zu können.

Für die großen Hilfsorganisationen ist es ein Problem, dass immer weniger Menschen dem Dienst an der Gesell-

schaft nacheifern. Es wird versucht, dieses Problem mit Werbung zu lösen. Es werden an allen Stellen Freiwillige gesucht, im Radio, Print, Internet – sogar beim Pinkeln auf der Autobahnraststätte hängt Werbung. Das ist Atomisierung. Denn die Werbung der einzelnen Organisationen zeigt, dass alle dieselben suchen, jedoch nicht wirklich gezielt, eindeutig, realistisch und leider auch nicht gemeinsam. Das kostet viel Kraft, wertvolle Mittel und leider auch Image.

Also laufen wir nun los und suchen nach einem gemeinsamen Ansatz für alle Hilfsorganisationen, weil es viele Menschen gibt, die Lust und Kraft haben, ihre Gemeinschaft zu unterstützen, und es auch nicht schwierig ist – in Zeiten von vielfältigen Medien –, Aufmerksamkeit zu erzeugen. Das nannte man früher „Guerilla“ – heute ist es bereits normal. Wir brauchen Akzeptanz in allen Altersgruppen – aber vor allem bei den Meinungsbildnern –, und vor allem müssen wir „Jung“ begeistern und anfixen – von der Idee, dass sie einen wichtigen Beitrag leisten können. Das gemeinsame Ziel: das „Das-kann-ein-ander-besser-tun-Symptom“ bekämpfen.

Nun kommen Ideen, die so überzeugend sind, dass sie untereinander verschickt werden – dass man über sie redet, chattet, twittert, facebookt – Ideen, die man hin und her mailt, die man bewusst wahrnimmt, weil sie unerwartet, komisch und tragisch zugleich sind. Und vor allem sind es Ideen, die die Kraft haben, alle Hilfsorganisationen gleichermaßen zu unterstützen!



Veranstaltungsteilnehmer im Gespräch

Zuerst kommunizieren wir intern, denn die Millionen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Malteser, ASBler, THWler, Rotkreuzler, DLRGler müssen zuerst angesprochen werden. Sie sind es schließlich, die wissen müssen, dass sie einer der wichtigsten Stützpfeiler der Gesellschaft sind. Sie müssen auch wissen, wo die Reise hingehen soll, also wie die Kampagne aussieht. Sie sollen auch Tips bekommen, wie sie Freunde und Bekannte über ihr eigenes Netzwerk begeistern können und das Gefühl haben, genauso wichtig zu sein oder gar wichtiger als die Menschen, die man für sich gewinnen möchte. Als Botschafter für unsere Kampagne nehmen wir die Menschen, die jetzt schon tagtäglich den wichtigsten Job im Lande machen: Menschen, die im Einsatz sind!

Unsere Kampagne heißt: Es gibt so viele, die reden ... Was wirklich zählt, ist Einsatz! Unsere Mittel sind nicht nur Plakate, sondern Multimedia: Fotografie, Film, Public Relations und Social Media im einheitlichen Look. Wir wollen integriert arbeiten. Jedes Mal, wenn ein Helfer für ein Plakat fotografiert wird, wird er auch interviewt. Das Interview wird in authentischer Umgebung ohne großen Aufwand gedreht. Bilder und Videos können über

alle Kanäle gestreut und auch wunderbar für PR-Zwecke genutzt werden! Das Material für die Stellenbeschreibung für Helfer auf der Website www.meinsatz.info hinterlegt. So erfährt jeder Interessent, wie vielfältig die Möglichkeit zu helfen ist.

Weiter mit System

Vor allem müssen wir zeigen, wie vielfältig die neue Nebenbeschäftigung sein kann, und ein ergebnisorientiertes System installieren, ein System, das funktioniert wie der Wahl-O-Mat und verschiedenste Kriterien berücksichtigt wie Interesse, Können & Wissen, Herausforderung, Umfang & Wunschort und Belohnung. Wichtig ist, dass alle Beteiligten an einem Strang ziehen und die Thematik der Ehrenamtlersuche beworben wird. Dann können alle Hilfsorganisationen aus einer Fülle von Helfern genau diejenigen auswählen, die passen.

Wir schaffen eine Plattform, auf der alle ehrenamtlichen Tätigkeiten den entsprechenden Hilfsorganisationen zugeordnet werden. Hier werden Interessierte wie Spezialisten behandelt, damit keine Frustrationen aufkommen. Das System, welches auch für die Hilfsorganisationen einfach

ist, verzichtet auf komplizierte Logins, ist sinnvoll vorkonfiguriert und beinhaltet eine „Ein-Klick“-Eingabemaske für Hilfskräfte und ein System mit einem wichtigen Mehrwert: Belohnung.

Ein gewagter Vorschlag: Auf der Plattform können sich die Ehrenamtler darstellen und mit anderen Ehrenamtlern austauschen. Zudem erhalten Sie für ihren Einsatz „Hilfspunkte“ (z. B. 50 Stunden helfen = 50 Punkte). Die Punkte können für einen guten Zweck gespendet oder gegen Leistungen von Spendern eingetauscht werden. Zum Beispiel: 50 Stunden geholfen = 1 Fahrt mit der Bahn hin und zurück nach Berlin inkl. Museumsbesuch o. ä. Auf der Internetseite finden wir auch unsere Internen wieder. Mit Testimonials zum Thema Einsatz.

Dann kommunizieren wir extern: und zwar mit Pauken und Trompeten, nicht mit stiller Post – denn dann versendet das Projekt. Wir brauchen starke Partner und ein vernünftiges Budget, um ein Netz über Deutschland zu spannen, durch das kaum jemand schlüpfen kann. Wir brauchen die Medien – von Print über TV bis hin zum Radio.

Wir müssen die Menschen mit der Begeisterung für die gute Sache „infizieren“ – auf Plattformen im Netz aber auch auf realen Plattformen in Deutschland! Denn wir wollen alle aktivieren: Kirchenglockenläuter, Strommastenwiederaufbauer, Sprachvermittler, Musiker, Ausbildungspaten, Nachbarn, Marmeladeeinkocher, Kickerbauer, Gute-Nacht-Geschichten-Erzähler, Putzteufel, Rollifahrer, Kindererzieher, Häuslebauer, Ersthelfer, Schnellschwimmer, Morgenmuffel, Frühaufsteher, alle Pessimisten und alle Optimisten ...

I Bevölkerungsschutz und Ehrenamt aus Sicht der

Wie erreiche ich neue Zielgruppen



Sensibilisierung schon in jungem Alter



Ereignisbezogene Motivierung/Einsätze



PETER



INA



KLAUS

SPEZIALISTEN

AUCH ICH KANN HELFEN, IM RAHMEN MEINER MÖGLICHKEIT!



Bundes



DEUTSCHLAND

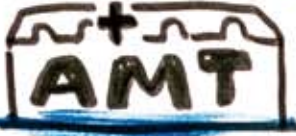
ON: mit  + 

Perfektion

WAS BIN ICH DENN NOCH?



HELFEN?
Nö, da geh ich lieber NACHHAUSE!!!



ich rette DICH!

- AKZEPTANZ IN ALLEN ALTERSGRUPPEN

1,7 Mio. Bestehende HELFER

ansprechen
MULTIPLIKATOR
im persönlichen UMFELD

intern
dann
EXTERN

gutes Ego!
MOTIVATION

- INTERESSE
- PERS. MOTIVATION
- ...

MEIN SATZ!

DEUTSCHLANDWEITE HELFER PLATTFORM

kein blabla

Politisches Statement

Das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz im Spiegel des demografischen Wandels

Der Bevölkerungsschutz lebt seit Jahrzehnten zu einem wesentlichen Teil von Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren. Das Freiwilligensystem gilt es unbedingt zu erhalten, da es eine hohe und breite Verfügbarkeit von einsetzbarem Personal gewährleistet. Allerdings steht der Bevölkerungsschutz gerade in Bezug auf das Ehrenamt vor großen Herausforderungen.

Der demografische Wandel führt dazu, dass es den Feuerwehren, dem Technischen Hilfswerk (THW) und anderen in diesem Bereich aktiven Organisationen an Nachwuchs fehlt. Dies gilt gerade für ländliche Räume, in denen die Bevölkerungspyramide auf einer noch dünneren Basis steht als in urbanen Räumen.

Es werden jedoch nicht nur die Ehrenamtlichen älter und weniger. Gleichzeitig wird auch die Bevölkerung, die es zu schützen gilt, älter und ist damit nicht mehr so selbsthilfefähig wie dies in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten der Fall war. Damit verändern sich auch die Tätigkeiten und das Schutzniveau, welches die im Bereich des Bevölkerungsschutzes aktiven Organisationen zu leisten haben.

Derzeit gibt es Bemühungen, das Ehrenamt durch unterschiedliche Anreize wie Boni bei Versicherungen, Anerkennung als Wartesemester für die Bewerbung zum Studium und eine Ehrenamtskarte, die Vergünstigungen für kulturelle Veranstaltungen ermöglicht, attraktiver zu gestalten.

Die Förderung einer Anerkennungskultur für ehrenamtliches Engagement ist aus meiner Sicht sehr wichtig. Sie bildet jedoch nur einen Teil der Spur, um einen gangbaren Weg zur Förderung und zum Erhalt des Ehrenamts allgemein und im Bevölkerungsschutz im Besonderen zu ebnet.

Gleichzeitig ist es wichtig, dass Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ihren Angestellten die Möglichkeit zum freiwilligen, auch relativ kurzfristigen Engagement geben.

Gerold Reichenbach (SPD), MdB, ist seit 1976 aktiver Helfer des Technischen Hilfswerks. Er war bei den Erdbeben in Costa Rica (1991) und der Türkei (1999) sowie bei der Oderflut 1997 und dem Elbhochwasser 2002 aktiv im Einsatz. Er ist im Deutschen Bundestag u. a. Mitglied des Unterausschusses „Bürgerliches Engagement“ und Stellvertretendes Mitglied des Ausschusses „Menschenrechte und Humanitäre Hilfe“. Reichenbach ist ferner Mitbegründer des Zukunftsforums öffentliche Sicherheit.

Die Anforderungen der Arbeitswelt an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehen immer mehr in Richtung einer Dauerverfügbarkeit der Arbeitenden auf der einen und der Forderung nach räumlicher Flexibilität auf der anderen Seite. Unter solchen Voraussetzungen ist ehrenamtliches Engagement jedoch kaum noch möglich; dies gilt nicht nur für den Bevölkerungsschutz, sondern auch für andere Bereiche.

Im Bevölkerungsschutz ist dies jedoch besonders gravierend, da Notfälle in der Regel nicht warten können, sondern schnelles und konsequentes Handeln mit ausreichendem Personal erfordern. Dies muss flächendeckend gewährleistet sein. Aber nicht nur der Einsatz, sondern auch Vorbereitung und Ausbildung verlangen verlässliches und kontinuierliches Engagement zu weitgehend festgelegten Zeitpunkten.

Wir werden unsere ehrenamtsgetragene Komponente in der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr nur aufrecht erhalten können, wenn es gelingt, Strukturen herauszubilden, die Kontinuität und Verlässlichkeit mit notwendig gewordener stärkerer Flexibilität vereinbaren. Daher erachte ich es für notwendig, im Bereich des Bevölkerungsschutzes die in vielen Bereichen noch vorherrschende Trennung von Haupt- und Ehrenamt aufzu-



Podiumsdiskussion mit Vertretern aus der Politik (von li.)
Dr. Andreas Pagiela (Moderation), Florian Bernschneider
(FDP), MdB, Konstantin von Notz (Bündnis90/Die Grünen),
MdB, und Gerold Reichenbach (SPD), MdB

Moderation: **Dr. Andreas Pagiela** ist Rechtsanwalt und arbeitet als Redenschreiber und Moderator für Politik und Wirtschaft. Seine Doktorarbeit hat er bei dem renommierten polnischen Völkerrechtler Prof. Dr. Jan Sandorski an der Adam Mickiewicz Universität in Posen über internationalen Menschenrechtsschutz geschrieben.

heben. Eine stärkere Verschränkung könnte die Zuverlässigkeit und Flexibilität in Bezug auf Ausbildung und Einsatzfähigkeit im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz erhöhen. Bei der theoretischen Ausbildung könnte zudem eine gewisse Flexibilisierung durch verstärkte Nutzung neuer Medien erreicht werden.

Gleichzeitig muss eine Veränderung der Einstellung bei Arbeitgebern herbeigeführt werden. Allein die rechtliche Absicherung der Helferinnen und Helfer reicht dazu aufgrund des besonderen Abhängigkeitsverhältnisses zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht aus. Geeignet wäre eher ein finanzielles Anreizsystem von Boni und Mali im Bereich der Berufsgenossenschaftlichen Versicherung oder der Brandschutz- bzw. Elementarschadensversicherung.

I "Perspektiven der Politik"

- 1) Ehrenamt nach ENDE DER WEHRPFLICHT?
- 2) Wie begreife ich die Freiwilligendienste als Chance?
- 3) Wie kann die neue Verantwortung beim Bürger motiviert werden?
- 4) Wo ist die pol. Herausforderung die Gesellschaft für Ehrenamt/Bevölkerungsschutz zu motivieren?
- 5) Soll der Freiwilligendienst z. B. bei der Studienplatzvergabe eine Rolle spielen?
- 6) DRINGLICHSTE MASSNAHMEN um das IMAGE zu verbessern?

1 VEREINBARKEIT von Freiwilligendienst + BERUF als Qualifikation

2 UNTERNEHMEN nehmen die soz. Verantwortung mehr wahr: evtl. ZERTIFIZIERUNG Qualifikation für ARBEITNEHMER!

4 Lokale Verteilstellen die die ehrenamtlichen Vereine, die an Schulen herantreten streut

5 z. B. Bereitschaft wecken durch einen Ausweis, der gewisse Vorteile bringt

Wandel schon
Evtl. ges bei ber

3 Finanzi Bedeutung der Gesell

4 EFFEKTIVE zwischen Hau
EHRENAMT wird Geld kostet → ERLEICHTERN

6 Problembewusstsein etwas geschehen



Privilegierung durch den FREIWILLIGEN-DIENST.
Mehr soziales Engagement
CHANCE vorantreiben

① HERAUSFORDERUNG FÜR DIE POLITIK...

②
Lernprozess in Schulen
etliches Nachjustieren
pflichtigen Fehlzeiten

②
- Masse der Helfer kann nicht getragen werden durch die Freiwilligen im Vergleich zu den Zivilis die wegfallen
Betriebe fördern kaum soz. Engagement, sondern "verbieten" es sogar: NEGATIV-SANKTIONEN

③
Wichtige Frage: Welche hat das EHRENAMT in der Gesellschaft?

③
- Aufteilung z.B. der EHRENAMTSSTELLE
- Auflösung der TRENNUNG von Haupt- u. Ehrenamt
- Neue Anerkennung berufsqualifizierender KENNTNISSE
- Weg von der reinen Ortsbezogenheit

VERSCHRÄNKUNG Haupt- u. Ehrenamt
und probl., wenn es kompl. Steuersystem:
!!! Steuersenkung

großer VORTEIL Deutschlands ist das EHRENAMT, als "back-up" für die Professionellen

in Stärken, dass jeder ZEIT in kann



Politisches Statement

Würdigung des Ehrenamtes – Hürden beiseitigen

Viele Menschen in unserem Kreis engagieren sich in ihrer Freizeit für unsere Gesellschaft und das Gemeinwohl. Sie tun das in praktisch allen Strukturen unseres Zusammenlebens: in Sportvereinen, Kirchen, in den Feuerwehren und dem THW, in Serviceclubs, bei den Tafeln, in der Kommunalpolitik und in vielen, vielen anderen Einrichtungen.

Dort, wo sich Menschen für die gute Sache engagieren, bleibt unser Gemeinwesen lebendig. Gerade in Zeiten des demografischen Wandels brauchen wir einen engeren Zusammenhalt zwischen den Generationen. Bürgerschaftliches Engagement kann auch zur Selbstverwirklichung beitragen. Dieser emanzipatorische Charakter muss geschützt werden, freiwilliges Engagement darf kein Ersatz für hauptberuflich erbrachte Sozialleistungen sein.

Allen Unkenrufen zum Trotz: Der altruistische Antrieb von Menschen, sich zum Wohle anderer zu engagieren, hat nicht abgenommen, sondern bei differenzierter Betrachtung eher zusätzlichen Auftrieb erfahren. Bürgerschaftliches Engagement hat ein solches Ausmaß, dass es zu den unausgesprochenen (Existenz-)Voraussetzungen unseres Gemeinwesens zählt.

Es reicht deshalb keinesfalls, in Sonntagsreden die Bereitschaft der Menschen für mehr Engagement zu beschwören. Dort, wo den Frei-Willigen Steine in den Weg gelegt werden, muss der Gesetzgeber einspringen. Dies gilt bei allem Verständnis für Interessenskonflikte und Problemlagen auch dort, wo etwa Arbeitgeber sich mit der Freistellung und Anerkennung gemeinwohlorientierter Freiwilligenarbeit schwer tun.

Unser Zusammenleben verändert sich. Gerade von jungen Menschen wird heute eine hohe Flexibilität erwartet. Niemand arbeitet mehr sein Leben lang für den gleichen Arbeitgeber. Die wachsenden Belastungen durch Arbeit und Familie und die Erwartungen an Mobilität und Flexibilität führen zu Problemen für Menschen, sich ehrenamtlich zu engagieren.

Dr. Konstantin von Notz (B90/Grüne), MdB, ist innenpolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion und Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages. Ferner ist er Vorsitzender des Beirates vom Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit. Seine besonderen Interessen gelten der Netz- und der Innenpolitik einschließlich Bevölkerungsschutz und Ehrenamt.

Deshalb einmal mehr: Engagierte brauchen mehr als einmal jährlich gut gemeinte Worte. Verlässliche Strukturen, eine Anerkennungskultur und finanzielle Anreize müssen freiwilliges Bürgerengagement unterstützen. Dabei kommt es nicht auf die Rechtsform eines Vereins an! Auf kommunaler Ebene können Ehrenamtsbörsen oder Seniorennetzwerke Freiwillige aktivieren und ihnen organisatorischen Rückhalt geben.

Der Bundesgesetzgeber sollte fördernde Rahmenbedingungen schaffen. So tritt die grüne Bundestagsfraktion dafür ein, das Gemeinnützigkeitsrecht zu entbürokratisieren, damit etwa Engagementzeiten als finanzieller Eigenanteil bei öffentlicher Förderung anerkannt werden. Das solidarische Teilen von Zeit braucht die gleiche Anerkennung wie das Teilen von Geld, und Aufwandsentschädigungen sollten nicht auf Sozialleistungen angerechnet werden.

Unsere Gesellschaft braucht und stützt sich auf Ehrenamtliche in allen Bereichen – auch in der kommunalen Demokratie – im politischen Ehrenamt, gerade im Hinblick auf die anstehenden Kommunalwahlen. Besonders Frauen und junge Menschen möchte ich ermutigen, sich aktiv einzubringen und unser Gemeinwesen aktiv mitzugestalten. Es lohnt sich.

Politisches Statement

Bevölkerungs- und Katastrophenschutz – Bildungscharakter betonen

Die große Herausforderung der kommenden Jahre ist es, das Ehrenamt insgesamt zu stärken. Das ist nicht zuletzt angesichts des demografischen Wandels notwendig: In Zukunft werden wir mehr und mehr Menschen in unserer Gesellschaft haben, die nach Rente oder Pensionierung noch einen Großteil ihres Lebens vor sich haben und diesen sinnvoll gestalten möchten. Ein ehrenamtliches Engagement ist dafür eine der besten Möglichkeiten und zudem ein Ort, an dem Alt und Jung voneinander lernen können.

Mit dem jüngst verabschiedeten Ehrenamtspaket gehen wir einen wichtigen Schritt in diese Richtung. Mit der Anhebung der Ehrenamt- und Übungsleiterpauschale setzen wir das klare Signal, dass der Staat am bürgerschaftlichen Engagement seiner Bürger nicht mitverdienen will. Allerdings: Wir wollen nicht nur das aufwandsentschädigte Ehrenamt unterstützen. Darum enthält das Ehrenamtspaket auch Verbesserungen, die vor allem jenen Ehrenamtlichen zugute kommen, die langfristig eine Vereinsfunktion übernehmen – beispielsweise in Haftungsfragen.

Doch auch die Kommunen können trotz schwieriger Kassenlage ihren Teil zur besseren Anerkennung und Unterstützung Ehrenamtlicher beitragen. In vielen Gemeinden gibt es bereits Ehrenamtskarten, die engagierten Bürgern zum Beispiel vergünstigten Eintritt in kommunale Einrichtungen wie Schwimmbäder oder Museen ermöglichen. Die schnellere Bearbeitung von Anträgen oder eine vorrangige Terminvergabe bei Ämtern ist ebenfalls eine Form der Anerkennung für Ehrenamtliche, die die Kommunen wenig bis nichts kostet, aber dennoch Wertschätzung für das Geleistete zum Ausdruck bringt. Auch Unternehmen können bei unentgeltlichen Formen der Anerkennung durchaus noch kreativer sein.

Florian Bernschneider (FDP), MdB, ist Mitglied des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement und war als Verhandlungsführer der FDP-Bundestagsfraktion maßgeblich an der Überführung des Zivildienstes in den Bundesfreiwilligendienst (BFD) beteiligt.

Speziell für den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz stellt die Aussetzung der Wehrpflicht eine besondere Herausforderung dar, denn mit der Aussetzung entfällt auch die Möglichkeit eines Ersatzdienstes beim THW oder anderen Organisationen. Darum ist es für diesen Bereich besonders wichtig, vor allem junge Menschen für ein Engagement zu gewinnen. Denn empirische Studien zeigen: Wer in jungen Jahren bereits engagiert ist, der wird das häufig auch noch in späteren Jahren sein.

Der Bevölkerungs- und Katastrophenschutz hat dabei zahlreiche Argumente auf seiner Seite. Viele der Kompetenzen, die heute im Berufsleben gefordert sind, werden dort vermittelt: Teamfähigkeit, Führungsqualität und Verantwortung sind nur einige davon. Nicht nur im klassischen Ehrenamt, sondern auch bei der Durchführung des Bundesfreiwilligendienstes sind THW und Co. also gut beraten, den Bildungscharakter ihrer Angebote stärker in den Vordergrund zu rücken.

Diese Aufforderung gilt in ganz ähnlicher Weise auch für Unternehmen. Viele teure Teambuilding- und Coaching-Maßnahmen ließen sich einsparen, wenn Unternehmen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter regelmäßig für ehrenamtliches Engagement freistellen würden. In Bezug auf Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind die Unternehmen bereits einen großen Schritt in die richtige Richtung gegangen – warum soll dies nicht auch in Bezug auf die Vereinbarkeit von Beruf und Ehrenamt möglich sein?





Themenblock II

Ehrenamt und Demografie

Ehrenamt und Demografie

Zur Rolle des Alters im ehrenamtlichen Engagement im Bevölkerungsschutz

Das Ehrenamt bildet eine der Hauptstützen des Bevölkerungsschutzes in Deutschland. Wenn also dessen Zukunft Gegenstand von sozialwissenschaftlichen Analysen ist, dann liegt es zunächst einmal nahe, nach der Zukunft des Ehrenamtes zu fragen. Ältere Menschen spielen im Bereich des zivilbürger-schaftlichen Engagements eine mehr als tragende Rolle. Ihr Engagementpotenzial – um eines der Schlagworte des Fünften Bundesaltenberichtes zu nennen – kann als keineswegs ausgereizt, vielmehr als weiterentwicklungs- und ausbaufähig gelten.

Dennoch bemühen sich Organisationen des Zivil- und Katastrophenschutzes neuerdings nicht etwa um ältere Interessenten/innen, sondern hauptsächlich um die Rekrutierung von bislang nur unterdurchschnittlich engagierten Jugendlichen, Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund, um bereits ein Ergebnis einer Studie, die mein Institut im Auftrag des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) durchgeführt hat, vorwegzunehmen.

Vor allem Ältere engagementbereit

Die Fokussierung auf diese Personengruppen ist zwar auch angesichts der demografischen Entwicklung richtig, dennoch sind es mehr oder weniger die Älteren, von denen steigende Zuwachsraten in diesem Engagementbereich erwartet werden können. Neben demografischen Einflussgrößen sind dafür auch insgesamt förderliche Kohorteneffekte insbesondere in den Dimensionen Zeit, Gesundheit, Qualifikation, soziale Partizipation und insgesamt ein gestiegenes Bewusstsein für gesellschaftliche Mitverantwortung von Bedeutung.

Der demografische Wandel hat inzwischen nahezu alle gesellschaftlichen Ebenen erreicht und macht vor keinem Bereich, in dem Menschen zusammen leben und arbeiten bzw. wo es auf Zusammenhalt ankommt, halt. Dies gilt im besonderen Maße für die personenbezogenen sozialen Dienstleistungen, wo es in besonderer Weise auf den Einsatz menschlicher Arbeitskraft – ob haupt- oder ehren-

Prof. Dr. Gerhard Naegele ist Inhaber des Lehrstuhls für Soziale Gerontologie sowie Direktor des Instituts für Gerontologie an der Universität Dortmund. Seine Forschungsschwerpunkte sind soziale Gerontologie, Sozialpolitik, Soziale Dienste, Pflegeforschung, Armutsforschung, ältere Arbeitnehmer, Folgen des demografischen Wandels.

amtlich – ankommt und wo die Rationalisierungspotenziale per se stark eingeschränkt sind. Umso wichtiger sind angesichts sinkender Bevölkerungszahlen und veränderter Altersstrukturen hier Bemühungen, das bestehende und künftig möglicherweise rückläufige soziale Dienstleistungspotenzial zu erhalten und zu fördern.

Was unter dem demografischen Wandel zu verstehen ist, wird häufig unter dem Slogan „weniger, bunter und älter“ zusammengefasst. Allerdings ist „demografischer Wandel“ weit mehr: Er umfasst u. a. die Ausweitung der Lebensphase Alter durch die weiter steigende fernere Lebenserwartung einerseits und – zumindest bis vor kurzem, aber immer noch nicht vollständig gestoppt – immer frühere Berufsaufgabe andererseits.

Lücken zwischen den Generationen

Demografischer Wandel bedeutet des Weiteren anhaltend hohe Singularisierung und Feminisierung sowie insgesamt stark wachsende Hochaltrigkeit, er ist gekennzeichnet durch Lücken zwischen den Generationen aufgrund ausbleibender bzw. später in den Lebenslauf hinein verschobener Geburten, er ist weiterhin charakterisiert durch eine wachsende ethnisch-kulturelle Differenzierung der Bevölkerung, die zunehmend auch das Alter erreicht. Er umfasst bei den jüngeren Alten eine Verbesserung im Gesundheitszustand, allerdings führt er in den höheren Altersgruppen, d. h. konkret nach 80/85, zu signifikanten Veränderungen im Krankheitsspektrum: Zunehmend dominieren



Prof. Dr. Gerhard Naegele, Professor/Direktor des Instituts für Gerontologie an der TU Dortmund

hier chronisch-degenerative Erkrankungen und Multimorbidität, nicht selten verbunden bzw. überlagert durch vielfältige funktionale Einschränkungen, Pflegebedürftigkeit und insbesondere im sehr hohen Alter durch die Zunahme demenzieller Erkrankungen.

Es wird also bereits jetzt deutlich, dass das auf das Alter bezogene Rekrutierungspotenzial für zivilbürgerschaftliches Engagement vor allem in den unteren Altersgruppen zu finden ist, und da der Ausstieg aus dem Erwerbsleben für viele dabei eine zentrale Weichenstellung für die weitere Lebensplanung bedeutet, macht es Sinn, Rekrutierungsbemühungen auf die gerade jetzt und in den nächsten fünf bis zehn Jahren in die Rente wechselnden „Babyboomer“ mit ihren zudem überdurchschnittlich starken Besetzungszahlen zu fokussieren.

Relevante soziale Begleiterscheinungen des demografischen Wandel sind weiterhin die Vertiefung von sozialen Ungleichheiten in den verschiedenen Dimensionen der Lebenslage. Die Rede ist von der sozial-strukturellen Heterogenisierung des Alters – vor allem entlang der klassischen Kriterien wie Einkommen, soziale und familiäre Integration, Gesundheit, ethnisch-kultureller Hintergrund und Partizipationschancen.

Zum demografischen Wandel zählen ebenfalls regionales Schrumpfen und Altern, denn demografische Prozesse finden regional sehr unterschiedlich statt – es gibt junge und noch wachsende Regionen (z. B. Emsland, Rheinschiene in NRW), gleichzeitig schrumpfende und

überdurchschnittlich stark alternde Regionen und in diesen Städte und Gemeinden (Ruhrgebiet, viele Regionen im Osten von Berlin), wobei noch erschwerend hinzukommt, dass schrumpfende und alternde Regionen zumeist auch solche mit geringer Wirtschaftskraft und schlechter Finanzausstattung sind und umgekehrt.

Erste Schlussfolgerungen

Die Älteren sind einerseits ein schon rein quantitativ wachsendes „Rekrutierungspotenzial“. Andererseits werden die Älteren selbst, vor allem jenseits von 80/85, in den von sozialen Ungleichheiten betroffenen Gruppen häufig aber auch schon früher, zunehmend zu einem besonders stark wachsenden Nachfrager- und Empfängerpotenzial nach bzw. von zivilbürgerschaftlichem Engagement. Alter ist also eingebunden in zivilbürgerschaftliche Konkurrenzbeziehungen. Und in der Praxis zeigt sich, dass junge Alte nur unterdurchschnittliches Interesse haben, sich für die Anliegen Alter oder gar hochbetagter Alter zu engagieren.

Im demografischen Wandel treten zudem die einzelnen Engagementbereiche in Konkurrenz zueinander. Die Prognos AG hat z. B. unlängst gezeigt, dass zwar Engagementzuwächse in den traditionellen altersnahen Engagementbereichen rund um das Sozial- und Gesundheitswesen zu erwarten sind, gerade hier kann aber andererseits auch mit einer Nachfragesteigerung gerechnet werden. Andererseits sinken – demografisch bedingt – die Engagementpotenziale dort, wo traditionell die jüngeren und mittleren Altersgruppen engagiert sind.

In der Konsequenz gestaltet sich die Rekrutierungssuche nach sozial bürgerschaftlich Engagierten unter den Älteren – auch entsprechend der zunehmenden sozial-strukturellen Differenzierung des Alters – komplexer und komplizierter und wird voraussetzungsvoller. Dies gilt umso mehr, wenn nun auch noch solche Bereiche beginnen, das unzweifelhaft vorhandene Engagementspotenzial Älterer zu bewerben wie etwa der Zivilschutz, die bislang traditionell in diesem Feld eher auf Jüngere (und zumeist auch noch auf Männer) gesetzt haben.

Zivilgesellschaft und demografischer Wandel

Der demografische Wandel beschäftigt inzwischen auch viele Praktiker wie Theoretiker der Zivilgesellschaft. Dabei werden auch hier Chancen – und zwar von den Optimisten – und Risiken – natürlich von den Pessimisten – thematisiert. Die optimistische Version lautet: Die Alten, vor allem die von morgen, haben erhebliche Potenziale, nicht nur, um sich zivilgesellschaftlich zu engagieren, sondern auch um Zivilgesellschaft selbst zu gestalten.

Der Begriff der Zivilgesellschaft hatte in den letzten Jahren, nicht zuletzt angestoßen durch die Arbeiten der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen

Engagements“, im intellektuellen und politischen Diskurs Konjunktur. Dabei stand der Dritte Sektor als das Feld der Selbstorganisation in Assoziationen unterschiedlicher Art im Vordergrund: Die Bürger organisieren gemeinwohlbezogene Aktivitäten selbst. Ziel ist es, Bürger in alter und neuer Weise an der Gestaltung öffentlicher Aufgaben zu beteiligen, wobei ältere Menschen und ein aktives Altern –

entsprechend des neuen Leitbildes vom Active Ageing – dabei speziell im Fokus stehen, denn sie verfügen mit den Ressourcen Zeit und Erfahrungen in besonderer Weise über für zivilgesellschaftliches Engagement erforderliche Potenziale.

Aus der Forschung zur Zivilgesellschaft lassen sich insbesondere drei für unser Thema relevante Dimensionen von Zivilgesellschaft erkennen (zum Folgenden BMFSFJ 2010; Klie 2012): Zivilgesellschaft ist zunächst Gestaltungsprinzip von Gesellschaft. Ein auf Subsidiarität gründendes Staatsverständnis baut auf die Selbstorganisations- und Gestaltungsbereitschaft der Individuen und der kleineren Gemeinschaften ebenso wie auf das Miteinander der Sektoren, dabei sind die individuellen und kollektiven Akteure aufeinander verwiesen. Hierin liegt die Grundlage von gesellschaftlicher Stabilität und Wohlfahrt.

Politisch hat ein solches Verständnis von Zivilgesellschaft zur Konsequenz, dass Bürger stärker in die Planungs- und Aushandlungsprozesse einbezogen werden müssen, dass sie nicht zu Objekten, sondern zu Subjekten und Koproduzenten öffentlicher Aufgabengestaltung gemacht werden sollten – sie sollten „mitentscheiden und mitgestalten“ (BMFSFJ 2011).

Prinzip der Freiwilligkeit

Zivilgesellschaft meint zweitens auf Freiwilligkeit und Einsicht beruhende Kooperation unterschiedlicher Akteure und Gruppen sowohl auf der Geber- wie auf der Empfängerseite. Zivilgesellschaftliches Engagement ist somit – wie soziale Dienstleistungsarbeit insgesamt – stets auf Ko-Produktion angewiesen und die entsprechende Bereitschaft dazu auf beiden Seiten.

Derart auf Koproduktion angelegte Gestaltungs- und Aushandlungsprozesse, z. B. zwischen den gesellschaftlichen Sektoren, zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft, erfordern somit Offenheit und eine auf Vernetzung ausgerichtete Handlungslogik der jeweils beteiligten Akteure aus verschiedenen Systemen, die nicht per se zu erwarten ist, da es sich häufig um voneinander abge-

schottete Handlungsbereiche handelt und infolgedessen in den meisten Fällen auch nur wenig Vorerfahrungen mit Kooperation bestehen.

Dies gilt im Grundsatz für alle zentralen Akteure zivilbürgerchaftlichen Handelns, so z. B. auf örtlicher Ebene für die Wohlfahrtsverbände, die Kommunalverwaltungen, die privat-gewerblichen Anbieter in diesem Feld, die beteiligten Unternehmen oder die verschiedenen Selbsthilfeorganisationen. Vernetzung mit anderen und Offenheit stehen in Wechselwirkung zueinander und bedingen einander.

Die jeweiligen Vernetzungsoptionen zu suchen, zu finden, zu organisieren und nachhaltig zu stabilisieren, gleichsam neue strategische Allianzen für das gemeinsame Erreichen zivilbürgerchaftlicher Zielsetzungen, sollte dabei idealerweise auf kommunaler Ebene und mit kommunalpolitischer Unterstützung stattfinden.

Projekt einer guten Gesellschaftsordnung

Drittens beinhaltet Zivilgesellschaft normative Orientierungen. Zivilgesellschaft ist das Projekt einer guten Gesellschaftsordnung. In einer pluralistischen Gesellschaft kann die Definition dessen, was „gut“ ist, was das Gemeinwohl und im Sinne aller ist, nicht mehr durch gemeinsam geteilte religiöse Werte beschrieben werden. Heute sind Werte relevant, wie sie auch im demokratischen Staatsverständnis verankert sind: Rechtsstaatlichkeit, Partizipation, Gerechtigkeit, Gewaltfreiheit, Toleranz, Nachhaltigkeit usw.

Das Normative der Zivilgesellschaft soll sich darüber hinaus jedoch auch darauf beziehen, wie diese Werte oder normativen Vorstellungen erreicht werden. Dazu gehört grundsätzlich eine Zivilisiertheit im Umgang miteinander, d. h. der Respekt, einander zuzuhören, in konstruktive Dialoge einzutreten usw. Diese Zivilisiertheit der Interaktionen, die die Grundlage für die Umsetzung eines normativen Konzepts sind, müssen gefördert und eingeübt werden, ohne sie ist Zivilgesellschaft nicht denkbar.

Die Zivilgesellschaft in dieser differenzierten Sichtweise eröffnet eine Vielzahl von Handlungsräumen auch für ältere Bürgerinnen und Bürger; sie bieten Lern- und Entwicklungsfelder, um mit den An- und Herausforderungen im Lebenslauf, ihren jeweiligen Risiken und Gefährdungen umzugehen und sie zu gestalten.

Ermöglichungsstrukturen schaffen

In einer alternden Gesellschaft kommt es dann allerdings darauf an, Rahmenbedingungen und Ermöglichungsstrukturen zu schaffen, in denen sich ältere Menschen wiederfinden können, in denen sie sich zu Hause fühlen, die sie sich für ihr zivilgesellschaftliches Engagement wünschen. Dazu zählen u. a. Selbstverantwortung, Möglichkeiten zur Selbstorganisation, zumindest aber zur Mitsprache,

Motive zivilbürgerschaftlichen Engagements in unterschiedlichen Altersgruppen	Alle Engagierten	Junge Alte	Ältere	Hochbetagte
Spaß haben	4,4	4,4	4,2	4,2
Anderen Menschen helfen	4,1	4,2	4,2	4,4
Etwas für das Gemeinwohl tun	4,0	4,2	4,1	4,1
Sympathische Menschen kennenlernen	4,0	4,0	4,0	4,1
Kenntnisse/ Erfahrungen einbringen	3,8	4,0	3,7	4,0
Menschen anderer Generationen kennenlernen	3,7	4,1	4,0	4,0
Kenntnisse / Erfahrungen erweitern	3,7	3,7	3,6	3,6
Eigenverantwortung/ Entscheidungsmöglichkeiten	3,6	3,7	3,3	3,7
Anerkennung finden	3,1	3,2	3,0	3,3
Eigene Interessen vertreten	2,9	2,8	2,7	2,8

(Quelle: BMFSFJ 2011)

Motive für zivilbürgerschaftliches Engagement in unterschiedlichen Altersgruppen

Nicht-Verplant-Werden-Wollens, keine Lückenbüßer-Funktionen, partnerschaftlicher Umgang, Anknüpfen an eigene berufliche Erfahrungen, das Gefühl „gebraucht zu werden“, Anerkennung, die über Beteiligung an Fort- und Weiterbildung bis zur materiellen Honorierung reichen kann, Gemeinsamkeit, soziale Kontakte bis hin zu Spaß und Vergnügen.

Solch ein auf die Herausforderungen des demografischen Wandels hin ausgerichtetes Verständnis von Zivilgesellschaft baut auf differenzierte und vor allem neue Altersbilder, wie sie etwa im Bild des Aktiven Alterns zu finden sind auf. Speziell in der Verbindung des „Für-Sich-Etwas-Tun“ und des „Für-Andere-Etwas-Tun“ (möglichst noch mit anderen gemeinsam) liegt die Kernidee des „Active Ageing“, gepaart mit einem neuen Verhältnis von Nützlichkeitsbezug, nämlich sich selbst gegenüber (Selbstverantwortung) und Dritten gegenüber (Mitverantwortung).

Die mit einer Gesellschaft des langen Lebens und sozialen Wandlungsprozessen verbundenen „späten Freiheiten“ infolge der Entpflichtungen in der nachberuflichen Lebensphase gehen einher mit Entwicklungsaufgaben der neu notwendigen Rollen-, Aufgaben- und Sinnorientierungen für die Lebensphase Alter. Die Kombination von steigender Lebenswartung, verbessertem Gesundheitsstatus und früher Verrentung führt zu einer zumeist längeren Zeitspanne des vergleichsweise gestaltbaren Alters als die der Jugend.

Praktiziertes zivilbürgerschaftliches Engagement im Alter

Zivilbürgerschaftliches (ehrenamtliches) Engagement gilt heute als die meist praktizierte Form zivilgesellschaftlichen Handelns. Dabei zeigen vorliegende Daten ein hohes Maß an bereits praktiziertem aber durchaus noch ausbaufähigem Engagement bei Älteren, zumal bei aktuell offensichtlich stagnierenden Beteiligungszahlen.

Die Ergebnisse des Freiwilligensurveys zeigen, dass im Bundesdurchschnitt die Engagementquote im Zeitraum von 1999 bis 2009 von 34 Prozent auf 36 Prozent leicht angestiegen ist. Die berichtete Ausweitung wird entscheidend getragen durch die Altersgruppen ab 50 Jahren (insbesondere der Altersgruppe der 65- bis 74-Jährigen), sie erweisen sich demnach als ein wichtiger Motor der Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements. Es handelt sich – wie bereits gesagt – also um die Baby-Boomer-Generation.

Die Hauptfelder der Aktivität und des Engagements liegen in den Bereichen Sport, Freizeit und Geselligkeit, sozialer Bereich, Gesundheit und Pflege, dicht gefolgt von Religion und Kirche. Ältere Menschen engagieren sich wesentlich häufiger als andere Altersgruppen in kirchlichen Zusammenhängen und hier insbesondere für die Anliegen der eigenen Altersgruppe.

Im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes kann ihre Beteiligung allerdings als deutlich unterdurchschnittlich bezeichnet werden, und wenn, dann sind sie seltener „draußen“ vor Ort, als vielmehr häufiger im Innenbereich, so in der Verwaltung oder der Ausbildung, anzutreffen. Insgesamt ist jedoch der jeweils eingebrachte Zeitaufwand mit knapp 20 Stunden pro Monat beträchtlich.

Diese Erkenntnisse werden durch andere Erhebungen wie dem Engagement-Atlas gestützt (Prognos AG und AMB Generali Holding AG 2009).

Warum übernehmen ältere Menschen freiwilliges Ehrenamt? Was sind ihre Motive, Ansprüche und Erwartungen? Das Gefühl von Pflichtbewusstsein und nicht zuletzt ein ausgeprägter gesellschaftlicher Gestaltungswille nehmen für sie einen

hohen Stellenwert ein, wie die Zahlen des Freiwilligenurveys 2009 belegen.

Aber auch Spaß und das Bedürfnis, Menschen anderer Generationen kennenlernen zu wollen, sind ihnen wichtig. Es handelt sich also um eine Mischung aus gemeinwohlorientierten Ansprüchen an eine ehrenamtliche Tätigkeit und dem Wunsch nach Geselligkeit. Allerdings – wie die folgende Gegenüberstellung zeigt – gibt es ganz erhebliche interne Differenzierungen der Motive – je nach Altersgruppenzugehörigkeit.

Motive für zivilbürgerschaftliches Engagement in unterschiedlichen Altersgruppen.

Alle Studien verweisen auf gewichtige Einflussgrößen auf das Engagementniveau: Neben Personen mit hoher Kirchenbindung und höherem politischen Interesse engagieren sich besonders die Statuseliten der Bevölkerung, d. h. die ökonomisch und qualifikatorisch besser Ausgestatteten. Die Einbindung in einen größeren Freundes- und Bekanntenkreis ist ein weiteres Begünstigungsmerkmal. Ältere in den neuen Bundesländern, Ältere mit Migrationsgeschichte sowie allein lebende Bürgerinnen und Bürger und mit einem einfachen Schulabschluss gehören zu den besonders wenig engagierten Gruppen.

Hinsichtlich der Motivbündel, die sich hinter dem Engagement älterer Menschen typischerweise verbergen, dominiert das der gemeinschaftsbezogenen Gesellschaftsgestaltung – hier verbunden mit einer stärkeren Betonung von Pflichten und politischer Bedeutung sowie Gemeinschaftssuche des Engagements – etwa verglichen mit Jüngeren, für die eher aufgabenbezogene Gesellschaftsgestaltung ein typisches Motivbündel darstellt.

Die Daten zum bürgerschaftlichen Engagement älterer Menschen zeigen allerdings auch, dass nur eine Minderheit aller älteren Menschen bürgerschaftliches Engagement zu einer Form ihrer Altersaktivität gewählt hat. Im Unterschied zu jüngeren Menschen kommen ältere Menschen zudem eher selten auf eigene Initiative hin zum bürgerschaftlichen Engagement; öfter werden sie für eine

Tätigkeit geworben und entwickeln sich dann in zivilgesellschaftliche Aktivitäten hinein.

Aus gerontologischer Perspektive stellt sich die Frage, inwieweit bürgerschaftliches Engagement eine bedeutungsvolle Rolle bei der Bewältigung der Rollenidentitätsproblematik in der nachberuflichen Lebensphase spielen kann, d. h. die An- und Herausforderung, die mit dem Älterwerden verbunden sind, zu bewältigen und hier bedeutsame Möglichkeiten für die Lebensgestaltung zu erschließen.

Dabei zeigen sich deutliche Zusammenhänge zwischen einer aufgaben- und sinnerfüllten Lebensführung und Gesundheit im Alterungsverlauf. Ähnliches gilt für eine länger ausgeübte Berufstätigkeit: Gerade angesichts der zwar deutlich zurückgegangenen aber immer noch vorfindlichen Frühverrentungen darf bürgerschaftliches Engagement nicht als Ersatzbetätigungsfeld für aus der Erwerbsarbeit Ausgeschlossene dienen. Späte Freiheit heißt nicht nur Freiheit zum Engagement.

Einige Argumente für die Ausweitung des Engagements Älterer im Zivildienst

Was spricht nun für die Ausweitung des Engagements Älterer vor allem im Bereich des Bevölkerungsschutzes, und zwar jenseits normativer Rhetorik, wie wir sie aktuell gerade im Zusammenhang mit dem internationalen Jahr des Aktiven Alterns hören?

- Der Nachwuchsmangel bei jüngeren und mittleren Altersgruppen
- Immer noch Fernwirkungen im Sinne brachliegender Potenziale des Frühverrentungstrends vergangener Jahre
- Auswirkungen wachsender Individualisierung auf Freizeitmotive und -gestaltung
- Paradigmenwechsel in den typischen Selbst- und Fremdbildern Älterer (weg vom hilfebedürftigen Älteren hin zum aktiven und selbstverantwortlichen Älteren)
- weitgehend ungenutzte Potenziale bei älteren Menschen mit Migrationsgeschichte

Insbesondere für Männer mit Migrationsgeschichte bestehen meines Erachtens nach interessante und ausbaufähige Betätigungsfelder gerade im Bevölkerungsschutz:

- relevante Niveaueffekte, z. B. mit Blick auf Technikkwissen und -nutzung, Mobilität, Bildungsstand und insbesondere Gesundheit und physische Belastbarkeit als eine zentrale Schlüsselqualifikation für den Einsatz im Bevölkerungsschutz, Konsequenzen der Verjüngung des Alters, u. a. mit positiven Rückwirkungen auf die Selbstwahrnehmung der physisch-psychischen Leistungsmöglichkeiten

- steigendes Gesundheitsbewusstsein mit positiven Abstrahleffekten auf die subjektive Gesundheit und damit verbunden Veränderungen in den Motiven – und zwar weg von den klassischen sozial-orientierten hin zu mehr „erlebnisorientierten“ Motivlagen
- unterstützende Wirkung durch positivere und differenzierter gewordene Altersbilder
- steigende Beteiligung von Männern am zivil-bürgerschaftlichen Engagement und infolgedessen differenzierte Interessenstrukturen an potenziellen Einsatzfeldern (jenseits von Kirche und Soziales)
- besondere Sensibilität Älterer für Fragen rund um das Thema Sicherheit, vor allem in den Dimensionen Selbsthilfe- und Selbstschutzzfähigkeit
- Zunahme solcher, für das Engagement hilfreicher/nützlicher beruflicher Erfahrungen, z. B. hinsichtlich Polyvalenz, Schlüsselqualifikationen und Sprachkompetenzen
- gestiegene Möglichkeiten, (berufs)erfahrene Ältere als Coacher und Teamer für jüngere Nachwuchs-engagierte einzusetzen
- Bevölkerungsschutz als besonders herausforderndes Umsetzungsfeld für das Gefühl, „gebraucht zu werden“
- wachsende Kritik an Angeboten, Mitwirkungs- und Kooperationsformen im klassischen (an Kirche und Wohlfahrtsverbände gebunden) freiwilligen Engagement

Zu einigen abschließenden Handlungsempfehlungen

Abschließend möchte ich Ihnen die wichtigsten Ergebnisse einer Studie meines Instituts, durchgeführt kürzlich im Auftrag des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, präsentieren.

Ich möchte dies im Sinne von Handlungsempfehlungen machen, die Anregungen für die weitere Diskussion bieten, wie man ältere Menschen in die aktive Tätigkeit einbinden kann. Und das gilt zum einen für jene älteren Personen, die schon länger in der Organisation tätig sind und in der Regel über umfangreiches organisationsinternes Wissen verfügen, und zum anderen für jene älteren Quereinsteiger, die sich neu für eine Organisation engagieren wollen, in der Regel noch keine Qualifizierung innerhalb der Organisation besitzen, aber umfangreiche berufliche Qualifikationen vorweisen (zum Folgenden Enste 2012).

Sensibilisierung für die Thematik und Transparenz erhöhen: Die alleinige Konzentration auf die Rekrutierung von Nachwuchskräften reicht nicht aus. Ältere Mitglieder dürfen daher nicht mehr ausschließlich unter dem Blickwinkel „passive Ehrenabteilung“ gesehen werden, sondern müssen aktiv

in die Organisationsabläufe eingebunden werden. **Altersgrenze lockern:** Alter ist mehr als das kalendarische Alter. Festgesetzte Altersgrenzen sind nicht mehr zeitgemäß und entsprechen nicht mehr den heute vorliegenden differenzierten Altersbildern. Alter darf bei körperlicher Geeignetheit nicht von der aktiven Arbeit ausschließen.

Aufgaben neu strukturieren und Arbeitsprozesse optimieren: Organisationen müssen Aufgaben identifizieren, die auch von älteren Mitgliedern übernommen werden können. Das heißt auch, Arbeitsabläufe müssen neuorganisiert werden, etwa durch

- den Ausbau der rechtlichen Rahmenbedingungen, vor allem des Versicherungsschutzes
- die Stärkung der Selbsthilfe- und Selbstschutzzfähigkeit: ein Bereich mit viel Potenzial, vor allem für Personen mit pädagogischen und/oder medizinischen Qualifikationen
- die Anpassung der Qualifikationsstrukturen für Ältere: Älteren Quereinsteigern muss die Möglichkeit gegeben werden, auch ohne den gesamten Qualifikationsprozess zu durchlaufen, sich zu engagieren, wenn sie berufliche Qualifikationen und Erfahrungswissen mitbringen.
- die Erhöhung des Informationsflusses: Bundes- und Landesverbände können verstärkt als Impulsgeber fungieren, um Ortsverbände z. B. durch Informationsmaterial/Gute-Praxis-Beispiele zu sensibilisieren und als Ideengeber zu fungieren.
- die Entwicklung gemeinsamer Strategien: Diese Handlungsempfehlung wird heute bereits umgesetzt, indem wir hier gemeinsam zusammenkommen und uns auch speziell dem Thema „Demografischer Wandel und ältere (Neu)-Mitglieder“ widmen.
- die Entwicklung von Rekrutierungsstrategien für Neueinsteiger: Hier geht es um Marketing, darum, die Erwartungen und Bedürfnisse der Zielgruppe zu kennen.
- die Öffnung für projektbezogenes Ehrenamt: Langfristiges Ehrenamt über viele Jahre verliert an Bedeutung. Dem muss sich auch der Zivil- und Katastrophenschutz bewusst sein. Kurz- oder mittelfristige Projekte für die Bindung werden wichtiger.
- die Anerkennung der Engagementbereitschaft: Hier geht es nicht um Geld, sondern die gesellschaftliche Anerkennung der geleisteten freiwilligen Arbeit. Benötigt wird eine neue Anerkennungskultur.

II

"EHRENAMT und DEMO

ZIVILGESELLSCHAFT im DEMOGRAFISCHEN Wandel

Weniger

besser

erreichbar

Neue Gruppe:

Die Jungen Alten

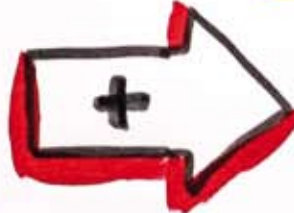


NEUE EHREN-AMTLER!!!
Freiwillige
VOR ❤️

WECHSEL
des
Alterbildes



BABY-BOOMER



BEREICHERUNG
durch
ENGAGEMENT

50+
Potential



RUHESTAND
VERSUS
ENGAGEMENT



Verjüngung
des
Alters
-10
JAHRE



MAN IST SO
ALT, WIE
MAN SICH
FÜHLT!

≈ 1,9



20-65j.
ERWERB

DEMOGRAPHIE "Wissenschaftliche Perspektive"

1. SELBSTORGANISATION


Bürger = Subjekt

Zivil Gesellschaft

2. ORGANISATION auf beiden SEITEN

3. NORMATIVE ORIENTIERUNG

4. NEUE ALTERSBILDER

MOTIVE: - Geselligkeit 
- Sinnvolle Beschäftigung

Freiheit zur SELBSTGEWÄHLTEN
ALTERSAKTIVITÄT

DEMOGRAPHIE u. BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

7,5 Mio. weniger ERWERBSTÄTIGE 2030

KONSEQUENZ:

- SCHULDEN steigen | Staatsbankrott

LAND

junge Menschen wandern ab

ab 65 j.
RENTE

KEINE VERSORGUNG!

Ehrenamt und Demografie

Demografie und Bevölkerungsschutz

Deutschland steht vor tief greifenden demografischen Entwicklungen. Nach der Prognose vom November 2009 wird die Bevölkerung von damals rund 82 Millionen bis zum Jahr 2030 auf schätzungsweise 77 Millionen zurückgehen. Parallel dazu verändert sich die Altersstruktur der Gesellschaft erheblich. Während die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre alt) um rund 7,5 Millionen schrumpft, steigt die Zahl der Personen im Alter von 65 und älter um rund 5,5 Millionen (vgl. Statistisches Bundesamt 2009). Die demografische Entwicklung – vor allem die Alterung der Gesellschaft – stellt für den Bevölkerungsschutz eine erhebliche Herausforderung dar.

Demografisch bedingter Ressourcenrückgang für den Bevölkerungsschutz

Zentraler Ansatzpunkt zur Abmilderung der negativen ökonomischen Konsequenzen der gesellschaftlichen Alterung ist der Arbeitsmarkt. Dort entscheidet sich, wie groß die Menge an Gütern und Dienstleistungen ist, die der Gesellschaft zur Verfügung steht. Strategien, mit deren Hilfe der drohenden Verringerung des materiellen Wohlstands und der damit einhergehenden Verteilungskonflikte entgegen gewirkt werden kann, sind u. a. die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und die Steigerung der Produktivität.

Bei der Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist neben einer Erhöhung der tatsächlichen Jahresarbeitszeit vor allem an die Heraufsetzung des faktischen Rentenzugangsalters zu denken. Bei der Erhöhung der Erwerbsbeteiligung bietet sich ergänzend zur Erwerbsbeteiligung von älteren Personen die Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit an. Die Steigerung der Produktivität verlangt u. a. eine Intensivierung der beruflichen Weiterbildung.

Für den Bevölkerungsschutz haben diese Maßnahmen jedoch die Konsequenz, dass der Arbeitsmarkt stärker auf die Zeitbudgets der Menschen zugreift. Den Menschen bleibt damit weniger Zeit für ehrenamtliche Tätigkeiten, sodass das Angebot an ehrenamtlichen Einsatzkräften

Dr. Thieß Petersen, Diplom-Volkswirt, ist seit 2004 bei der Bertelsmann Stiftung, zurzeit als Senior Project Manager in dem Programm „Nachhaltig Wirtschaften“, zudem Lehrbeauftragter an der Fachhochschule Westküste (Heide) und an der Europa-Universität Viadrina (Frankfurt/Oder). Seine aktuellen Arbeitsschwerpunkte sind die ökonomischen Konsequenzen des demografischen Wandels, Ursachen und Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise, Chancen und Risiken der Globalisierung und die Euro-Krise.

zurückgeht. Gleichzeitig wird auch die Konkurrenz um qualifizierte Arbeitskräfte größer. Dies bedeutet, dass es zunehmend schwieriger wird, hauptamtliches Personal für den Bevölkerungsschutz zu finden.

Der demografische Wandel stellt auch die öffentlichen Haushalte vor erhebliche Herausforderungen. Empirische Untersuchungen zeigen, dass ältere Menschen weniger Steuern und Sozialbeiträge zahlen als Personen im erwerbsfähigen Alter. Die Alterung der Gesellschaft bedeutet daher tendenziell sinkende Staatseinnahmen.

Bezüglich der staatlichen Ausgaben ist festzustellen, dass ein großer Teil der öffentlichen Leistungen von älteren Personen in Anspruch genommen (insbesondere im Gesundheitswesen und der Altersversorgung) werden. Noch sind die so genannten Babyboomer in Deutschland, also die zwischen 1955 und 1965 geborenen Personen, in einem Alter, in dem sie aus Sicht des Staates Nettozahler sind. In 20 bis 25 Jahren haben diese Personen jedoch das Rentenalter erreicht. Wenn die Baby-Boomer-Generation dann das Renten- bzw. Pensionsalter erreicht, fehlen Menschen in ausreichender Zahl, um die Lücke der Nettozahler zu schließen.

Eine Fortsetzung der bisherigen Finanzpolitik ist angesichts der zu erwartenden demografischen Entwicklungen nicht möglich. Das bisherige Niveau der staatlichen Daseinsvorsorge wird flächendeckend nicht aufrecht



Dr. Thieß Petersen,
Senior Project Manager bei
der Bertelsmann Stiftung

zu erhalten sein. Der demografisch bedingte Rückgang der staatlichen Handlungsspielräume hat dann auch zur Folge, dass die finanziellen Ressourcen des Staates für den Bevölkerungsschutz zurückgehen.

Dies stellt vor allem die ländlichen Gebiete in den Regionen, die von dem Bevölkerungsrückgang besonders stark betroffen sind, vor erhebliche Probleme. Erschwerend kommt für Regionen, aus denen Menschen auswandern, hinzu, dass der Fortzug von Bewohnern einen generellen wirtschaftlichen Abwärtstrend zur Folge hat (vgl. Neu 2007).

Wenn Menschen erst einmal damit beginnen, aus einer wirtschaftlich schwächeren Region fortzuziehen, verliert diese Region Arbeitskräfte, Konsumenten und Steuerzahler. Die regionale Wirtschaft wird geschwächt, die Arbeitsplatzsituation verschlechtert sich, und der Anreiz, die Region zu verlassen, nimmt weiter zu. Mit dem Verlust von Steuerzahlern gehen die staatlichen Möglichkeiten zur Finanzierung von Infrastrukturangeboten zurück, was sich negativ auf die Lebensqualität auswirkt und den Anreiz zur Wohnsitzverlagerung verstärkt.

Der demografische und der wirtschaftliche Schrumpfungsprozess verstärken sich gegenseitig. In solchen Regionen wird es damit immer schwieriger, die Infrastrukturen bereitzustellen, die für den Bevölkerungsschutz erforderlich sind.

Künftige Anforderungen an den Bevölkerungsschutz

Der demografisch bedingte Rückgang der humanen und finanziellen Ressourcen für den Bevölkerungsschutz wäre unproblematisch, wenn gleichzeitig auch die Anforderungen an den Bevölkerungsschutz zurückgehen würden.

Die Gleichung „weniger Menschen – weniger Bedarf an Bevölkerungsschutz“ geht jedoch nicht auf.

Im Gegenteil: Die Kombination des demografischen Wandels mit anderen globalen Entwicklungstrends wie beispielsweise der Globalisierung und dem Klimawandel wird die Anforderungen an den Bevölkerungsschutz in Deutschland zukünftig noch erhöhen: Weltweit wird die Bevölkerungszahl von gegenwärtig rund sieben Milliarden Menschen bis zum Jahr 2050 auf weit mehr als neun Milliarden Menschen anwachsen.

Eine größere Weltbevölkerung wird eine wachsende Menge an Gütern und Dienstleistungen konsumieren. Die Produktion von mehr Gütern und Dienstleistungen sowie die dafür erforderlichen Transportleistungen bedeuten einen zunehmenden Verbrauch an Rohstoffen und Energie, was wiederum einen größeren Ausstoß von CO₂ und anderen Treibhausgasen zur Folge hat. Dies bewirkt einen Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur, der den Klimawandel mit all seinen Begleiterscheinungen vorantreibt. Die Zunahme von Wetterextremen – z. B. Hitzewellen, Dürren, Stürme, Starkniederschläge und Überflutungen – führen zu einer wachsenden Zahl von entsprechenden Unglücksfällen und Naturkatastrophen, die Hilfs- und Rettungsmaßnahmen erforderlich machen.

Die ohnehin schon zunehmenden Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des Bevölkerungsschutzes werden noch dadurch erhöht, dass die Alterung der Bevölkerung eine zusätzliche Herausforderung für den Bevölkerungsschutz darstellt. Einerseits steigt beispielsweise ab einem Alter von 75 Jahren der Anteil der Menschen, die unter hitzebedingten Risiken leiden (vgl. Hübler/Klepper 2007, S. 32). Dies erhöht die Fallzahl notwendiger Sanitäts- und Rettungseinsätze.

II "EHRENAMT und DEMOGRAPHIE"

DEMOGRAFISCH
BEDINGTE
GEFAHRENLAGE



Spezielle MASSNAHMEN
im Bevölkerungsschutz

- 1 ALTERUNG als Herausforderung
- 2 RESSOURCEN nehmen ab
- 3 Ansprüche nehmen zu
- 4 Konkurrenz um "jung" ALTE
- 5 demogr. DIVIDENDE

Fragen & Erkenntn

Forschungsprojekt BB

*Lebenslinienmo

MIGRANTEN
3%

FRAUEN
8%

SEN

REPRÄSENT
STEIGER

ERWERBSLOSE ALS
RESSOURCE FÜR DAS
EHRENAMT



V
E
R
S
U
S

DOPPELROLLE
BEI BESCHÄFTIGTEN
DIE EHRENAMTLER
SIND //



ZIEL

» Wann sind Menschen besonders ansprechbar für Ehrenamt? «

I LANGFRISTIGE SICHERUNG

Ehrenamt? «

BEST PRACTICE

II ANPASSUNG

Nutzen von SYNERGIE-EFFEKTEN

1

III GEWÄHRLEISTUNG NACHHALTIGKEIT

"ALT+NEU" SENSIBEL

2

ZUSAMMENFÜHREN

- "LOTSEN" Migranten
- "TANDEMPROJEKTE"
- "INTERKULTURELLE VERANSTALTUNGEN"

• "ZWEIGETEILTES EHRENAMT"

- GENDER SENSIBILISIERUNG
- STRUKTUREN VERBESSERN

- ALTERSGRENZEN LOCKERN
- AUFGABEN STRUKTURIEREN/OPTIMIEREN
- ANGEBOTE ATTRAKTIVER MACHEN

Andererseits steigen die Anforderungen an den Hilfs- und Rettungsdienst im Zuge der demografischen Alterung auch deshalb, weil die Befähigung zur Eigenrettung mit steigendem Alter abnimmt und weil die Anforderungen an die Evakuierung von Personen, die z. B. auf einen Rollstuhl oder einen Rollator angewiesen sind, größer sind als bei Personen mit einer höheren Mobilität.

Im Ergebnis ist daher für Deutschland davon auszugehen, dass die Alterung der Gesellschaft in Wechselwirkung mit anderen globalen Entwicklungstrends dazu führt, dass die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des Bevölkerungsschutzes in den kommenden Jahren zunehmen werden.

Handlungsoptionen

Wenn eine sinkende Zahl von potenziellen Helfern auf steigende Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des Bevölkerungsschutzes trifft, stellt sich die Frage, wie die drohende Lücke zwischen Anforderungen und tatsächlicher Leistungsfähigkeit geschlossen werden kann. Hierzu bieten sich verschiedene Stellschrauben an (vgl. zu den nachfolgenden Ausführungen Hartmann/Krapf 2009, Kröger 2009, Landtag Brandenburg 2011):

- Intensivierung der Werbung für ehrenamtliche Helfer: Ein intensiveres Werben für ein ehrenamtliches Engagement ist vor allem bei den Bevölkerungsgruppen erfolgversprechend, die sich bisher nur unterdurchschnittlich als Helfer im Bevölkerungsschutz engagieren. Dazu gehören neben den über 50-Jährigen vor allem Personen mit einem Migrationshintergrund und Frauen. Bei allen Bemühungen um ehrenamtliches Personal ist jedoch zu berücksichtigen, dass der Bevölkerungsschutz hier in Konkurrenz zu anderen ehrenamtlichen Institutionen und anderen Arbeitgebern steht, die ebenfalls unter dem demografisch bedingten Fachkräftemangel leiden.
- Frühe Ansprache von jungen Menschen: Die frühe Ansprache Jugendlicher ist ein Instrument zur Sicherung der Nachwuchsgewinnung und damit zur langfristigen Sicherung des Personalbedarfs. Denkbare Ansatzpunkte sind beispielsweise im Bereich der Feuerwehren eine stärkere Zusammenarbeit von Schulen und Feuerwehren sowie die Gründung bzw. Förderung sogenannter „Bambini-Feuerwehren“.

- Erhöhung der Anreize für ehrenamtliches Engagement: Hier ist an eine ganze Reihe von Maßnahmen zu denken. Dazu gehören neben finanziellen Anreizen (z. B. Steuervergünstigungen oder die Gewährung von Aufwandspauschalen) auch Aspekte wie der Erwerb von beruflich verwertbaren Qualifikationen, eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt oder auch eine größere Anerkennung entsprechender Aktivitäten durch die Gesellschaft.
- Technischer Fortschritt zur Einbindung aller Altersgruppen in den Bevölkerungsschutz: Der verstärkte Einsatz von technologischen Hilfsmitteln, die die menschliche Kraft ersetzen, erleichtert es Helfern mit geringerer physischer Kraft im Bevölkerungsschutz tätig zu werden.
- Stärkung der institutionellen und regionalen Zusammenarbeit: Angesichts der zu erwartenden Ressourcenknappheit bietet sich eine stärkere Kooperation verschiedener Einrichtungen (Feuerwehren, DRK, THW etc.) und Regionen (z. B. interkommunale Kooperation oder grenzüberschreitende Zusammenarbeit) an, um die zur Verfügung stehenden Ressourcen besser zu nutzen.
- Intensivierung der Prävention zur Verhinderung von Notfalleinsätzen: Hier ist sowohl an Maßnahmen zu denken, die einen Notfalleinsatz verhindern (z. B. Deicherhöhungen zur Vermeidung von Überflutungen), als auch an Maßnahmen, die frühzeitig vor einem nicht mehr abwendbaren Ereignis warnen und so eine rechtzeitige Evakuierung der betroffenen Region ermöglichen (z. B. satellitengestützte Fernüberwachung von Bodenbewegungen).

Fazit

Angesichts der skizzierten Gefahren der gesellschaftlichen Alterung wird es zunehmend schwieriger, flächendeckend einen qualitativ hochwertigen Bevölkerungsschutz bereitstellen zu können. Die genannten Handlungsoptionen können einen Beitrag leisten, die demografisch bedingte Lücke zwischen den steigenden Anforderungen an den Bevölkerungsschutz und den zurückgehenden Ressourcen zu schließen.

Bei der Lösung der demografisch bedingten Herausforderungen für den Bevölkerungsschutz sind alle gesellschaftlichen Gruppen gefordert, denn der Staat alleine kann dies angesichts der zu erwartenden Einschränkungen seiner finanziellen Handlungsspielräume nicht leisten.



Ehrenamt und Demografie

Zielgruppenorientierte Demografie- Forschung für den Bevölkerungsschutz

Die demografische Entwicklung in Deutschland trifft auch den Bevölkerungsschutz und seine überwiegend auf Ehrenamtlichkeit basierende Strukturen. Möglicherweise sind gerade diese Strukturen aufgrund der komplexen demografischen Umbruchsituation künftig in Teilen besonders verletzlich und bedürfen einer intensiven Betrachtung. Forschung auf diesem Gebiet tut also zwingend Not, um durch neue Erkenntnisse und Lösungen die Leistungsfähigkeit des deutschen Bevölkerungsschutzsystems langfristig zu sichern.

Strategische Zielsetzung

Die Sicherung und Fortentwicklung dieses erfolgreichen Systems auf der Basis von Ehrenamtlichkeit und Pluralismus ist eines der zentralen strategischen Ziele im Zuge der Demografieforschung rund um den Bevölkerungsschutz. Ein weiteres strategisches Ziel ist die Anpassung des Gesamtsystems, z. B. bei der Gewinnung sowie der Aus- und Fortbildung von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, aber auch die Anpassung der Einsatzmöglichkeiten und der Bindungsformen der Ehrenamtlichen an ihre Organisationen im Einklang mit den wichtigsten sich ändernden demografischen Faktoren. Und letztendlich muss die Gewährleistung der Nachhaltigkeit der zu ergreifenden Maßnahmen ein solches Ziel sein. Zusammengefasst soll also eine auf Nachhaltigkeit basierende Anpassungsstrategie die langfristige Sicherung und Fortentwicklung des Systems garantieren.

Demografischer Wandel und Risiken für den Bevölkerungsschutz

Die derzeit erkennbaren bzw. zu prognostizierenden negativen Auswirkungen demografischer Veränderungen machen sich im Bevölkerungsschutz sowohl quantitativ als auch qualitativ bemerkbar. Zum einen wird ein insgesamt geringeres Ressourcenpotenzial an Einsatzkräften aufgrund der generell schrumpfenden Bevölkerung zur Verfügung stehen. Zum anderen muss eine Veränderung in der Leistungsfähigkeit der Einsatzkontingente durch

Dr. Wolfram Geier, Diplom-Politologe und Rettungsassistent, ist Leitender Regierungsdirektor im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) sowie Lehrbeauftragter im Studiengang Katastrophenvorsorge und Katastrophenmanagement der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

den spürbar schrumpfenden Anteil junger und physisch besonders leistungsstarker Menschen befürchtet werden.

Die weitere zunehmende Mobilität Berufstätiger und der Kampf um qualifizierte Arbeitskräfte sowie die regional sehr unterschiedliche Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitsplätzen werden den Stadt-Land-Gegensatz weiter verschärfen. Dies hat zur Folge, dass vor allem in strukturschwachen Regionen Deutschlands die Gefahr sogenannter „weißer Kreise“, in denen bereits die alltägliche Gefahrenabwehr bedroht ist, wachsen wird.

Möglicherweise wird auch die derzeit noch recht hohe Bereitschaft der Arbeitgeber zur Freistellung von Mitarbeitern für Belange der öffentlichen Gefahrenabwehr wie Brandschutz, technische Hilfe, Sanitäts- und Betreuungswesen bzw. Bevölkerungsschutz allgemein abnehmen, da die weniger gewordenen qualifizierten Arbeitskräfte in den Betrieben als unabkömmlich gelten werden.

Parallel dazu wird eine alternde Gesellschaft neue Herausforderungen für die Gefahrenabwehrsysteme mit sich bringen bzw. alt bekannte verschärfen. Stichworte und Merkmale hierfür sind u. a. die deutliche Zunahme der Vergreisung der Gesellschaft, weiter zunehmende Multimorbidität sowie weitere Singlehaushalte und Pflegeheime. Diese soziale Situation generiert Problemfelder, die dem Bevölkerungsschutz der Zukunft gerade bei Großschadenslagen und Katastrophen sowie bei Evakuierungen ein besonderes Leistungsvermögen abverlangen werden.



Dr. Wolfram Geier,
Leitender Regierungsdirektor im BBK

Der Auftrag der Innenministerkonferenz und das Forschungsdesign

Die Problematik der Auswirkungen des demografischen Wandels auf verschiedene Bereiche der Gefahrenabwehr haben einige der dafür primär zuständigen Bundesländer sowie einige kommunale Gebietskörperschaften bereits vor geraumer Zeit auf unterschiedlichem Niveau zu thematisieren begonnen.

Beispielhaft ist hier nur die Studie über die „Sicherstellung des Brandschutzes unter besonderer Berücksichtigung des demografischen Wandels“ von 2008 zu nennen, die das Niedersächsische Ministerium des Innern in Auftrag gegeben hatte. Zu einer konzertierten Aktion auf diesem Gebiet entschlossen sich die Innenminister im Jahr 2011. Die Ständige Konferenz der Innenminister und Innensenatoren der Länder (IMK) beauftragte den Bund am 21. Juni 2011 „im Rahmen einer länderoffenen Arbeitsgruppe unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände, der Feuerwehr und Hilfsorganisationen, ein umfassendes Forschungsprojekt zur nachhaltigen Sicherung der ehrenamtlich geprägten Hilfeleistungsstrukturen im Bevölkerungsschutz in Anbetracht der demografischen Entwicklung zu initiieren.“

Als geschäftsführende Institution für diese Arbeitsgruppe sowie als Operator des Forschungsprojektes fungiert das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). Der Forschungsauftrag der IMK wurde durch die Arbeitsgruppe und das BBK in einem konkreten Projekt designt und in mehrere Teilprojekte mit einer Gesamtlauzeit bis zum Jahresende 2013 unterteilt.

Folgende Teilprojekte und Studien sind dabei vorgesehen bzw. bereits realisiert:

- 1.) Evaluation bereits vorhandener wissenschaftlicher Studien zum Thema (Vorlage Sommer 2012)
- 2.) drei spezifische Kurzstudien zu den Zielgruppen Frauen, Migranten und Senioren (Vorlage Sommer 2012)
- 3.) Evaluierungsstudie über zukunftsorientierte Förderformate ehrenamtlichen Engagements im Bevölkerungsschutz auf Grundlage der eingereichten Projekte zum BMI-Förderpreis „Helfende Hand“ und Aufbau einer Datenbank (Vorlage Sommer 2013)
- 4.) Erforschung von Motivationsfaktoren ehrenamtlichen Engagements im Bevölkerungsschutz unter Einbeziehung der Erkenntnisse aus 1.) – 3.) sowie auf der Grundlage repräsentativer Befragungen mit dem Ziel der Entwicklung eines soziologischen „Lebenslinienmodells“ (Vorlage Herbst 2013)
- 5.) Ableitung von Handlungsempfehlungen und Vorlage der gesamten Forschungsergebnisse (Jahresende 2013)

Inklusion als Ziel

Im Zuge zielgruppenspezifischer Kurzstudien erfolgte eine Konzentration auf Frauen, Migranten und Senioren. Alle drei Bevölkerungsgruppen stellen einen erheblichen Anteil in der Gesamtbevölkerung, sind aber im Bevölkerungsschutz massiv unterrepräsentiert und sollen verstärkt integriert werden. So sind zwar über 50 Prozent der Bevölkerung weiblich, jedoch nur etwa acht Prozent der Frauen in Organisationen des Bevölkerungsschutzes aktiv.

Über 20 Prozent der Bevölkerung besitzen mittlerweile einen so genannten Migrationshintergrund, aber nur etwa drei Prozent dieser Menschen engagieren sich im Bevölkerungsschutz. Und über 22 Prozent der Bevölkerung sind mittlerweile älter als 65 Jahre, aber nur etwa ein Prozent davon findet sich in den Reihen der Bevölkerungsschützer ein. Insgesamt wird mit diesem Bild die reale Entwicklung in der bundesrepublikanischen Gesellschaft völlig unzureichend reflektiert, und die gesellschaftspolitischen Versäumnisse der letzten Jahrzehnte spiegeln sich auch in diesem gesellschaftlichen Teilssegment wider.

Zielgruppe Migranten

Mit Blick auf die Zielgruppe der Migranten wurde das Institut für Migrationsforschung und interkulturelle Studien der Universität Osnabrück vom BBK beauftragt, Hintergründe zu beleuchten, die Aufschluss darüber geben können, warum sich so wenige Migranten in den Organisationen des Bevölkerungsschutzes finden lassen und wie dies zu ändern sein könnte.

Zu den zentralen und sicherlich nicht besonders überraschenden Erkenntnissen gehört, dass im Bevölkerungsschutz bzw. in dessen Organisationen kein systematischer und nachhaltiger Prozess der interkulturellen Öffnung erkennbar ist und dass es ein enormes Informationsdefizit bei den Migranten über den Bevölkerungsschutz in Deutschland allgemein sowie über die

Mitwirkungsmöglichkeiten im Besonderen gibt. So habe sich bei den Migranten oftmals der Eindruck von den Bevölkerungsschutzorganisationen als „konservative“ und „in sich geschlossene“ Institutionen verstärkt, die keinen gesteigerten Wert auf die Mitwirkung von Migranten legten.

Allerdings sind oftmals auch unzureichende deutsche Sprachkenntnisse bei Migranten sowie teilweise kulturell bedingte, bislang nicht thematisierte und diskutierte Wertunterschiede mit Blick auf soziales gesellschaftliches Engagement ebenfalls hemmende Faktoren für ein breiteres Engagement auf diesem Gebiet.

Zu den wichtigsten Handlungsempfehlungen gehören die Realisierung einer stärkeren interkulturellen Sensibilisierung von ehren- und hauptamtlichen Kräften in den Organisationen, die feste Einführung von so genannten „Lotsen“ und „Paten“ für neu gewonnene Helfer mit Migrationshintergrund sowie der Auf- und Ausbau von kontinuierlichen Kommunikationsprozessen zwischen Organisationen des Bevölkerungsschutzes und Migranten- und Kulturvereinen. Gute Möglichkeiten, einander näher zu kommen, bieten bereits erfolgreich erprobte „Tandem“-Projekte zwischen den Organisationen. Als Beispiel hierfür könnten Blutspendetermine in Moscheen oder anderen Einrichtungen oder aber die verstärkte Präsenz mit Information im Rahmen von Integrationskursen genannt werden.

Zielgruppe Frauen

Während die Forschungslage rund um das Thema Migration durch verschiedene Regionalstudien etwas besser zu sein scheint, ist sie mit Blick auf Frauen im Bevölkerungsschutz sehr unbefriedigend. So kann die vom BBK beim Institut für Soziökonomische und Interkulturelle Analyse (ISOKIA) in Auftrag gegebene Kurzstudie über die Hintergründe des quantitativ geringen Engagements von Frauen im Bevölkerungsschutz durchaus auch als Pilotstudie verstanden werden.

Zu den zentralen, wenn auch nicht wirklich überraschenden Erkenntnissen gehört, dass vor allem eine teil-

weise systemimmanente Diskriminierung von Frauen in den Organisationen z. B. durch das „Ausschlusskriterium“ unterschiedlicher physischer Leistungsfähigkeit erfolgt. Darüber hinaus ist ein deutliches quantitatives Ungleichgewicht bei der Verteilung von Frauen in so genannten „weißen Organisationen“, also den klassischen Hilfsorganisationen im Bereich Sanität und Betreuung, und den stark technisch ausgerichteten Organisationen wie Feuerwehr oder THW festzustellen.

Während erstere für Frauen spürbar attraktiver zu sein scheinen, haben Feuerwehren und THW hier noch deutlichen Nachholbedarf, um ihre Attraktivität für Frauen zu steigern. Dass die von ISOKIA festgestellte Diskriminierung von Frauen aufgrund des Ausschlusskriteriums „physische Leistungsfähigkeit“ bei den überwiegend technisch ausgerichteten Organisationen keine echte Substanz besitzt, belegen nicht nur internationale Beispiele, wo Frauen ohne Einschränkungen im feuerwehrtechnischen Dienst eingesetzt sind, sondern auch die deutliche Attraktivität z. B. des Polizeiberufes für Frauen hierzulande.

Auch ein Blick in die eigene Vergangenheit zeigt, dass für Diskriminierung aus physischen Gründen kein wirklicher Anlass gegeben ist. So wurden im Zweiten Weltkrieg in zahlreichen Freiwilligen Feuerwehren Deutschlands Löschgruppen und -abteilungen aufgestellt, die zum Teil ausschließlich aus Frauen bestanden, zum Teil von Frauen geführt und erfolgreich unter besonders schweren Bedingungen des Luftkrieges eingesetzt wurden.

Ähnlich wie bei den Migranten werden auch beim Thema Frauen und Bevölkerungsschutz eine stärkere Sensibilisierung von aktiven Mitgliedern und Führungskräften in Gender-Fragen sowie das systematische Heranführen von Frauen an die technischen Organisationen durch „Lotsen“ und „Paten“ empfohlen.

Darüber hinaus könnten verbesserte Strukturen in den Organisationen, die z. B. die Verbindung von Ehrenamt und Familie (Kinder, aber gerade mit Blick auf die demografische Entwicklung vor allem auch pflegebedürftige Angehörige etc.) optimieren sowie systematische Analysen der Strukturen und der Verhaltensweisen in den Organisationen auf mögliche diskriminierende Faktoren und Ausschluss derselben dazu führen, dass sich die Attraktivität dieser Organisationen für Frauen spürbar erhöht.

Zielgruppe Senioren

Obwohl die Senioren bislang keine präferierte Altersgruppe bei den im Bevölkerungsschutz mitwirkenden Organisationen darstellen und die Fixierung nahezu ausschließlich auf junge Menschen stattfindet, müssen die Senioren als rapide wachsende Alters- und Bevölkerungsgruppe zwingend in die Betrachtungen eines künftigen Bevölkerungsschutzsystems einbezogen werden.

Das BBK hat für die Kurzanalyse dieser Bevölkerungsgruppe die Forschungsgesellschaft für Gerontologie e. V. am Institut für Gerontologie der Technischen Universität Dortmund beauftragt, Möglichkeiten der Gewinnung und des Einsatzes von Senioren im Bevölkerungsschutz zu beschreiben.

Da wesentliche Erkenntnisse dieser Kurzstudie im Rahmen des Symposiums durch die Autoren selbst vorgebracht werden, wird hier nur auf einige wenige zentrale Erkenntnisse fokussiert (siehe auch Beitrag von Herrn Prof. Dr. Gerhard Naegele in dieser Publikation). So werden z. B. die derzeit bestehenden Altersgrenzen in Teilen der Organisationen als unflexibel und vor allem als überkommen wahrgenommen. Der Einsatz von Senioren findet, wenn überhaupt, in verwaltenden und ausbildenden Tätigkeiten statt.

Es besteht eine erhebliche Diskrepanz zwischen den intensiven Ausbildungsnotwendigkeiten sowie den sehr langen Ausbildungsabschnitten im Bevölkerungsschutz und den heute mehr und mehr propagierten neuen Formen ehrenamtlichen Engagements, die als projektbezogen, kurzfristig, zeitbefristet und flexibel charakterisiert werden. Darüber hinaus wird auf die empirische Tatsache verwiesen, dass das „Alter weiblich“ sei, womit gleich zwei im Bevölkerungsschutz unterrepräsentierte Gruppen tangiert werden.

Zu den wichtigsten Handlungsempfehlungen gehört auch hier die Sensibilisierung von Führungskräften und Senioren sowie die Seniorengeneration nicht mehr nur unter dem Aspekt der Einbindung in die passiven „Ehren- oder Altersabteilungen“ zu betrachten, sondern mögliche neue Felder aktiver Tätigkeit zu identifizieren. Ein weiterer wichtiger Ansatz besteht darin, die Altersgrenzen zu lockern, da diese nicht mehr den heute vorliegenden differenzierten Altersbildern und dem physischen Leistungsvermögen entsprechen. Und nicht zuletzt sollte auch über eine Anpassung der Qualifikationsstrukturen für Senioren nachgedacht werden, was unter anderem bedeuten kann, vorhandene berufliche Qualifikationen auf Aus- und/oder Weiterbildungen anrechenbar zu machen.

Evaluation zukunftsorientierter Förderformate

Seit 2009 vergibt der Bundesminister des Innern (BMI) den Förderpreis „Helfende Hand“ für innovative Projekte ehrenamtlicher Tätigkeit im Bevölkerungsschutz. Das BBK fungiert als Geschäftsstelle dieses Preises. Über 500 Projekte wurden in den letzten drei Jahren dem BMI zur Prämierung vorgeschlagen. Der Preis selbst wird in drei Kategorien verliehen. Zum einen für Projekte, die entweder innovative und nachhaltige Aktivitäten im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit umfassen.

Klassische Beispiele dafür sind unter anderem die Gründung und Organisation von Bambini-Feuerwehren oder

aber der Sanitätsdienst in Schulen. Zum anderen für innovative Projekte im Bereich des Einsatzes und der Einsatzplanung und Einsatzorganisation. Eine dritte Kategorie prämiert ideell besonders vorbildliches Arbeitgeberverhalten bezüglich der Freistellung oder aber sonstiger Unterstützung des Bevölkerungsschutzes.

Im Laufe des Jahres 2013 werden diese Vorschläge unter den Aspekten der Relevanz und der Nachhaltigkeit durch das BBK evaluiert. Mit den über 500 eingereichten Vorschlägen soll darüber hinaus eine Datenbank im BBK gespeist werden. Die Datenbank sowie die evaluierten Ergebnisse mit entsprechenden Empfehlungen werden zum einen der Fachöffentlichkeit unter „Best Practice“ zur Verfügung gestellt, zum anderen in die Ergebnisse des Forschungsprojektes unter Handlungsempfehlungen integriert.

Das Lebenslinienmodell

Zentrales Element des Forschungsprojektes wird die Erarbeitung eines so genannten „Lebenslinienmodells“ sein, das Antworten auf die Frage liefern soll, zu welchen Zeitpunkten bzw. in welchen Zeitkorridoren Menschen für ehrenamtliches Engagement im Bevölkerungsschutz besonders ansprechbar sind. Das BBK kooperiert aufgrund einer öffentlichen Ausschreibung in diesem Teilprojekt intensiv mit dem Marktforschungsunternehmen BIK aus Hamburg.

Eine repräsentative Umfrage unter mehr als 3.000 Bürgerinnen und Bürgern wird die empirische Grundlage bilden. Es wird versucht, die verschiedenen Lebensabschnitte vom Besuch der Kindertagesstätten über die Schule, Ausbildung/Studium, Berufseinstieg und Karriere, Familiengründung und erneute berufliche Orientierung bis hin zum Renteneintritt und die Seniorität zu untersuchen und Möglichkeiten des Engagements im Bevölkerungsschutz in verschiedenen Quantitäten und Qualitäten zuzuordnen.

Dabei werden heutige und prognostizierte demografische Faktoren wie hohe Mobilität aufgrund der Arbeitsmarktsituation, Verdichtung in Aus- und Fortbildung, Wanderungsbewegungen, Ost-West-, Nord-Süd-, und Stadt-Land-Gefälle u. v. m. berücksichtigt. Mit diesem Modell soll u. a. die Identifizierung von übergreifenden Bedingungsfaktoren für ehrenamtliches Engagement sowie von Faktoren, die zu einer höheren Bereitschaft für ein solches Engagement beitragen können, gelingen.

Darüber hinaus sollen Gründe herausgefunden werden, die einem Engagement entgegenstehen, und Phasen identifiziert werden, die mehr bzw. weniger für ein solches Engagement geeignet sind. Mit Blick auf eine möglichst hohe Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt wird auch auf die bereits untersuchten Zielgruppen der Migranten, Frauen und Senioren fokussiert.

Ehrenamts- und Freiwilligenbörsen

Eine Vielzahl von Kommunen und Landkreisen bietet heute dem Bürger über das Internet die Gelegenheit, sich in so genannten Freiwilligen- oder Ehrenamtsbörsen über die Möglichkeit eines freiwilligen zivilgesellschaftlichen Engagements zu informieren. Im Zuge der Projektrealisierung wurden verschiedene Internetange-

bote unter dem Blickwinkel des Bevölkerungsschutzes vom BBK angeschaut.

Die meisten dieser kommunalen Angebote umfassen ein sehr breites Spektrum von Möglichkeiten, sich ehrenamtlich zu engagieren. Besonders beeindruckend ist die Vielfalt und Bandbreite selbst in kleineren Kommunen der Bundesrepublik, für das Gemeinwohl in nahezu jedem gesellschaftlichen Bereich einen Beitrag leisten zu können.

Neben klassischem Engagement durch Mitgliedschaft in Vereinen und Verbänden nimmt die zeitlich befristete, kurzfristige Möglichkeit zur Mitwirkung in Projekten einen immer größeren Stellenwert ein. Anstelle des Werbens für ein lebenslanges Engagement gewinnt die so genannte „Zeitspende“ im Rahmen eher selbst definierter zeitlicher Größenordnungen und Zeiträume an Bedeutung und wird in den Börsen stark beworben.

Allerdings ist der Bevölkerungsschutz mit seinen Themen verhältnismäßig wenig auf den Internetangeboten dieser Freiwilligenbörsen vertreten bzw. nimmt dort nur selten einen prominenten auffälligen Platz ein. Hier besteht nach Auffassung des BBK noch eine große Chance, den Bevölkerungsschutz in den Angeboten der Freiwilligenbörsen deutlich besser zu positionieren und dieses Informations- und Kommunikationsinstrument für die Gewinnung von Ehrenamtlichen erfolgreich zu nutzen.

Vorläufiges Fazit

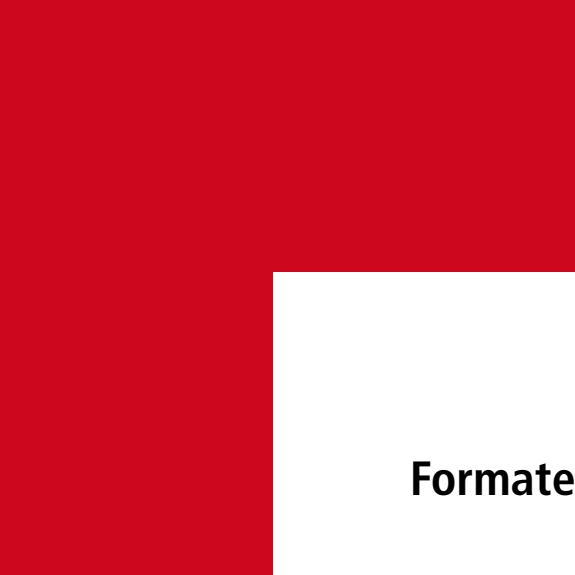
Unabhängig davon, dass der demografische Wandel auch den Bevölkerungsschutz noch über viele Jahre beschäftigen und dadurch weiteren Forschungsbedarf generieren wird, bieten die bereits vorliegenden Erkenntnisse und Zwischenergebnisse gutes Material, um Handlungsoptionen zu entwickeln.

Dabei ist allerdings Folgendes zu berücksichtigen:

- 1.) Mit Blick auf die Zielgruppen Migranten, Frauen und Senioren sind die identifizierten vorhandenen Gemeinsamkeiten aufzugreifen; es gilt mögliche Synergieeffekte bei den Inklusionsstrategien zu nutzen.

- 2.) Über diesen o. g. drei Zielgruppen dürfen junge Menschen als besonders wichtige Zielgruppe für den Bevölkerungsschutz keinesfalls „vergessen“ bzw. vernachlässigt werden; auch für sie sind weitere, innovative gruppenspezifische Werbestrategien zu entwickeln.
- 3.) Empfohlene Maßnahmen, die durch Studien und Projektforschung erarbeitet werden, müssen praxisnah an der Basis umsetzbar sein; die Initiierung weiterer Pilotprojekte vor Ort ist nötig, um noch mehr praktische Erkenntnisse zu gewinnen.
- 4.) Auf den übergeordneten Ebenen (z. B. Bund/Länder) sollten vor allem die Rahmenbedingungen für erfolgreiches ehrenamtliches Engagement geschaffen bzw. verbessert werden.
- 5.) Konkrete Konzepte sind für die jeweils richtigen Regionen „passgenau“ vor Ort zu entwickeln und umzusetzen, wobei auf „Best-Practice-Beispiele“ zurückgegriffen werden kann. Von „Oben“ übergestülpte oder als von „Oben“ übergestülpt empfundene Konzepte werden nicht die nötige Akzeptanz vor Ort finden.
- 6.) Spezifische Bedingungen von Organisationen, Regionen und Kulturen müssen berücksichtigt werden, wobei sich die bestehenden internen Organisationskulturen einer selbstkritischen Überprüfung unterziehen und sich an die geänderten demografischen Rahmenbedingungen anpassen müssen.
- 7.) Bei tief greifenden gesetzlichen oder anderen einschneidenden Maßnahmen sollte immer auch an die längerfristigen Folgen und auch an die Zeit nach den stärksten Auswirkungen des demografischen Wandels gedacht werden; es wird gewarnt, „das Kind mit dem Bade auszuschütten“ und ggf. erfolgreiche Strukturen ohne Not und zu drastisch zu verändern.

Abschließend kann thesenartig festgestellt werden, dass eine gelingende Inklusion der o. g. Zielgruppen aufgrund der überall spürbaren Auswirkungen des demografischen Wandels für den Bevölkerungsschutz mittel- und langfristig eine (über-) lebenswichtige Aufgabe ist. Nur eine aufeinander abgestimmte Strategie von übergeordnet anzustrebenden guten Rahmenbedingungen und akzeptierten, funktionalen lokalen Praxiskonzepten, in denen es gelingt „Alt“ und „Neu“ als für alle positiv erlebbares Gesamtkonzept zu verbinden, wird geeignet sein, die auftretenden Probleme nachhaltig zu lösen. Anpassung ist das Gebot der Stunde!



Themenblock III
Formate des Helfens/Helfergewinnung

**Konzepte und
Erwartungshaltungen aus
den Hilfsorganisationen und
dem Brandschutz**

Formate des Helfens/Helfergewinnung

Konzepte und Erwartungshaltungen aus dem Deutschen Roten Kreuz

Für uns als Deutsches Rotes Kreuz (DRK) ist das ehrenamtliche Engagement eine der wesentlichen Stützen. Dies erstreckt sich vom Jugendrotkreuz über die sozialen Bereiche unserer Arbeit bis hin zum sehr umfangreichen Arbeitsfeld des Bevölkerungsschutzes. In den DRK-Bereitschaften, der Berg- und der Wasserwacht sind insgesamt ca. 190.000 Ehrenamtliche aktiv. Diese sind – und das möchte ich unterstreichen – unbedingt nötig, damit das DRK seine Aufgaben im Bevölkerungsschutz erfüllen kann.

Wie wir jedoch bereits gehört haben, verändern sich die Anforderungen, die an das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz gestellt werden, stetig. Aus diesem Grund ist es uns als Deutsches Rotes Kreuz besonders daran gelegen, neue Wege zu finden, um diesen neuen Anforderungen, aber auch unserem Auftrag hinsichtlich des Bevölkerungsschutzes, gerecht zu werden.

Wir alle wissen, und der Freiwilligensurvey von 2009 hat es belegt, dass die Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren, steigt. 36 Prozent der Bevölkerung waren 2009 öffentlich aktiv. Und auch hier hat sich gezeigt, dass besonders in den wachsenden Bevölkerungsgruppen wie bei den Älteren oder den Menschen mit Migrationshintergrund ungeahnte Potenziale schlummern. Unter den älteren Menschen in Deutschland engagierten sich 2009 bereits 28 Prozent. Dies sollte doch positiv stimmen, auch andere Bevölkerungsgruppen für das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz begeistern zu können.

Doch dafür müssen wir die Rahmenbedingungen auf die Bedürfnisse der Helfer abstimmen. Auch das Deutsche Rote Kreuz ist sich dieser Herausforderung bewusst und möchte diese auf allen Ebenen des Verbandes angehen. Das DRK beschäftigt sich schon seit einiger Zeit intensiv mit der Fragestellung, wie man das Ehrenamt den zukünftigen Gegebenheiten anpassen kann. Aus diesem Grund wurde im vergangenen Jahr auf dem Zukunftskongress „Ehrenamt und Freiwilligentätigkeit“ des Deutschen Roten Kreuzes die „Münsteraner Erklärung“ erarbeitet. In ihr wurden die Ziele definiert, die das DRK mit der Neu-

Dr. Johannes Richert ist Leiter des Bereichs ‚Nationale Hilfsgesellschaft/Internationale Zusammenarbeit‘ des Generalsekretariats des Deutschen Roten Kreuzes. Unter seine Zuständigkeit fallen der nationale Bevölkerungsschutz und Rettungsdienst mit ihrem Ehren- und Hauptamt sowie die Internationale Humanitäre Hilfe, Katastrophenmanagement, Suchdienst, Internationales Recht und Verbreitungsarbeit. Die Weichen für seine berufliche Entwicklung waren bereits 1973 gestellt: Damals kam er über einen Erste-Hilfe-Kurs an seiner Schule zum Jugendrotkreuz.

gestaltung ehrenamtlichen Engagements in seiner Arbeit verbindet.

Insgesamt streben wir an, verstärkt auf die neuen gesellschaftlichen Anforderungen einzugehen und den Ansprüchen vieler verschiedener Bevölkerungsgruppen gerecht zu werden, um diese für das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz zu gewinnen.

Ehrenamt kulturell und sozial öffnen

Dies bedeutet, dass wir ehrenamtliches Engagement kulturell aber auch sozial öffnen wollen, um so die Schwelle für den Einstieg ins Ehrenamt im DRK so niedrig wie möglich zu gestalten. Zudem möchten wir verstärkt die unterschiedlichen Altersgruppen ansprechen, die sich bisher nur geringfügig engagiert haben.

So wollen wir Jugendlichen mehr Möglichkeiten bieten, ehrenamtlich aktiv zu werden, und hinsichtlich des Alters so früh wie möglich auf das Ehrenamt aufmerksam machen. Andererseits wollen wir verstärkt unsere älteren Mitbürger für ein ehrenamtliches Engagement interessieren. Sie sind eine stark wachsende Bevölkerungsgruppe, die außerdem auf ein großes Repertoire an Lebenserfahrungen zurückgreifen kann. Diese Potenziale sollten wir als Deutsches Rotes Kreuz, aber auch die anderen Akteure des Bevölkerungsschutzes, nicht ungenutzt lassen. Wichtig ist es für uns, Ehrenamtliche und ihre Arbeit stärker



Dr. Johannes Richert

zu vernetzen, um so ein noch intensiveres Gemeinschaftsgefühl innerhalb des Verbandes zu erzeugen und auch die neuen Informationstechnologien, die bereits zum alltäglichen Leben dazugehören, effektiv mit einzubeziehen.

Eine der wesentlichsten Grundlagen ehrenamtlichen Engagements ist jedoch, für eine ausreichende Anerkennung dieser Arbeit Sorge zu tragen, um die Motivation und die Begeisterung der Ehrenamtlichen für ihre Tätigkeiten aufrecht zu erhalten. An dieser Stelle sind jedoch alle gefragt: Der Staat, die Wirtschaft, die Gesellschaft und natürlich die Akteure des Bevölkerungsschutzes. Wir alle müssen unsere Mitverantwortung wahrnehmen und die Grundlagen schaffen, um das Ehrenamt als zentrales Element unserer Zivilgesellschaft zu erhalten.

Der DRK-Bundesverband wird sich in den kommenden Jahren besonders intensiv mit dem Ehrenamt im Bevölkerungsschutz in Form eines Projektes auseinander setzen, um neue Lösungskonzepte zu entwickeln, das Ehrenamt attraktiv zu gestalten.

Diesbezüglich gab es ja bereits Gespräche mit den anderen Hilfsorganisationen und der Berliner Feuerwehr und dem THW, dies gemeinsam anzugehen. Wir freuen uns sehr darauf!

Aber auch in den anderen Gliederungen unseres Verbandes wird man zunehmend aktiv. So startete der DRK-Kreisverband Rhein-Sieg eine umfangreiche Kampagne zur Gewinnung von Freiwilligen für die Arbeit des DRK. Ziel ist nicht nur, für das Ehrenamt zu begeistern, sondern auch Qualitätsmaßstäbe zu etablieren und so eine

langfristige Bindung zu ermöglichen. Dies geschieht auf mehreren Ebenen wie einer Homepage, Anzeigen, Informationsabenden und einem Tag der Freiwilligen, um die Bedeutung des Ehrenamtes hervorzuheben.

Selbsthilfe stärken

Das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz spielt besonders in der Praxis der DRK-Kreisverbände eine wesentliche Rolle, denn in ihnen sind die Ehrenamtlichen hauptsächlich aktiv. Diese Arbeit an der Basis, direkt vor Ort bei den Menschen, ist die Grundlage der Tätigkeiten des Deutschen Roten Kreuzes. Dabei ist es dem DRK vor allem wichtig, dass den Betroffenen geholfen wird. Diese Hilfe kann aber nur dann ihre volle Wirkung entfalten, wenn die Betroffenen sich in gewissem Maße auch selbst zu helfen wissen.

Deshalb ist es dem Deutschen Roten Kreuz ein besonderes Anliegen, die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung zu stärken. Das DRK unterstützt die Betroffenen in Notlagen dort, wo keine Eigen- oder Nachbarschaftshilfe mehr möglich ist.

Für das Deutsche Rote Kreuz bedeutet das in erster Linie, die sozialraumnahen Hilfeleistungspotenziale des täglichen Lebens zu verstärken und das Problembewusstsein der Gesellschaft für mögliche Risiken und Gefahren zu schärfen. Dies betrachten wir als DRK als gemeinsame Aufgabe von Politik, Gesellschaft und Akteuren des Bevölkerungsschutzes.

"FORMATE DES HELFENS"

KONZEPTE | ERWARTUNGEN

III

⊕ DRK: Grundsatz der Freiwilligkeit

400.000 HELFER
iiiiiiiiiiiiiiiiiiii

Programm HELFER vor ORT
HIER ↓
↓
ORT

Problem: Helfer sind oft nicht vor ORT →

HELPER früh binden & später ab 50+ wieder holen

FLEXIBLER ALLTAG

KATASTROPHE

WAS KANN ICH NOCH LEISTEN, ZU MEINEM ALLTAGSGESCHÄFT?



Kann ein Helfersystem internationalisiert werden?

PERSPEKTIVE:

Neue Wege finden

ZIEL
563 Kinder
Junge
MITGLIEDER
GEWINN



Individuelle Bindung



frühe Einbindung in aktive Arbeit

Lokale Kompetenz

Problem: Schließung BÄDER






KERN

- 1) ENGAGEMENT GEHT ZURÜCK
- 2) ZEITPROBLEME
- 3) PERSÖNLICHER VORTEIL STATT ALTRUISMUS

SCHLECHTE PERSPEKTIVEN:



SINN + GEMEINSCHAFT 

Erwartungen:

- Gute Technik } BUND + LÄNDER
- Respektvolle Anerkennung } HILFS-ORGANISATIONEN

DLRG

HALBIERUNG ERTRINKUNGSTOTER bis 2020

% MITGLIEDER

Jugendliche / Erwachsene

EDERUNG

MITGLIEDERZAHLEN bleiben %ual **STABIL**

1. PRÄVENTION

Frühe Aufklärung etc. // Gute AUSBILDUNG
1. HILFE

2. EINSATZBEREICH

Wasserrettung ca. 50.000 Mg. // Einsatzorientierter SPORT ca. 60.000 Mg.



Dr. Richert vor Veranstaltungsteilnehmern

Wir alle wissen, dass in Krisensituationen die sensiblen und kritischen Bereiche unserer Gesellschaft am stärksten betroffen sind. Im Falle einer Pandemie ist es wahrscheinlich, dass Großteile des Personals in diesen Bereichen ausfallen. Davon ist dann auch das Ehrenamt betroffen.

Das Bewusstsein über die Folgen eines solchen Szenarios erfordert es deshalb umso mehr, die Selbsthilfekapazitäten in der Bevölkerung zu erhöhen. Dazu gehört meines Erachtens auch, bereits vorhandene Potenziale besser zu nutzen und bedarfsgerechter einzusetzen.

Es ist bereits angeklungen, dass die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung in Falle einer Katastrophe sehr hoch ist und selbst viele Betroffene spontan ihre Hilfe anbieten. Ich glaube, dies ist ein sehr gutes Beispiel für die bereits vorhandenen Selbsthilfepotenziale der Menschen in unserem Land, und hier sollten wir gemeinsam ansetzen. Es ist unsere Aufgabe, Lösungen zu entwickeln, um diese Kapazitäten in die Bewältigung von Schadenslagen zu integrieren und so auch das ehrenamtliche Engagement unserer Helfer auf eine erweiterte Basis zu stellen.

„Betreuer vor Ort“

Wir im DRK sind bemüht, dass unsere Ehrenamtlichen im Krisenfall sehr nah an den betroffenen Menschen arbeiten und sie unterstützen. Im Zuge der Umsetzung der Strategie des Komplexen Hilfeleistungssystems des Deutschen Roten Kreuzes wurden bereits erste Neustrukturierungen erfolgreich implementiert. So setzen wir verstärkt im Rahmen des Betreuungsdienstes so genannte „Betreuer vor Ort“ ein, die den Betroffenen eine sozialraumnahe Hilfe anbieten. Er kann den Betroffenen unmittelbar helfen, da er schnell und permanent verfügbar und einsatzbereit ist. Dabei ist es nicht zwingend notwendig, dass dieser Betreuer ehrenamtlich im DRK-Betreuungsdienst engagiert ist. Er kann sich auch außerhalb unserer betreuungsdienstlichen Struktur engagieren und bildet so eine gewinnbringende Schnittstelle zwischen ehrenamtlichen Helfern und Betroffenen.

Dieser Ansatz – nämlich den Menschen vor Ort durch einen direkten Ansprechpartner Hilfe zukommen zu lassen – ist ein guter Ausgangspunkt, die Betroffenen in ihrer

Lage zu unterstützen, ihnen zu helfen, möglichst schnell wieder in die alltäglichen Lebensabläufe zurückzufinden und ihre Eigenständigkeit wieder zu gewinnen. Andererseits haben jene, die sich für ihre Mitmenschen in Not-situationen engagieren wollen, dadurch die Chance, dies auch zu tun, und die Gewissheit, dass diese Hilfe auch bei denen ankommt, die sie benötigen.

Viele Schritte

Dennoch ist dies nur ein Schritt, um die Herausforderungen anzugehen, denen sich das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz gegenübersehen sieht. Es werden in Zukunft noch viele Anstrengungen notwendig sein, um eine flächendeckende und für alle Beteiligten zufriedenstellende Lösung zu finden. Unser aller bedeutendstes Anliegen sollte sein, sicherzustellen, dass in Not geratene Menschen die nötige Hilfe bekommen. Dies ist nur möglich, wenn das Ehrenamt als wesentlicher Bestandteil des Bevölkerungsschutzes für die Menschen attraktiv bleibt.

Das DRK ist auch bereit, die eigenen Strukturen zu hinterfragen um diese gegebenenfalls zu optimieren. Das DRK möchte neue Wege gehen, z. B. durch die wissenschaftliche Bearbeitung von Fragestellungen durch intensive Forschungsprojekte. Und das DRK freut sich, dies gemeinsam mit den anderen Akteuren im Sinne unserer Gesellschaft hier in Deutschland zu tun.

Formate des Helfens/Helfergewinnung

Mitgliedergewinnung und Ehrenamt in der DLRG

Die nachfolgenden Ausführungen beschäftigen sich mit dem Thema Entwicklungstendenzen zur Mitarbeitergewinnung im Ehrenamt aus Sicht und vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG). Allerdings ist vorwegzuschicken, dass die notwendigen Ansätze für erfolgreiche Personalgewinnung und -entwicklung nur an wenigen Schnittstellen zu pauschalieren und ansonsten ganz stark verknüpft sind mit der jeweiligen Aufgabe, Struktur und Kultur der gemeinnützigen Institution.

Darum gilt es einleitend auch zunächst einmal die Rahmenbedingungen der DLRG vorzustellen, die für deren durchaus erfolgreichen Anstrengungen bei der Gewinnung ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer als wesentlich anzusehen sind. Dabei kann sich die Betrachtung nicht nur auf den Ausschnitt des Katastrophen- und Bevölkerungsschutzes beschränken, denn die am Ende begrenzten, im Wesentlichen eigenfinanzierten Ressourcen sowie die im Vergleich zu anderen Ereignissen geringe Frequenz/Häufigkeit der Einsatzfälle verlangen nach stringenter Vernetzung der Aufgabenbereiche (integriertes System).

Die DLRG gehört zu den tradierten privaten Hilfsorganisationen in Deutschland und wird im Jahr 2013 100 Jahre alt. Ihr Satzungszweck ist auf eine sehr konkrete Schlußselaussage zu reduzieren:

„Die vordringliche Aufgabe der DLRG ist die Schaffung und Förderung aller Einrichtungen und Maßnahmen, die der Bekämpfung des Ertrinkungstodes dienen.“

Von der Bundestagung, dem höchsten Beschlussorgan des Verbandes, wurde vor einigen Jahren dieser Zweck in folgende konkrete Leitidee gefasst: „Die jährliche Zahl der Ertrinkungstoten in Deutschland wird bis zum Jahr 2020 halbiert.“

Kurzbeschreibung der DLRG

Als größte private Spezialorganisation der Welt für Wasserrettung setzt sie sich seit fast 100 Jahren für das Satzungsziel der Verhinderung des Ertrinkens in Deutschland

Ludger Schulte-Hülsmann ist Generalsekretär der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) und damit hauptberuflich verantwortlich für die Verbandszentrale der Hilfsorganisation und weltgrößten Spezialorganisation für Wasserrettung in Bad Nenndorf. Er engagiert sich seit dem 15. Lebensjahr für die DLRG.

ein mit einem breiten inhaltlichen Zugang durch Aufklärung, Ausbildung und Einsatz mit heute über 1.100.000 Mitgliedern und Förderern, wovon 63 Prozent der mehr als 560.000 klassischen Mitglieder im Kinder- und Jugendalter bzw. junge Erwachsene bis 26 Jahre sind.

In mehr als 2.000 örtlichen und regionalen Gliederungen über alle Ebenen leisten über 40.000 Rettungsschwimmer der DLRG jährlich allein über zwei Millionen Wachstunden auf den Stationen im Wasserrettungsdienst – ehrenamtlich seit 1950 gehen mehr als 65.000 Lebensrettungen auf ihr Konto, und über 25 Millionen Menschen haben im Bereich der Breitenausbildung seit 1950 bei der DLRG das Schwimmen und Retten gelernt. Bei den deutschen Bürgern hat die DLRG einen überragend hohen Bekanntheitsgrad und ein positives Image.

Die drei Kernaufgaben der DLRG

Der Erhalt menschlichen Lebens sowie die Erhöhung der Sicherheit am, im, auf und unter Wasser bedeutet ein Engagement in drei gleich wichtigen Bereichen, die im Folgenden schlaglichtartig dargestellt werden sollen:

- Aufklärung als erster Teil der Prävention
- Informationen über sicheres Verhalten am und im Wasser (Baderegeln, Eisregeln)
- Zielgruppenorientierte Informationen (bspw. für Segler, Taucher, über das Baden in Flüssen etc.)
- Statistik Ertrinken mit Ursachenanalyse und Entwicklung entsprechender Antwortkonzepte
- Aufklärungskampagnen (Kindergartenprojekt, Strandfest)



Ludger Schulte-Hülsmann,
Generalsekretär der DLRG

- Presse- und Medienarbeit zu den Themen Schwimmen, Schwimmfähigkeit, Gesundheit, Bäderpolitik u. a. m.
- Wettbewerbe und Preise zur Förderung der Schwimmbildung und des Wasserrettungsdienstes (z. B. NIVEA Preis).

Ausbildung

In Form eines Breitenbildungsangebots bildet sie den zweiten Teil der Präventionsaufgabe:

- Wassergewöhnung
- Ausbildung im Schwimmen für Kinder und Erwachsene
- Rettungsschwimmbildung

Erste Hilfe Ausbildung

Qualifizierungsangebot nach zentralen Richtlinien für alle Einsatzbereiche

- Weiterqualifikation der Rettungsschwimmer zu Wachleitern, Bootsführern, Funkern, Sanitätern usw.
- Breiten- und Gesundheitssport
- Breiten- und Gesundheitssportausbildung
- Entwicklung und Umsetzung zielgruppenorientierter Schwimm- und Sportangebote

Einsatz

- 50.000 ehrenamtliche Helfer in den Bereichen der Gefahrenabwehr (Wasserrettungsdienst / KatS / mobiler RD)

- Die DLRG ist flächendeckend in den Katastrophen- und Bevölkerungsschutz bzw. die allgemeine Gefahrenabwehr eingebunden.
- Mitwirkung im Katastrophenschutz mit über 50 Wasserrettungszügen, über 2.100 Einsatztauchern sowie fast 1.300 Motorrettungsbooten
- Zentraler Wasserrettungsdienst Küste mit saisonal 4.500 ehrenamtlichen Kräften
- Stationärer Wasserrettungsdienst an Flüssen, Binnenseen und in Bädern
- Mehr als 65.000 Rettungen seit 1950
- Spezialisten für Strömungsrettung und Hubschrauber-gestützte Einsätze
- Zentrales Lagezentrum im Bundeszentrum in Bad Nenndorf.

Einsatzorientierter Sport

- Ergänzendes Merkmal Rettungssport als zweckbezogener „Nutzsport“
- Über 60.000 Rettungssportler bundesweit starten im Rahmen eines Wettkampfsystems, das von örtlichen Vergleichswettkämpfen über nationale Meisterschaften bis zu Weltmeisterschaften und den Nichtolympischen Weltspielen, den World Games, reicht.
- Die DLRG stellt mit ihrem Leistungskader die deutsche Nationalmannschaft im Rettungsschwimmen.
- Sie ist als Spitzenverband Mitglied im Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) sowie der Nichtolympischen Verbände (NOV).

Sportliche Erfolge:

- Europameister 2005, Dritter EM 2011
- Dritter World Games 2005, Fünfter World Games 2009
- WM-Vierter 2008, WM-Dritter 2010

Jugendarbeit

63 Prozent der DLRG-Mitglieder sind Kinder, Jugendliche oder junge Erwachsene und in der DLRG-Jugend mit eigenständigen Strukturen von der örtlichen bis zur nationalen Ebene organisiert.

Die DLRG-Jugend ist ein eigenständiger, sich selbst verwaltender Jugendverband. Sie deckt mit ihren Angeboten das Gesamtspektrum allgemeiner Jugendarbeit ab. Sie bildet die politische Interessenvertretung der DLRG-Jugendlichen.

Jugendbildungsarbeit

- Aus- und Fortbildung von Jugendlichen zu Gruppenleitern, in der Veranstaltungsorganisation oder Öffentlichkeitsarbeit
- JuLeiCa-Ausbildung

Ehrenamt in der Wasserrettung

Erfolgreiches bürgerschaftliches Engagement – Die Aufgabenwahrnehmung in der DLRG erfolgt in allen Arbeitsbereichen (bis auf die Verwaltungsstrukturen der Bundes- und Landesebene) grundsätzlich ehrenamtlich. Gesamtvolumen ehrenamtlicher Arbeit im Jahr 2011:

- Ausbildung Schwimmen / RS und Fachausbildungen: 1.443.950 Stunden
- Wasserrettungsdienst: 1.921.817 Stunden
- Jugendarbeit: ca. 3.000.000 Stunden
- Rettungssport: ca. 2.500.000 Stunden
- Pflege u. Instandhaltung: 507.343 Stunden
- Organisation u. Verwaltung: 1.374.549 Stunden

Kritische Faktoren

Demografische Entwicklung (aufgrund der vorwiegenden Mitgliedergewinnung im Kinder- und Jugendalter von besonderer Bedeutung, jedoch bislang erfreulicherweise ohne konkrete Auswirkung, s. u.)

Bäderinfrastruktur (Bäder sind Kristallisationspunkt der örtlichen DLRG-Arbeit):

- Ca. 1.500 geschlossene Bäder in den vergangenen zehn Jahren
- Umwandlung vieler weiterer Bäder in Spaß- und Freizeitanlagen ohne Möglichkeit der Schwimmausbildung

Externe Rahmenbedingungen

Wachsende Anforderungen an die Qualifikation der Mitglieder durch interne und externe Vorgaben (Gesetze/Verordnungen/ Normen)

Erweiterte Anforderungen an den Umfang von Dienstleistungen (Wasserrettungsdienst Küste, Schwimmausbildung)

Mitglieder- und Fördererentwicklung

Die DLRG unterscheidet klassische Mitglieder (nach Satzung mit allen dort verankerten Rechten und Pflichten, angebunden an die örtlichen Gliederungen) sowie Förderer (ausschließlich finanzielle Unterstützung, zentral betreut). Während die Zahl der klassischen Mitglieder sich in den letzten Jahren auf einem Niveau stabilisiert hat, bleibt die Gewinnung weiterer Förderer in der Bevölkerung erfreulich dynamisch. In der Summe haben die Mitglieder und Förderer zwischenzeitlich die Anzahl von 1,1 Millionen überschritten.

Mitgliederanteil nach Altersgruppen

Die Übersicht bestätigt den wichtigen Faktor eines sehr jungen Verbandes in der Mitgliederstruktur und damit ein vorhandenes breites Potenzial zur Mitarbeitergewinnung im eigenen Umfeld.

Mitgliederentwicklung 0 bis 26 Jahre

Aus der differenzierten Betrachtung dieser Altersgruppen wird die über die letzten Jahre erhaltene Stabilität bei der Mitgliedergewinnung in diesen jungen Zielgruppen deutlich. Signifikante (negative) Entwicklungen ergeben sich nicht und die Anzahl stagniert bei rund 350.000.

Vergleich Mitglieder/Bevölkerung

In der betrachteten Altersgruppe sieben bis 14 Jahre ergibt sich seit 2006, bezogen auf die Gesamtbevölkerung, tatsächlich ein erkennbarer Rückgang in sechsstelliger Größenordnung. Der Anteil der gleichaltrigen Mitglieder bleibt dagegen praktisch gleich und das anteilige Verhältnis verbessert sich insofern sogar leicht.

Strukturelle Rahmenbedingungen der Mitgliedergewinnung und -bindung

Geschichte, Struktur und Kultur der DLRG sorgen für stabile Rahmenbedingungen bei der Mitgliedergewinnung und -bindung. Gäbe es die bereits angemerkten kritischen Faktoren nicht, wäre sicherlich sogar eine positive Dynamik in der Verbandsentwicklung realistisch. Natürlich besteht in einem Verband dieser Größenordnung die permanente Aufgabe, alle Beteiligten in dieser Struktur immer wieder an die gemeinsam definierten Grundlagen zu erinnern und für eine wirksame Vernetzung zu sorgen. Herauszustellen sind folgende Faktoren:



Ludger Schulte-Hülsmann

- Bekanntheitsgrad und Seriosität des Image der DLRG
- Klares Profil mit attraktiven Aufgaben
- Durchgängige Ehrenamtlichkeit der Strukturen
- Autonomie der lokalen Vereine als Basis für Initiative und Kreativität
- Selbstbestimmtes ehrenamtliches Engagement
- Vertrautes soziales und kommunikatives Umfeld
- Unterstützende Verbandsstrukturen auf allen politischen Ebenen
- Mitgliedergewinnung ist lokale Kompetenz (Aufnahme erfolgt nur in den örtlichen Gliederungen)!

Schlüsselemente der Mitgliedergewinnung und -bindung

Auch wenn, wie o. a., Mitgliedergewinnung und -bindung bei den örtlichen Gliederungen angesiedelt sind, bilden deren Schlüsselemente und Erfolgsfaktoren durchgängige Prinzipien im Verband

- Mitgliedergewinnung durch altersspezifische Programmangebote im frühen Kindesalter
- Altersgruppen gerechte inhaltliche Angebote in Ausbildung und Training
- Klassische Jugendarbeit in autonomen Strukturen aller Ebenen
- Attraktive, freizeittaffine Aufgaben und Tätigkeiten für Kinder und Jugendliche
- Soziale Kernstruktur Verein als bindendes Umfeld
- Frühe Verantwortung und Kompetenz durch altersgerechte, begleitende Qualifikation

- Fließender Übergang von der DLRG-Jugend zur gesamtverbandlichen Arbeit
- Altersgerechte Dienstleistungsangebote für Passive
- (Wieder-)Einbindung von Eltern im Zuge betreuernder Angebote für deren Kinder

Unterstützende Maßnahmen der Mitarbeitergewinnung

Eine Entwicklung unterstützender Maßnahmen findet vor allem durch die übergeordneten Strukturen statt, findet sich in der Umsetzung natürlich auch als lokale Aufgabe wieder.

- Mitglieder-/Mitarbeitergewinnung unterstützen durch zentrale Öffentlichkeitsarbeit, durch Kampagnen und zugehörige Medien
- Durchgängiges, vernetztes Qualifizierungssystem zur individuellen Schulung und Bindung
- Verfügbarkeit von notwendiger Ausstattung (im Wesentlichen ohne öffentliche Förderung und mit zum großen Teil Eigenbeteiligung der Aktiven)
- Angebote früher Einbindung in aktive Arbeit (Jugend-Einsatz-Team)
- Aufgabe ehrenamtlicher Personalentwicklung thematisieren
- Projekte für bisher unterrepräsentierte Zielgruppen entwickeln (laufende Projekte für Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund)
- Stringente interne Information für alle Interessierten bieten (offene Plattformen durch Nutzung der modernen elektronischen Medien)
- Anerkennungssysteme (Ehrungen, Preise, Veranstaltungen)

Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass die DLRG für eine überschaubare Zukunft die weitere Entwicklung der ehrenamtlichen Mitarbeiterstruktur gelassen verfolgen kann. Gerade oder obwohl sie in all ihren Aufgabenbereichen nur vom Ehrenamt abhängig ist, zeigen sich generell keine Probleme, aus dem vorhandenen Mitgliederpotenzial die notwendigen Interessenten zu gewinnen. Wesentliche Voraussetzung ist jedoch, diese Bemühungen in eine Infrastruktur einzubinden, die den Erwartungen der Freiwilligen gerecht wird und ein für sie motivierendes Umfeld schafft. Eine solche Herausforderung kann nicht statisch gesehen werden, sondern folgt allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen.

Formate des Helfens/Helfergewinnung

Konzepte und Erwartungen aus Sicht der Johanniter-Unfall-Hilfe

Ich freue mich, dass ich heute zu Ihnen sprechen darf, weil die Thematik dieser Veranstaltung uns alle angeht in unseren Organisationen und weil es wichtig ist, dass wir Antworten finden auf die Fragen, die die Entwicklung der letzten Jahre aufgeworfen hat.

Mein Auftrag ist es heute, Ihnen einige Gedanken zum Thema der Formate des Helfens und der Helfergewinnung und zu den Konzepten und Erwartungen der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) zu offerieren. Das tue ich gerne, wenn auch nicht auf der Basis wissenschaftlicher Untersuchungen oder spezieller Befragungen. Ich tue das vielmehr auf der Basis persönlicher Erfahrungen und Beobachtungen, die ich in den letzten 40 Jahren gemacht habe.

Ich möchte, bei aller verbleibenden Unvollständigkeit, meine Gedanken dazu in drei Abschnitte gliedern:

- Rückblick auf die Entwicklung der letzten Jahre
- Bestandsaufnahme der derzeitigen Bedingungen vornehmen und daraus folgende Schlüsse
- Ausblick zu Überlegungen und Erwartungen für die Zukunft

Beginnen wir mit einigen Thesen, vielleicht mittlerweile auch gesellschaftlichen Stereotypen, die ich im Weiteren auch kritisch streife:

- Immer weniger Menschen wollen sich heute ehrenamtlich engagieren.
- Ehrenamtliche wollen sich zunehmend in zeitlich abgegrenzten Projekten engagieren.
- Ehrenamtliche stellen immer mehr ihren persönlichen Benefit in den Vordergrund; der altruistische Gedanke tritt immer weiter in den Hintergrund.

Rückblick

Wenn ich in den Rückspiegel schaue, sagen wir, in die Zeit seit den siebziger Jahren, erinnere ich mich an umfangreiche ehrenamtliche Strukturen unserer Organisation und voll- bis überbesetzte Einheiten des Katastrophenschutzes, wie es damals noch hieß. Allerdings waren sicher 80 Prozent der Helfer als Ersatz zum Wehrdienst

Wolfram Rohleder ist Mitglied des Bundesvorstandes der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH). Seit 25 Jahren ist der gebürtige Westfale hauptamtlich für die Organisation tätig, die er schon in jungen Jahren für sich entdeckte: Als Zwölfjähriger trat er der Johanniter-Jugend bei.

tätig, sie waren 8.2- und später 13.1-Verpflichtete.

Der Rest waren ehemalige Verpflichtete oder wenige aus sonstigen Gründen zur Mitwirkung im Katastrophenschutz Bereite. Die ansonsten auch bei Frauen hohe Bereitschaft, sich ehrenamtlich für das Gemeinwohl zu engagieren, war sicher auch noch Folge des hohen gesellschaftlichen Engagements aus dem Wiederaufbau und dem deutschen Wirtschaftswunder nach dem Zweiten Weltkrieg. Insgesamt führte aber überwiegend ein Pflichtdienst, die allgemeine Wehrpflicht, zum freiwilligen Engagement.

Mit der Veränderung der Wehrpflicht in allen ihren Stufen manifestierten sich parallel wesentliche Veränderungen auch in den Wehersatzdiensten und dem ehrenamtlichen Engagement. Die Anzahl der Verpflichteten und die Dauer der Verpflichtungen nahmen ab.

Gleichzeitig wuchs der Druck auf die öffentlichen Träger, auch im Bevölkerungsschutz Kosten zu reduzieren. Die Folge waren elendige Diskussionen und Verhandlungen über die Kostenübernahme von Vorhaltungen und Investitionen in den Bevölkerungsschutz. Mit der immer weniger auskömmlichen Pauschalierung von Zuschüssen wurde das System umgekehrt, die Argumentation diesbezüglich auf die Organisationen ver- und damit der „schwarze Peter“ den Organisationen zugeschoben.

Bestandsaufnahme

Hört man sich heute in der „Branche“ um, spürt man gelegentlich Grabesstimmung, Hilflosigkeit und – leider auch – Unehrlichkeit:



Wolfgang Rohleder, Mitglied des JUH-Bundesvorstandes

- Grabesstimmung, was die Perspektiven ehrenamtlich getragener Strukturen vor dem Hintergrund der Entwicklung der letzten Jahre anbetrifft,
- Hilfslosigkeit, was zukünftige Konzepte für die Helfergewinnung und -bindung anbetrifft (genau das heutige Thema),
- Unehrllichkeit, was den tatsächlichen Umgang mit rückläufigen Helferzahlen anbetrifft, die virtuelle Besetzung einsatzbereit gemeldeter Einheiten im Bevölkerungsschutz oder die namentliche Benennung nicht, nicht mehr oder nicht mehr ausreichend verfügbarer Helfer.

In eine oder mehrere dieser Kategorien gehören nach meiner Einschätzung aber auch die Beobachtungen einsortiert, die sich beim Verhalten von Bund und Ländern ergeben: die Bereitschaft, die notwendigen Aufwendungen in die Hard- und Software – damit meine ich einerseits Fahrzeuge, Ausrüstung, Technik, andererseits die Ausbildung – nicht mehr ausreichend zu finanzieren, obwohl wir über Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge sprechen.

An dieser Stelle könnte ich deprimiert meinen Vortrag beenden und mich der exkulperenden Eingangsthesen bedienen. Ich glaube aber, dass es auch heute noch durchaus Möglichkeiten gibt, Helfer und Helferinnen für den Bevölkerungsschutz zu begeistern.

Wenn ich mich in unserer Organisation umschaue, dann treffe ich immer wieder langjährig engagierte Ehrenamt-

liche, die nicht über den Wehr- oder Wehrersatzdienst zu uns gekommen sind. In der Regel stammen sie aus unserer Jugendarbeit und haben bei den Johannitern eine gewissermaßen neue oder andere Heimat gefunden. Sie haben Freunde gefunden bei einem gemeinsamen Hobby, sie haben Spaß daran gefunden, Menschen zu helfen.

Natürlich, es gibt Menschen, die mit diesen Tätigkeiten ihre persönliche Bedeutung unterstreichen wollen, vielleicht auch welche, die so etwas wie „Macht“ empfinden, wenn sie mit Hilflosen zu tun haben. Aber konzentrieren wir uns auf die positiven Effekte. Es gibt Menschen, die ihre Freizeit einsetzen, um zu helfen.

Sinn und Gemeinschaft

Nach meiner Analyse bedeutet das alles: Sicher bedarf es bei der Wahl des Betätigungsfeldes besonderer Motivation durch persönliche Neigungen oder Fähigkeiten. Am Ende aber, das ist meine These, geht es um Sinn und Gemeinschaft.

Sinn und Gemeinschaft sind das, was jedes Ehrenamt ausmacht. Schauen Sie sich mal um, sei es in der Kirchengemeinde, dem Sportverein, der politischen Gruppierung. Immer sind es Sinn und Gemeinschaft.

Bevor ich nun zu den Erwartungen an die Zukunft und die dabei Beteiligten komme, möchte ich den Eingangsthesen noch eigene Beobachtungen entgegenstellen.



Veranstaltungsteilnehmer im großen Bärensaal

- Immer weniger Menschen wollen sich heute ehrenamtlich engagieren

Nach den Erhebungen des letzten Freiwilligensurvey des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend ist die Engagementquote in den Jahren seit 1999 mit ca. 36 Prozent relativ stabil geblieben. Betrachtet man die restlichen 64 Prozent, so fühlen sich 83 Prozent von ihnen durch zeitliche und gesundheitliche Gründe objektiv gehindert. Es liegt also nicht an der persönlichen Bereitschaft.

- Ehrenamtliche wollen sich zunehmend in zeitlich abgegrenzten Projekten engagieren

Mag sein, dass das die allgemeine Beobachtung ist. Meine ist aber, dass Menschen, die in unsere Organisationen hineinsozialisiert werden, sich selten aus eigenen Gründen wieder davon trennen. Und wenn sie sich trennen, gab es im Regelfall kulturelle oder atmosphärische Spannungen, Law-and-Order-Politik, Machtgehebe oder Frustration durch unzureichende materielle Ausstattung.

- Ehrenamtliche stellen immer mehr ihren persönlichen Benefit in den Vordergrund, der altruistische Gedanke tritt immer weiter in den Hintergrund

Ja, kann sein. Aber was ist dieser Benefit? Geht es um Geld? Ich glaube das nicht. Vielmehr glaube ich, dass es softskills sind: sich in einer Organisation mit freundschaftlich verbundenen Gleichgesinnten Aufgaben zu stellen, die befriedigen, die Menschen helfen, die jedem Beteiligten das Gefühl und die Erkenntnis bringen, gebraucht zu werden.

Ausblick und Erwartungen

Was folgt aus all dem? Unsere Erwartungen:

Ein Bevölkerungsschutz ohne ausreichende Technik, Ausrüstung und Ausbildung kann nicht wirksam sein.

Niemand möchte freiwillig und dauerhaft einer Organisation angehören, in der die Leistung des Einzelnen nicht gewürdigt wird und seine Meinung nicht gewünscht ist oder gewürdigt wird.

Ich bin am Ende nicht so pessimistisch, was die Zukunft des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz anbetrifft. Vorausgesetzt, wir machen unsere Hausaufgaben! Und mit „uns“ meine ich alle Beteiligten am Bevölkerungsschutz: die Organisationen und die öffentlichen Hände von Bund und Ländern.

Sie, meine Damen und Herren Vertreter von Bund und Ländern, müssen verlässlich und auskömmlich Ausrüstung und Ausbildung bieten und finanzieren.

Wir, die Organisationen, müssen an unserer Kultur arbeiten. Wir müssen die Jugendarbeit fördern, junge Menschen an die Organisationen binden, sie für die Aufgaben interessieren. Wir müssen Mitwirkenden Partizipation bieten, uns auf ihre Freizeitmöglichkeiten einstellen.

Sie stellen Hard- und Software, wir stellen Sinn und Gemeinschaft. Damit finden und binden wir Freiwillige für unsere Organisationen und den Bevölkerungsschutz.



III

ERWARTUNGEN | KONZEPTE

KAMPAGNEN:

- 1) Frauen am Zug
- 2) Deine | unsere Feuerwehr
- 3) KINDER in der Feuerwehr

Stabile Mitgliederzahlen

Jugendfeuerwehr ZAHLEN stabil

↓ kommunale/ soziale INSTITUTION



Problem:

weiße Flecken auf dem Land

hohe Ansprüche an physische

VORAUSSETZUNGEN

SCHLUSS ab 60+



10 Mio.

Einbr
HAUPT
GRUPP

NEU

ähnliche
DEMOGRAFIE



FFSB 125 JAHRE

→ 20.000 - 30.000 FREIWILLIGE

2050 ≠ AL 50

82.000
HELPERINNEN

Dienststunden

uch der
MITGLIEDER-
PE MÄNNER

DE ZIELGRUPPEN

Probleme:

ARBEITSWANDEL | HÖHERE ANFORDERUNG

POTENTIAL

2006

ABC-
des ASB



essere Einbindung
der HELFER

TER
jahre



Entwicklung
von Tätigkeitsfeldern
für Menschen mit
"geringen" Qualifikationen

Darf der Staat "Freiwilligen dienst" einfordern?

FREIHEIT
wird der
GLEICHHEIT
vorgezogen

in welcher Gesellschaft willst DU leben?

ERFORDERT
BÜRGESCHAFTLICHE
ENGAGEMENT



- 1) ABHÄNGIGKEIT DER GESELLSCHAFT DES EINZELNEN
- 2) ZUGEHÖRIGKEITSGEFÜHL

TEILHABE
statt
TEILNAHME

DER STAAT MUSS EINGREIFEN

Formate des Helfens/Helfergewinnung

Formate des Helfens beim Arbeiter-Samariter-Bund

Der Claim des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) „Wir helfen hier und jetzt“ zeigt die Tradition des ASB und damit auch seine gesellschaftliche Verpflichtung, Bürgerinnen und Bürger in Notsituationen zu helfen: gestern, heute und auch morgen. Als Teil des in Deutschland etablierten „integrierten Hilfeleistungssystems“ beteiligt sich der ASB mit seinen Fachdiensten und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz.

Auch wenn der ASB von den geschätzten 1,8 Millionen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern (Quelle: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe) im Katastrophenschutz nur knapp drei Prozent stellt, muss er sich ebenfalls mit der Problematik der Helfergewinnung und Helferbindung auseinandersetzen. Denn ohne seine freiwillig Engagierten und deren Bereitschaft, in Sanitätsdiensten, Betreuungsdiensten, in der Information- und Kommunikation, in Wasserrettungen oder Rettungshundestaffeln mitzuwirken, könnte der ASB diese Fachdienste nicht unterhalten. Ein Rückgang der Helferzahlen würde neben einer Bedrohung der Einsatzfähigkeit schlimmstenfalls auch die Funktionsfähigkeit unserer bundesweiten Gliederungen einschränken.

Bis heute verzeichnet der ASB glücklicherweise noch keine nennenswerten Rückgänge der ehrenamtlichen Helferzahlen – weder in Ballungszentren noch in ländlichen Regionen. Dieser Zustand kann sich aber schnell ändern, spätestens wenn die Auswirkungen der Aussetzung der Wehrpflicht in Gänze auch bei uns angekommen sind. Denn auch beim ASB waren die Zivildienst- und Ersatzdienstleistenden Garanten für eine stabile Zahl der Einsatzkräfte in den Katastrophenschutz-Fachdiensten.

Durch das Wehrrechtsänderungsgesetz 2011 und dem Aussetzen der Regelung über die Freistellung gemäß § 13a Wehrpflichtgesetz zum 1. Juli 2011 wurde diese Form der Helfergewinnung beendet. Damit gleichzeitig wurde auch eine Möglichkeit der Helferbindung gekappt, denn oft blieben die Ersatzdienstleistenden dem ASB auch nach dem Pflichtdienst treu und engagierten sich weiter-

Harald Schottner ist Leiter der Abteilung 2 (Hilfsorganisation und Bevölkerungsschutz) des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB). Mit 14 trat er der Freiwilligen Feuerwehr bei und engagiert sich seither für den Bevölkerungsschutz. Im Rahmen seiner vielen ASB-Tätigkeiten – -Schulträgerschaften, Altenhilfe, Einsatzdienst, Hospizarbeit, Erste Hilfe und Sanitätsdienste – nahm er an etlichen Auslandseinsätzen im Kaukasus, in Afrika, im Mittleren Osten und auf dem Balkan teil.

hin. Ob die Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes ein adäquater Ersatz werden wird, bezweifelt der ASB zum jetzigen Zeitpunkt.

Diese Zweifel begründen sich u. a. aus dem Wandel des freiwilligen und ehrenamtlichen Engagements. Individualisierung, Wertewandel, veränderte Arbeitssituationen und die Alterung der Gesellschaft sind einige Herausforderungen, die eine neue Helfergewinnung und Helferbindung bereits jetzt und auch künftig beeinflussen werden und neue Konzepte notwendig machen. Daraus müssen auch neue angepasste „Formate des Helfens“ konzipiert werden. Es gilt heute die Prozesse der Änderungen im Bereich des ehrenamtlichen Engagements in Hilfsorganisationen zu antizipieren und neue Konzepte zu konzipieren. Morgen könnte es bereits zu spät sein!

Formate des Helfens im ASB – früher und heute

Bisher war es üblich, dass Helfer langfristig im ASB ehrenamtlich tätig waren. Sie kamen als Jugendliche entweder über den Zivildienst oder den Wehersatzdienst oder aus der Familientradition heraus (Vater beim ASB, Mutter beim ASB) zu uns und blieben mindestens 15 bis 20 Jahre dem ASB treu – manchmal sogar bis ins hohe Seniorenalter. Nach einer Grundausbildung im Katastrophenschutz mit anschließenden Fortbildungen zu speziellen Themen waren sie sowohl fachlich als auch zeitlich hoch flexibel einsetzbar. Diesen allzeit bereiten Freiwilligen gibt es



Harald Schottner, Abteilungsleiter im ASB

heute kaum noch und wird es in Zukunft auch nicht mehr geben.

Der Freiwilligensurvey des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend weist aus, dass sich 2009 36 Prozent der Bevölkerung freiwillig engagierten, davon ca. 3,1 Prozent in den Bereichen des Katastrophenschutzes (Rettungsdienst, Feuerwehr). Die jüngste Umfrage im Rahmen des Forschungsprojektes PRI-KATS bestätigt die Ergebnisse von 2009.

In Deutschland sind wir mittlerweile bei einer Leistungsgesellschaft angekommen und die Menschen sind sehr auf ihre Arbeit fokussiert. Daraus ergibt sich, dass sie kaum mehr Zeit für ein ehrenamtliches Engagement finden. Hinzu kommt auch der Aspekt der geforderten Mobilität im Erwerbsleben wie auch der Trend, dass immer mehr Menschen auch an den Wochenenden arbeiten müssen. Genau dann aber finden in der Regel Aus- und Fortbildungen, Trainings, Workshops oder andere ehrenamtliche Tätigkeiten statt.

Hatte der frühere Helfer im ASB noch die Möglichkeit, sein berufliches Engagement aufgrund Weiterqualifizierungen und Fortbildungen zu einer hauptamtlichen Beschäftigung auszuweiten, wird diese Möglichkeit heute kaum noch wahrgenommen oder als Berufskarriere gesehen.

Das heute zu entwickelnde neue „Format des Helfens“ im ASB muss adäquate Rahmenbedingungen in den Strukturen des ASB schaffen, das zeitlich flexibel nutzbar und leistbar für die Freiwilligen ist. Ein temporärer Wech-

sel zwischen verschiedenen ASB-Standorten muss ohne Reibungsverlust möglich sein.

Maßnahmen des ASB zum ehrenamtlichen Engagement

Bereits im August 2006 verabschiedete der ASB eine verbindliche „Rahmenempfehlung für die Mitarbeit von Freiwilligen im Arbeiter-Samariter-Bund“, in denen Standards für die Mitwirkung von Freiwilligen benannt wurden. Die Weiterentwicklung des freiwilligen Engagements und die verbandsübergreifende Fortschreibung helfen dem ASB, sich für die Aufgaben der Zukunft zu positionieren.

Seitdem wurden unterschiedlichste Projekte zur Förderung des Ehrenamts vorangetrieben. Ein Helfergrundkurs wurde konzipiert und stellt die „Einstiegsausbildung“ für eine ehrenamtliche Tätigkeit als freiwilliger Helfer dar. Danach kann sich der Interessent entscheiden, ob und wo er sich künftig im ASB freiwillig engagieren möchte. Seit 2006 ist dies auch wieder im Ausland möglich mit FAST (First Assistance Samaritan Teams), den Schnelleinsatzteams in der internationalen Katastrophenhilfe.

Im Bereich der Qualitätssicherung wurde ein Qualitätsleitfaden für freiwilliges Engagement umgesetzt. Hierzu wurden für die unterschiedlichen Einsatzdienste die entsprechenden Tätigkeitsprofile entwickelt.

Auf der Bundeskonferenz des Arbeiter-Samariter-Bundes 2010 wurde die „Strategie ASB als Hilfsorganisation“ verabschiedet, die inhaltlich auf die Weiterentwicklung der Fachdienste im Zivil- und Katastrophenschutz sowie auf die Anpassung der Dienste an aktuelle und zukünftige Entwicklungen fokussiert ist.

Im Rahmen dieses Strategiepapiers wurde auch verdeutlicht, wie wichtig eine gute Vernetzung, und zwar nicht nur für unsere Freiwilligen, ist; wie Networking dazu führt, dass Abläufe vereinfacht werden können und man vom Wissen und Können der anderen profitieren kann. Es gilt das Benchmarking im Verband zu fordern und zu fördern.

Ein Ergebnis zur Umsetzung besserer Vernetzung war die Einführung einer bundesweiten digitalen Plattform zur Durchführung und Organisation von Einsätzen wie auch zur Verwaltung von Ressourcen: kurz „EOS – Einsatz- und Organisationssystem“ genannt.

In diesem Jahr startet der ASB sein Modell „Bundesfreiwilligendienst (BFD) und Bevölkerungsschutz“ und versucht damit, qualifizierte Freiwillige auch nach Ende ihres BFD weiterhin für ein Engagement beim ASB und damit für Einsätze im Bevölkerungsschutz zu gewinnen.

Der ASB erkannte bereits früh, dass notwendige Modifizierungen und neue Konzepte aufgrund des Wandels im Ehrenamt unabdingbar sind.

Weitere Maßnahmen und mögliche Wege zur Erhaltung, Gewinnung und Bindung von Ehrenamtlichen könnten



Zwei Teilnehmer im Gespräch

sein: Bereits im Vorschulalter müsste eine Sensibilisierung für die Freiwilligendienste (das Ehrenamt) stattfinden. Hier wäre eventuell der „Schulsanitätsdienst“ ein guter Ideengeber.

Wir als Verband müssen verstärkt unsere Jugend (Arbeiter-Samariter-Jugend) an die Tätigkeitsfelder im Bevölkerungsschutz heranführen. Wie die jüngste Forsa-Umfrage im Rahmen von PRI-KATS bestätigt, ist gerade die Gruppe der 18- bis 29-Jährigen unterdurchschnittlich bei den Hilfsorganisationen vertreten. Sie betätigt sich häufig in den Feldern „Sport und Bewegung“ etc., stellt aber gleichzeitig eine relevante Kernzielgruppe dar.

Daraus muss abgeleitet werden, dass diese Jugendlichen mit attraktiveren Angeboten und auch zielgruppengerechter angesprochen werden müssen. Neue Wege der Erreichbarkeit wie Facebook, Twitter, SchülerVZ oder StudiVZ sind daher zu wählen.

Ein Schulerschluss mit den sogenannten konkurrierenden Hilfsorganisationen nicht nur im Einsatz ist erforderlich. Die Entwicklungen gemeinsamer Strategien zur Sicherung des Ehrenamts sollten eines der gemeinsamen

Ziele sein. Alle befreundeten Hilfsorganisationen sollten ein externes vertrauensvolles Networking betreiben.

Maßnahmen und Vereinbarungen für und mit den Arbeitgebern sind notwendig. Bisher war im Lebenslauf und in Bewerbungsgesprächen die Ausübung eines Ehrenamtes gern gesehen und mit sozialer Kompetenz gleichgesetzt. Inzwischen passt ein Ehrenamt nicht mehr unbedingt in die moderne Personalpolitik.

Es gilt Möglichkeiten der Aus-, Fort- und Weiterbildung zu schaffen, die den veränderten Lebensgewohnheiten (zeitlich, räumlich) angepasst sind. Ein Beispiel dafür ist das bereits teilweise eingeführte E-Learning, welches mehr und mehr auszubauen ist.

Wir müssen neue Zielgruppen ansprechen wie z. B. Menschen mit Migrationshintergrund. Hier geht es vor allem darum, eine „echte“ Einbindung zu ermöglichen, indem u. a. die persönliche interkulturelle Kompetenz auf beiden Seiten gefördert und gefordert wird. Auch Inklusion muss thematisiert und dafür entsprechende Rahmenbedingungen bereitgestellt werden.

Erforderlich ist auch die Entwicklung von Tätigkeitsfeldern für Menschen mit geringem Bildungsniveau. Jemand, der eine Schreib- und/oder Leseschwäche hat, ist zwar kaum zu einer Führungsaufgabe geeignet, könnte aber durchaus einen Beitrag für den Katastrophenschutz leisten, indem er vielleicht kochen, telefonieren oder einfach nur Kisten tragen kann. Auch hier bedarf es einer zielgerechten Ansprache, um diese Menschen zu gewinnen.

Ebenso müssen Tätigkeitsfelder für ältere und alte Menschen entwickelt und ausgeweitet werden. Auch für Seniorinnen und Senioren gibt es beispielsweise bei Großveranstaltungen im Sanitätsdienst oder bei einem Katastrophenschutzzeinsatz Tätigkeiten, die sie etwa aufgrund ihrer Lebenserfahrung und körperlichen Konstitution leisten können.

Erwartungen an Politik/Staat und Gesellschaft

Und zu guter Letzt muss auch die Anerkennungskultur im ASB verbessert werden. Mit Einführung des Preises „Helfende Hand“ zur Förderung des Ehrenamtes durch das Bundesministerium des Innern 2009 schuf der Staat bereits eine Form der staatlichen und gesellschaftlichen Anerkennung. Die Preisverleihung findet alljährlich am 5. Dezember, dem „Internationalen Tag des Ehrenamtes“, statt.

Am 8. September hatte Bundespräsident Joachim Gauck zum „Bürgerfest“ ins Schloss Bellevue geladen. Rund 4.000 Bürgerinnen und Bürger wurden für ihr langjähriges ehrenamtliches Engagement geehrt. Vom ASB waren ebenfalls langjährige Freiwillige aus den Fachdiensten des Katastrophenschutzes geladen.

Die Ehrenamtlichen im Bevölkerungsschutz erwarten an erster Stelle bessere Informationen durch den Staat über die Möglichkeiten des freiwilligen Engagements auch gerade im Bereich des Katastrophenschutzes. Darüber hinaus erwarten sie, dass sie Kosten und Aufwandsentschädigungen besser absetzen können.

Viele wünschen sich die Anerkennung ihres ehrenamtlichen Engagements als Praktikum für den beruflichen Werdegang und ein größeres mediales Interesse am Engagement der Freiwilligen im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz in der Presse- und Mediengesellschaft. Nicht nur die Katastrophe selbst, sondern auch die Freiwilligen sollten in den Blickpunkt gerückt werden.

Wenige sehen eine bessere Versicherung (Unfall/Haftpflicht) ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit oder deren öffentliche Anerkennung als erforderlich an.

Nicht zuletzt fordern die Hilfsorganisationen eine ernsthafte und vor allem schnelle Auseinandersetzung mit

der Schnittstelle zwischen dem Rettungsdienst und dem ehrenamtlichen Engagement im Bevölkerungsschutz.

Der Rettungsdienst ist ein integraler Bestandteil des Bevölkerungsschutzes in Deutschland und wurde in den vergangenen Jahrzehnten vor allem durch die Hilfsorganisationen durchgeführt. In Zeiten, in denen der Rettungsdienst immer häufiger verstaatlicht und den Hilfsorganisationen weggenommen wird oder nur noch unter marktwirtschaftlichen Aspekten betrachtet wird, wundert es nicht, dass das ehrenamtliche Engagement im Bevölkerungsschutz gefährdet ist.

Schließlich ist der Rettungsdienst nach wie vor der erste Kontakt der Ehrenamtlichen mit dem Bevölkerungsschutz. Fällt diese Kontaktmöglichkeit weg, so stehen wir vor ernsthaften Problemen zur Aufrechterhaltung des ehrenamtlichen Engagements und damit vor Problemen im gesamten freiwillig getragenen Bevölkerungsschutz.

Das Ehrenamt ist im Wandel. Das haben wir seit langem erkannt und großteils antizipiert. Diesen Weg wird der ASB weitergehen.

Formate des Helfens/Helfergewinnung

Zwei Seiten einer Medaille – Freiheit und bürgerschaftliches Engagement

Wir treten an die Bürgerinnen und Bürger mit der Erwartung heran, dass sie sich ehrenamtlich im Bevölkerungsschutz engagieren. Ist dies eine berechtigte Forderung? Worauf stützt sich diese Forderung? Steht unsererseits nur eine moralische Erwartungshaltung oder tatsächliche Notwendigkeit dahinter oder kann der Aufruf staatsphilosophisch begründet werden? Letztlich wirft die Antwort auch ein Licht auf die Aufgabe, das Selbstverständnis und die Stellung der Hilfsorganisationen in diesem Staat. Im Folgenden möchte ich diesen Fragen mit einigen wenigen Betrachtungen näherkommen.

1. Die EU-Institutionen planen ein Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013 (EJB 2013). Bisher konnten sie sich allerdings noch nicht endgültig auf die Ziele und Inhalte einigen. Der aktuelle Kommissionsvorschlag zielt vornehmlich auf die Kommunikation europäischer Bürgerrechte wie Freizügigkeit und Wahlrecht ab. Demgegenüber wünschen sich Teile des Europäischen Parlaments und der Wirtschafts- und Sozialausschuss einen Schwerpunkt auf der Förderung einer »aktiven europäischen Bürgerschaft«, mit dem die Engagement- und Partizipationsdimension in den Vordergrund rücken würde.

Die größten zivilgesellschaftlichen Netzwerke und Dachverbände in Brüssel haben sich in der Zwischenzeit in einer Allianz zur Begleitung und Umsetzung des EJB 2013 zusammengeschlossen und ein aktuelles Manifest verabschiedet. Darin betonen sie aus ihrer Sicht die Dringlichkeit, Fragen von Beteiligung und demokratischer Mitwirkung der europäischen Bürgerschaft im EJB 2013 aufzugreifen. Also: Das Thema steht auch mit europapolitischer Dimension im Fokus.

2. Für eine Demokratie ist das Freiheitsrecht neben der Rechtsstaatlichkeit eine *conditio sine qua non*. Freiheitsrechte sind für Demokratien unabdingbar, da sie erst die Möglichkeit für den Zusammenschluss gesellschaftlicher Gruppen, das Zustandekommen von Meinungsbildern und eine Offenheit von politischen Prozessen eröffnen.

Benedikt Liefländer ist seit 1985 im Generalsekretariat des Malteser Hilfsdienstes tätig und dort aktuell Bereichsleiter mit den Abteilungen Notfallvorsorge, Rettungsdienst und Fahrdienste sowie Mitglied des erweiterten Vorstandes. Zudem ist er Einsatzleiter bei Großeinsätzen im In- und Ausland des Malteser Hilfsdienstes.

Das Bekenntnis des Art. 2 Abs.1 GG für eine persönliche, individuelle Freiheit ist nach dem Bundesverfassungsgericht eine bewusste Abkehr von einem kollektiven Denken und sieht in der freien menschlichen Persönlichkeit „den obersten Wert der Verfassung“. Gleichwohl und gleichzeitig wird der Gemeinschaftsbezogenheit des Menschen im zweiten Halbsatz des Art. 2 Abs.1 GG Rechnung getragen, wonach das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit seine Grenze findet an den Rechten anderer, der verfassungsmäßigen Ordnung und dem Sittengesetz.

Diese Hervorhebung der Gemeinschaftsbezogenheit des Einzelnen bedeutet die Abkehr vom absoluten Individualismus liberaler Prägung. Der Grundgesetzgeber ging damit in seiner Grundvorstellung von einem zwar freien, aber doch gemeinschaftsgebundenen Wesen aus. Damit hat er sich bei einer allgemeinen Freiheitsvermutung zugunsten des Bürgers für eine mittlere Linie des Personalismus, zwischen Individualismus und Kollektivismus liegend, entschieden.

3. Die Frage der Wertigkeit dieses Rechts im Konkreten, die Wirkungen und Folgerungen – ja Forderungen – werden aber durchaus nicht einheitlich und zudem gerade auch subjektiv beantwortet. Stehen Freiheitsrechte und das Gleichheitsrecht in Konkurrenz? Hierzu gibt die Allensbach-Studie „Freiheit und bürgerschaftliches Engagement“ im Auftrag der Herbert Quandt-Stiftung, veröffentlicht am 3. Mai 2012 einen interessanten Einblick. Hier einige Aussagen: Die junge Generation in Deutschland zieht die Freiheit der Gleichheit deutlich vor.



Benedikt Liefländer,
Bereichsleiter beim Malteser-Hilfsdienst

Dem steht allerdings im Zuge der demografischen Entwicklung das wachsende Sicherheitsbedürfnis entgegen – ein Wandel des gesellschaftlichen Klimas angesichts immer mehr älterer Menschen in unserem Land. Insgesamt könnte man danach schon heute von einer „Gesellschaft der Teilhabe“ sprechen. Damit hat es der Wert der Freiheit im Wettbewerb mit Gleichheit und Sicherheit schwer in Deutschland.

Gefragt, ob sie sich im Zweifel für Freiheit oder für Gleichheit im Sinne sozialer Gerechtigkeit entscheiden würden, sprachen sich 45 Prozent der Deutschen für die Freiheit und 44 Prozent für Gleichheit aus. In Westdeutschland hat die Freiheit mit 49 Prozent einen klaren Vorsprung vor der Gleichheit (41 Prozent). In Ostdeutschland liegt die Freiheit mit 27 Prozent weit abgeschlagen hinter der Gleichheit, für die 57 Prozent votierten.

Ost und West nähern sich einander an

Eine Annäherung der ostdeutschen Bevölkerung an das Meinungsbild der Westdeutschen konnten die Wissenschaftler beobachten, wenn nicht nach dem Vorrang der abstrakten Begriffe Freiheit oder Gleichheit gefragt wurde, sondern die beiden Sätze „Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied“ und „Die einen sind oben, die anderen sind unten“ zur Wahl gestellt wurden.

Während sich die Westdeutschen mit 48 zu 35 Prozent für die Ansicht aussprachen, jeder sei seines eigenen Glückes Schmied, erhielten in Ostdeutschland beide Sätze je 42 Prozent Zustimmung – ein aus Sicht der Wissenschaftler bemerkenswertes Ergebnis, da sich Mitte der neunziger Jahre noch 54 Prozent der Ostdeutschen für den Satz „Die einen sind oben, die anderen unten“

und nur 28 Prozent für den Satz „Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied“ ausgesprochen hatten.

Junge Generation ist freiheitsorientierter

Auffällig fanden die Wissenschaftler die Entwicklung bei der jungen Generation. Während in den Jahren 1955 bis 2003 die ältere Generation in Westdeutschland freiheitsorientierter war als die jüngere, stimmt heute eine absolute Mehrheit von 52 Prozent der Unter-30-Jährigen im Westen für den Satz „Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied“ (47 Prozent der Älteren).

In Ostdeutschland ist die Zustimmung der jungen Generation mit 56 Prozent (39 Prozent der Älteren) sogar noch höher. Der Autor der Studie, Dr. Thomas Petersen vom Institut für Demoskopie Allensbach, sieht in diesem Befund einen Hinweis auf „gesellschaftliche Veränderungen von zumindest potenziell großer Tragweite“. Die starke Generationenkluft sei ein Hinweis darauf, dass sich die Gesellschaft im Wandel befinde, sagte Petersen in Frankfurt.

Sicherheitsbedürfnis der alternden Gesellschaft

Dieser Entwicklung steht eine in den kommenden Jahren vermutlich zunehmende Sicherheitsorientierung der Bevölkerung entgegen. Wie die Gleichheit befindet sich auch das Sicherheitsbedürfnis mit dem Wert der Freiheit im Wettbewerb. Ähnlich dem Verhältnis von Freiheit zu Gleichheit ergibt sich auch bei der Relation von Freiheit zu Sicherheit zunächst ein ausgeglichenes Bild: Bundesweit sprechen sich 42 Prozent der Befragten dafür aus, „dass jeder in Freiheit leben und sich ungehindert entfalten kann“, während es 43 Prozent für wichtiger halten, „dass man sicher leben kann und vor Verbrechen und Anschlägen geschützt ist“.

Auch hier zeigt sich die junge Generation vor allem in den neuen Bundesländern deutlich stärker freiheitsorientiert als die ältere. 58 Prozent gegenüber 31 Prozent der Unter-30-Jährigen stimmen im Osten, 50 Prozent gegenüber 33 Prozent im Westen für die Freiheit als Alternative zu Sicherheit.

Freiheitsbedürfnis und Sicherheitsorientierung gleichen sich aus

Die Schlussfolgerung der Wissenschaftler ist jedoch eine andere als beim Verhältnis der Freiheit zur Gleichheit. Während Petersen und sein Team die starke Bevorzugung der Freiheit gegenüber der Gleichheit in der jüngeren Generation als Kohorteneffekt bezeichnen, lesen sie die analoge Tendenz beim Verhältnis von Freiheit und Sicherheit als Alterseffekt.

Die Neigung der älteren Generation zur Gleichheit sei u. a. auf die Prägung der ostdeutschen Bevölkerung durch den Sozialismus zurückzuführen – ein Effekt, der in der Zukunft an Bedeutung verlieren werde. Das Bedürfnis

nach Sicherheit hingegen nehme im Laufe des Lebens generell zu. „Je älter Menschen werden, umso eher neigen sie dazu, im Zweifelsfall der Sicherheit Vorrang vor anderen Werten einschließlich der Freiheit zu geben.“

Man müsse also annehmen, dass in einer alternden Gesellschaft wie der deutschen die Ziele der sozialen wie auch der inneren Sicherheit mehr und mehr an Bedeutung gewinnen. „Es ist wahrscheinlich, dass die Tendenz zu mehr Sicherheit den Wandel des gesellschaftlichen Klimas hin zu mehr Freiheit zumindest teilweise ausgleichen wird.“

Anteil der ehrenamtlich Engagierten konstant

Ehrenamtliches Engagement, hier sachlich zumindest als Ausdruck einer freien Entscheidung des Einzelnen, hat nach einem steilen Anstieg von unter zehn Prozent an der Gesamtbevölkerung in den 1950er Jahren auf heute 28 Prozent seit den 1980er Jahren ein Plateau erreicht, das weitere Steigerungen nicht einfach erscheinen lässt.

Auffällig ist dabei, dass die Gruppe der 45- bis 59-Jährigen mit 35 Prozent weit überdurchschnittlich ehrenamtlich tätig ist. In der Gruppe der Ab-60-Jährigen fällt der Anteil vermutlich aufgrund der Hochbetagten, die nicht mehr zu einem Engagement in der Lage sind, wieder auf 25 Prozent. Die Autoren der Studie erwarten jedoch durch den demografischen Wandel und die höhere Leistungsfähigkeit älterer Menschen für die Zukunft einen Anstieg des Engagements in der Altersgruppe ab 60 Jahren.

Neben dem Alter spielen der Studie zufolge auch soziale Faktoren eine große Rolle: So sind Personen mit höherer Schulbildung und konfessionell gebundene Menschen weit überdurchschnittlich ehrenamtlich aktiv. Bürgerschaftliches Engagement ist demnach vor allem ein Phänomen des freiheitlich eingestellten, gebildeten Bürgers.

Den daraus ableitbaren Zusammenhang zwischen freiheitlich orientierter Lebenseinstellung und Engagement bestätigt eine weitere Zahl: 31 Prozent der Befragten, die der Meinung sind, jeder sei seines Glückes Schmied, gaben an, ein Ehrenamt zu haben. Unter denen, die meinen, die einen seien oben, die anderen unten, waren es dagegen 24 Prozent.

„Menschen, die an ihre Einflussmöglichkeiten glauben, sind eher bereit, sich bürgerschaftlich zu engagieren als andere Befragte“, folgert Petersen. „Das gleiche gilt für Personen, die die Freiheit der Gleichheit vorziehen.“ Sein Rat an Politik und Stiftungen lautet daher: „Nach allem, was die Studie zeigt, lässt sich bürgerschaftliches Engage-

ment wahrscheinlich am ehesten dadurch stärken, dass man dem Wert der Freiheit zur größtmöglichen gesellschaftlichen Anerkennung verhilft.“ Dies ist eine Herausforderung für die Politik, zugleich aber auch ein Ansatz für die Hilfsorganisationen und zugleich für den Bevölkerungsschutz. Soweit die tatsächliche Betrachtung mit Blick in die Gesellschaft.

4. Will man eine Antwort auf die Frage finden, was inhaltlich auf der zweiten Seite der Medaille steht, oder die Frage beantworten, ist Freiheit kostenlos zu haben, dann gibt uns erneut unsere Verfassung einen ersten Hinweis: Zumindest indirekt ist dort das staatsphilosophische Prinzip der Subsidiarität verankert.

Es ist die Erkenntnis freiheitlicher Demokratien, dass der Staat seinen Bürgern gegenüber nicht als Moloch auftritt. Er will und soll nur das regeln, was der Bürger nicht selbst regeln kann. Dies bedeutet weiter, der Staat gibt den Rahmen, die Hilfestellung für eine eigene Aufgabenwahrnehmung des Bürgers und tritt dort subsidiär ein, wo die Möglichkeiten des Bürgers nicht reichen. Diese Sicht beruht auf dem Umstand, dass jede Gesellschaft ihre eigene Tradition hat.

So bedeutet Subsidiarität hier auch, dass die höhere Ebene sich selbst beschränken muss, um Engagement näher an der Basis zu ermöglichen. Das Prinzip beruht nicht zuletzt auf der Einsicht, dass viele Aufgaben am besten und effektivsten von den Menschen, die sie unmittelbar betreffen, gelöst werden können. Es ist letztlich der Ausfluss aus einem Menschenbild, das die Würde und die Freiheit in den Vordergrund stellt. Subsidiarität ist der Ausdruck eines freiheitlichen Bürgers.

Der Föderalismus in unserem Land, der oftmals gescholten wird, ist letztlich das Kind dieser Subsidiarität. Die Hilfsorganisationen ziehen mithin auch ihre Aufgaben und ihre Begründung aus diesem Prinzip: Sie wirken als Katalysatoren in unserer Gesellschaft, indem sie den Bürger ansprechen und das ehrenamtliche Engagement gerade im Bevölkerungsschutz zu einem wirksamen operativen Handeln organisieren.

Ein Subsidiaritätsprinzip, das dieser Staat und diese Gesellschaft angesichts der bekannten demografischen Entwicklung und weiterer Rahmenbedingungen zwingend wieder ernst nehmen sollten, um u. a. die 60 bis 70 Prozent der nicht mehr arbeitenden Bevölkerung mit ihrem hohen Altersdurchschnitt und vielfach multimorbidem Krankheitsbild künftig menschenwürdig versorgen zu können.

Subsidiarität ist selbst entwickelnd und aufwuchsfähig gerade für und in Not- und Krisenzeiten und damit das Mittel der Wahl für den Bevölkerungsschutz. Allerdings entspricht es nicht dem Zeitgeist, der heute vom Staat allein die Sicherstellung der Vorsorge verlangt – eine Erwartung,



Zwei Experten im Gespräch

die sehr trügerisch ist. Deshalb sollte der Staat die Hilfsorganisationen ausdrücklich als Partner sehen und als Katalysator nutzen, um ein Umdenken in der Gesellschaft zu bewirken und tatsächlich Hilfeleistungspotenzial zu generieren.

Die Hilfsorganisationen sind dazu besonders in der Lage, denn sie sind in der Gesellschaft vernetzt, sie erreichen den Bürger wirklich, sie sind eine Werte bildende Kraft, sie vermitteln die Möglichkeit einer persönlichen Betroffenheit, und sie wirken der verbreiteten Versichertenmentalität in der Bevölkerung entgegen.

5. Wie kann ein solches freiheitlich verfasstes Gemeinwesen stabil und funktionsfähig gehalten werden? Schon Aristoteles (a. a. O.) wusste und hat uns hinterlassen, dass freiheitliche Gesellschaften auf tugendhafte Bürger angewiesen sind, wobei allerdings nichts so schnell erodiert wie bürgerschaftliche Tugend. „Für die Zukunftsfähigkeit einer demokratischen Gesellschaft ist bürgerschaftliches Engagement eine wesentliche Voraussetzung“ – so die Antwort aus dem Diskurs um bürgerschaftliches Engagement (Bericht der Enquete-Kommission 2002, 24).

Dabei zielt die Frage nach den Stabilitätsbedingungen einer Demokratie weniger auf theoretische Selbstverständigungsformeln, sondern vor allem auf die Struktur der politischen Ordnung. Bürgerschaftliches Engagement wird nicht nur als ein unentbehrlicher Bestandteil der demokratischen Ordnung gesehen, die primär durch die Institutionen des Staates oder des Marktes gelenkt und in Ordnung gehalten wird, sondern die Beteiligung der Bürger gilt als eine unabdingbare Voraussetzung für die Stabilität und Dauerhaftigkeit freiheitlicher Gesellschaften. Eine funktionierende Bürgergesellschaft ist auf „Aktivbürger“ (Buchstein 2002, 209) angewiesen.

Bürgerschaftliche Tugend bedeutet in Verbindung mit einem positiven Freiheitsbegriff allerdings nicht nur, sich den Forderungen der Gemeinschaft zu unterwerfen, sondern kann auch als eine Möglichkeit zur Artikulation von individuellen Interessen und Präferenzen gesehen werden. Tugendhaftes Verhalten und bürgerschaftliches Engagement bedeuten im Prinzip nichts anderes als die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung, wobei diese Verantwortung in politischem Sinn als Eigenverantwortung verstanden werden kann (so auch Münkler/Moll a. a. O.).

Diese Komplementarität zwischen bürgerschaftlicher Tugend und politischen Institutionen ist in der politiktheoretischen Tradition vor allem von Niccolò Machiavelli betrachtet worden. Seine These lautet, dass eine Republik nicht allein durch gute Gesetze aufrecht erhalten werden könne, vielmehr sei dabei ein bestimmtes Verhalten der Menschen notwendig (Machiavelli

1996, 171f.).

Politische Tugenden sind nichts Stabiles, sondern von externen Faktoren abhängig, die schwer zu beeinflussen und zu kontrollieren sind. Obendrein sind sie in ihren sozialmoralischen Effekten unsicher. Vor allem aber ist politische Tugend unter freiheitlichen Prämissen nicht erzwingbar. Genau diesen Sachverhalt thematisiert Ernst-Wolfgang Böckenfördes Formel, wonach der freiheitliche säkularisierte Staat von Voraussetzungen lebe, die er selbst nicht garantieren könne. Denn „als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz der Einzelnen reguliert.

Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszwanges und des autoritativen Gebots, zu garantieren suchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben“ (Böckenförde 1976, 60).

Das Problem besteht darin, dass ein freiheitliches Gemeinwesen dauerhaft nur existieren kann, wenn die Menschen bereit sind, sich freiwillig für allgemeine Zwecke zu engagieren, damit gemeinschaftliche Probleme und Fragen ohne äußeren Zwang auf der Basis gegenseitiger Kooperation gelöst werden können. (Der Psychologe würde sagen: „Der wahre Egoist kooperiert.“)

In einer Situation des Wohlstandes und der relativen Sicherheit drohen diese bedürfnisorientierten Voraussetzungen bürgerschaftlichen Engagements indes schleichend zu erodieren, ohne dass dem machtorientiert entgegengesteuert werden kann und darf. Mithin wird deshalb die freiheitliche Ordnung in Phasen von Wohlstand und Sicherheit sehr viel mehr bedroht gesehen als in Krisen und Katastrophen, weswegen nach Mitteln und Wegen gesucht wird, um gerade in solchen Hochphasen der Erosion einer freiheitlichen Ordnung durch gesteigertes Engagement entgegenzusteuern (so Münkler/Moll a. a. O).

6. Eine stabile Freiheitsordnung fordert also auf der zweiten Seite der Medaille die Übernahme von Verantwortung durch den Bürger. Zu den Voraussetzungen unserer Frei-

heitsordnung gehört die Bereitschaft, Verantwortung in einem umfassenden Sinn zu übernehmen.

Der Geschichtswissenschaftler Paul Nolte hat einmal die Bedeutung von verantwortlichem Handeln so beschrieben: „Wir müssen verstehen, dass Verantwortung nichts anderes ist als eine Investition in eine Gesellschaft, die wir haben wollen.“ Es lohnt, sich für eine freiheitliche, stabile, nachhaltige Gesellschaft einzusetzen.

Der Zeitgeist weist mithin in eine andere Richtung: Wir sind ziemlich schnell in der Versuchung, alle Dinge, die nicht unmittelbar unsere Privatsphäre berühren, dem Staat zuzuweisen oder von uns wegzuschieben. Wir haben eine gewisse Neigung, sofort nach dem Staat zu rufen, wenn es Probleme gibt, und zwar nach einer möglichst hohen, zentralen Regulierungsebene (so Schäuble-Rede 2008). Der Bevölkerungsschutz ist hierfür ein blühendes Beispiel.

Die Politik unterstützt diese Entwicklung und zieht immer weitere Aufgaben an sich, egal ob es um Bildung, die soziale Unterstützung der Schwächeren oder um kulturelle Aufgaben wie die Förderung von bildender Kunst, Theater und Musik aber auch Sicherheit geht. Es ist einfach und dem Zeitgeist entsprechend nach dem Staat zu rufen, dies sei seine Aufgabe.

Wir kommen oft gar nicht auf den Gedanken zu fragen, ob der Staat eigentlich für diese oder jene Aufgabe am besten geeignet ist oder ob nicht die eigene Verantwortung der Bürger hier mehr gefragt wäre und bessere Antworten liefern würde. Die Ansprache des Bürgers wird dort als Belastung empfunden, die freiheitseinschränkend und damit politisch nicht verkaufbar ist.

Letztlich ist ein solches Denken inkonsequent: Auf der einen Seite beklagen wir gern und häufig die Dominanz des Staates und die Einschränkung persönlicher Gestaltungsspielräume z. B. durch das Überwuchern durch staatliche Bürokratie. Auf der anderen Seite rufen wir schnell nach dem Staat, wenn wir Probleme nicht hinreichend gelöst sehen, und das gilt nicht nur für die unmittelbaren staatlichen Aufgaben. Auch und gerade im Bevölkerungsschutz würden wir sicherlich treffliche Beispiele finden.

Selbstverständlich ist es so, dass gerade im Bevölkerungsschutz der Staat seine Pflicht aus Art. 2 GG im Sinne eines Teilhaberechtes dahingehend zu erfüllen hat, den Schutz des Bürgers zu gewährleisten, da sich hier die Begründung des Staates manifestiert. Die Grenzen für die Eigenhilfe des Bürgers sind offensichtlich, und deshalb überträgt der Bürger gerade hier die Aufgabe und die Macht auf den Staat, staats- und rechtsphilosophisch aber nur, soweit er die kollektive staatliche Hilfe braucht.

Wir sollten also ein größeres bürgerschaftliches Engagement zu entwickeln suchen, wenn wir wollen, dass die Freiheitsrechte nicht nur auf einem Blatt Papier stehen. Wenn wir eine starke Demokratie wollen, in der die Frei-

heitsrechte mit Leben gefüllt sind, muss die Gesellschaft stärker als bisher auf den Bürgern und den von ihnen gebildeten Vereinigungen beruhen (so Schäuble-Rede 2008).

Es geht beim bürgerschaftlichen Engagement nämlich nicht nur um das, was Menschen als Einzelne tun, es geht auch und gerade darum, was sie gemeinsam mit anderen z. B. in Vereinen, Verbänden, kirchlichen und politischen Gruppen tun oder tun könnten. Die Hilfsorganisationen haben auch hier ihre besondere Begründung in der Gesellschaft.

Der Staat muss hier bürgerschaftliches Engagement unterstützen und den Rahmen dafür setzen. Dazu gehört vor allem die Bereitschaft, dem bürgerschaftlichen Engagement Raum zu geben. Das heißt nicht, dass der Staat völlig auf Kontrolle und Regelung verzichtet. Das darf er nicht. Er hat die Möglichkeit, privates Engagement durch gesetzliche Regelungen in bestimmte Bahnen zu lenken oder Grundvoraussetzungen für Vertrauen und Seriosität zu schaffen. Die Kräfte, die in uns Menschen stecken, werden so freiwillig und freiheitlich am besten mobilisiert. Deswegen haben sich freiheitliche Ordnungen immer als überlegen erwiesen.

7. Es gibt gute Gründe für die Annahme, dass sich bürgerschaftliche Tugend vor allem dann reproduziert, entwickelt und vervielfältigt, wenn sie immer wieder in Anspruch genommen wird, während sie dahinschwindet, wenn man sie eher als eine zusätzliche sozialmoralische Ressource für Notzeiten ansieht. Gerade bei uns Hilfsorganisationen ist das Problem der Überforderung unverkennbar, aber in diesem Fall könnte es sein, dass Unterforderung das Gefährlichere ist.

Ehrenamtliches Engagement steht zudem in einer interessanten Wechselbeziehung. Es gibt durchaus Hinweise darauf, dass ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen wohlfahrtsstaatlichen Aktivitäten und der Bereitschaft, sich persönlich ehrenamtlich zu engagieren, besteht: In Ländern mit höchsten Werten an staatlich sozialer Verantwortung und Wohlfahrtspolitik bestehen auch höchste Werte an Bürgerengagement.

Zieht sich hingegen ein Staat aus diesem Feld zurück, sinkt die Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren. Hier haben die Hilfsorganisationen aufgrund ihrer Einbindung und Vernetzung in die Gesellschaft sowie ihrer Verfasstheit die Möglichkeit, antizyklisch zu wirken. Auch deshalb sollte sich der Staat ihres Wertes bewusst sein. Wo der Staat sozial abrüstet, abdankt, entfernen und entfremden sich die Menschen voneinander, schläft ihr sozialer Sinn unwiderruflich ein. Damit ist der Staat philosophisch, ethisch, rechtlich und tatsächlich in einer elementaren Verpflichtung – auch und gerade im Bevölkerungsschutz!

8. Zusammenfassung

Voraussetzung für die Gestaltung einer einheitlichen Medaille – um das Bild des Themas zu nutzen – ist, dass sich die Bürger erstens der Gemeinschaft zugehörig fühlen und sie sich zweitens in Abhängigkeit von dem Wohlergehen ihrer Mitmenschen und der Gesellschaft als ein Ganzes sehen. Das ist kein kognitives Problem, sondern eines der gesellschaftlichen Praxis. Die Einsicht in den Zusammenhang von individuellem Wohlergehen und gesellschaftlicher Prosperität erfolgt aus praktischer Betätigung – eben und mithin aus bürgerschaftlichem Engagement.

Die Möglichkeit dazu liegt in der Übertragung von Verantwortung auf den Einzelnen. Hierfür bietet sich ein modernes Verständnis von Subsidiarität an. Die Fragen und Probleme einer Gemeinschaft sollen auf der Ebene bearbeitet werden, auf der sie entstehen, wobei eine Delegation auf eine höhere Ebene erst dann erwogen wird, wenn die Probleme andernfalls nicht zu bewältigen sind (vgl. Münkler 1994, 65). Und hierfür besteht eine echte Chance.

In der eingangs zitierten Studie wird resümiert: Fast unbemerkt und abseits aller öffentlichen Debatten um Politikverdrossenheit hat sich die Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten zu einer „Gesellschaft der Teilhabe“ gewandelt. Damit haben sich auch die Chancen verbessert, Bürger für ehrenamtliches Engagement zu gewinnen. Das bedeutet, dass die Frage nach einer Begründung für bürgerschaftliches Engagement letztlich auch die Frage nach einem zeitgemäßen Staatsverständnis ist, die nicht einfach im Liberalismus ihre Antwort findet.

Ich bin mir nun sicher, dass unser Herantreten an den Bürger nicht nur einen moralischen Hintergrund hat und sich nicht nur in einer tatsächlichen Notwendigkeit erschöpft. Es ist legitim, dem Bürger die Frage zu stellen, in welcher Gesellschaft er leben will. Unsere Verfassung gibt darauf eine Antwort, die ihm nicht nur weitestgehende Freiheiten sichert, sondern auch in die Pflicht nimmt.

Vielleicht hilft hier zum Abschluss das vielleicht abgegriffene, weil vielfach zitierte und sehr patriotische Wort von John F. Kennedy aus seiner Antrittsrede im Jahr 1961: „Fragt nicht, was euer Land für euch tun kann, sondern fragt, was ihr für euer Land tun könnt.“ Mithin wird allerdings gelegentlich hier Land mit Staat verwechselt – ein fataler Fehler, da ein großer Unterschied.

Formate des Helfens/Helfergewinnung

Ehrenamtliches Engagement im Technischen Hilfswerk

Die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) ist die Einsatzorganisation des Bundes. Sie wurde für den Zivilschutz konzipiert und ist auch bei der täglichen Gefahrenabwehr und im Katastrophenschutz ein wichtiger Bestandteil in der nationalen Sicherheitsarchitektur. Die Einsatzeinheiten des THW in den bundesweit 686 THW-Ortsverbänden sind ausschließlich aus ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern zusammengesetzt. Die gut 800 hauptamtlichen Beschäftigten des THW dienen der Einsatzfähigkeit des ehrenamtlich getragenen THW.

Die Aufgabe, die der Bund der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) zuweist, liegt darin, mit seinem vielfältigen Einsatzpotenzial die Arbeit der Feuerwehren zu ergänzen und seine Ressourcen und Fähigkeiten möglichst optimal mit den Potenzialen von Feuerwehren und anderen Einsatzorganisationen zu verbinden. Durch Einbindung in die Gefahrenabwehr trägt das THW entsprechend seinem gesetzlichen Auftrag zum Grundschutz der Bevölkerung bei.

Feuerwehren und andere Organisationen verfügen örtlich über unterschiedliche Möglichkeiten. Dementsprechend ist auch der Bedarf an Unterstützung durch das THW regional unterschiedlich. Ein typisches Arbeitsfeld des THW liegt vor, wenn mit umfangreicher technischer Ausstattung gearbeitet werden muss oder absehbar ist, dass die Arbeit mit technischen Mitteln längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Das THW kommt im Regelfall erst nach der Feuerwehr zum Einsatzort – das THW ist eine Einsatzorganisation der „zweiten Welle“.

Im Einsatzfall werden die THW-Einheiten grundsätzlich der örtlichen Einsatzleitung unterstellt und erhalten von dieser ihre Einsatzaufträge. In der Regel obliegt die Einsatzleitung der Feuerwehr. Erfahrungsgemäß übertragen Gefahrenabwehrbehörden oder andere Stellen dem THW oft fachlich oder räumlich abgeschlossene Aufgaben, die es hinsichtlich Führung, Taktik, Technik und Logistik eigenständig löst. Dabei setzt das THW in kleineren wie in Großschadenslagen sein Potenzial angepasst an die Füh-

Katrin Klüber, Diplom-Kauffrau, ist Leiterin des Leitungsstabs bei der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW). Sie ist dort seit 2003 in verschiedenen Fach- und Führungspositionen beschäftigt. Ihre Interessen und Arbeitsschwerpunkte liegen in der Ehrenamtsförderung und der Organisationsentwicklung.

rungsstruktur des Bedarfsträgers ein.

Für den Einsatz stehen in jedem der 668 THW-Ortsverbände mindestens ein technischer Zug (TZ) bestehend aus Zugtrupp, zwei Bergungsgruppen und mindestens einer Fachgruppe zur Verfügung. Die Bergungsgruppen sind mit ihrem Personal und der Ausstattung in der Lage, die Kernkompetenzen des THW in einem breiten Aufgabenspektrum abzudecken, d. h. zu retten, zu bergen, Sicherungs- und leichte Räumarbeiten vorzunehmen sowie technische Hilfe zu leisten.

In jedem Ortsverband ist mindestens eine Fachgruppe aus dem Baukasten des THW-Komponentenmodells disloziert, mit Spezialfähigkeiten in den Bereichen Ortung, Räumen, Wassergefahren, Wasserschaden/Pumpen, Sprengen, Infrastruktur, Elektroversorgung, Beleuchtung, Trinkwasserversorgung, Ölschadenbekämpfung und Brückenbau. Für umfassende Dienstleistungen für die THW-Einheiten im Einsatz stehen Fachgruppen Führung, Kommunikation und Logistik zur Verfügung.

Führungs- und Einsatzstrukturen des THW sind darauf ausgerichtet, diesen Anspruch vor allem auch in Großschadenslagen und bei Ereignissen überregionalen nationalen Ausmaßes zu erfüllen.

Ehrenamt im THW: Zahlen, Daten, Fakten

Insgesamt 82.000 Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sind ehrenamtliche THW-Helferin oder ehrenamtlicher THW-Helfer. Dazu gehören ca. 15.000 Junghelferinnen und Junghelfer in den Jugendgruppen des THW und ca. 18.000 Althelferinnen und Althelfer, die momentan aus unterschiedlichen Gründen nicht zu Diensten eingeplant



Katrin Klüber,
Leiterin des THW-
Leitungsstabs,
mit THW-Bundes-
helfersprecher
Frank Schulze

werden, aber ihrem THW-Ortsverband weiter verbunden sind.

Ca. 49.000 Einsatzkräfte sind mit einer festen Funktion in den Einsatzeinheiten des THW eingeplant. Dazu gehören neben den aktiven Helferinnen und Helfern, die mindestens 120 Stunden im Jahr Dienst leisten, auch die Reservehelferinnen und Reservehelfer, für die ein geringeres Stundenkontingent verpflichtend ist.

Die THW-Helferinnen und THW-Helfer leisten jährlich ca. zehn Millionen Dienststunden in ihren Ortsverbänden. Ca. zehn Prozent dieser Dienststunden werden in Einsätzen und technischen Hilfeleistungen erbracht, ca. 29 Prozent der Stunden beziehen sich auf Übungen, Ausbildungen und Lehrgänge. Hinzu kommen Aktivitäten bei Diensten, die der Jugendarbeit, der Öffentlichkeitsarbeit, der Wartung und Pflege von Ausstattung und anderen allgemeinen Diensten im Ortsverband dienen.

Aktuelle Herausforderung: Aussetzung der Wehrpflicht

In der Vergangenheit hat das THW noch in recht großem Umfang junge Männer für ein Ehrenamt gewinnen können, die mit der Verpflichtung für eine Mitwirkung im THW eine Freistellung vom Wehr- bzw. Ersatzdienst verbunden haben. Rund die Hälfte der neu eingetretenen THW-Helfer hat 2010 noch diese Möglichkeit zur Freistellung von der gesetzlichen Wehrpflicht genutzt. Ein großer Anteil dieser Helfer blieb dem THW in der Vergangenheit lange über diese Mindestverpflichtungszeit hinaus erhalten, sodass der Anteil der Freigestellten weit niedriger lag als der Anteil der Freigestellten bei der Helfergewinnung.

Trotzdem waren 2010 noch 20 Prozent der aktiven Helfer vom Wehrdienst freigestellte Helfer in der Mindestverpflichtungszeit.

Der Wegfall bzw. die Aussetzung der gesetzlichen Wehrpflicht hatte aufgrund dieser Struktur für das THW durchaus spürbare Folgen. Glücklicherweise waren aufgrund der hohen Attraktivität des THW-Ehrenamtes und der erfolgreichen Helferbindung mit dem Ende der Wehrpflicht allerdings keine über die normale Fluktuation hinausgehenden Austritte zu verzeichnen. Die Mehrheit der nunmehr nicht mehr verpflichteten Helfer ist weiterhin in den THW-Ortsverbänden ehrenamtlich aktiv.

Folgen hatte der Wegfall der Wehrpflicht allerdings für die Helfergewinnung. Offenbar war das Motiv der Freistellung von der Wehrpflicht ein wichtiger Faktor, um junge Männer zu der Entscheidung zu bringen, ehrenamtlich im THW aktiv zu werden.

Die Anzahl der neu für das THW gewonnenen jungen Männer im Alter zwischen 18 und 25 Jahren ist seitdem erkennbar gesunken. Auch wenn die fehlenden Eintritte zum Teil durch Zuwächse in anderen Altersgruppen – z. B. bei den 26- bis 35-Jährigen – und auch bei den Frauen kompensiert werden konnten, war im Jahr 2011 gegenüber 2010 ein deutlicher Rückgang der Neueintritte zu verzeichnen. In der Gesamtbilanz ist dadurch die Zahl der aktiven Helferinnen und Helfer seit dem 1. Januar 2011 um ca. 2.500, das sind fünf Prozent der aktiven Helferschaft, gesunken.

Auch wenn die Einsatzfähigkeit durch einen Rückgang um fünf Prozent bei weitem nicht gefährdet ist, ist dieser Prozess dennoch Grund zur Sorge. Solange es noch nicht gelungen ist, die Helferwerbung so aufzustellen, dass ein

nachhaltiger Ersatzprozess in Gang gehalten wird, der die normale Fluktuation ausgleicht, die sich durch familiäre und berufliche Veränderungen immer ergeben kann, sind weitere Rückgänge nicht auszuschließen. Helferwerbung wird in Zukunft mehr Aufmerksamkeit, Engagement und Ressourcen beanspruchen als in der Vergangenheit, um als ehrenamtlich getragene

Einsatzorganisation einsatzfähig zu bleiben.

Erste Signale in der Helfer-Datenbasis des THW sind allerdings erkennbar positiv – die getroffenen Maßnahmen zeigen erste Erfolge, sodass eine Stabilisierung absehbar erscheint.

Langfristige Herausforderungen

Auch wenn diese aktuelle Entwicklung momentan durch die deutlichen Folgen für das THW im Vordergrund steht, sind es auf Dauer eher die gesellschaftlichen Veränderungen, auf die sich das THW wie alle ehrenamtlich getragenen Organisationen einstellen muss.

Die steigenden Anforderungen an die Verfügbarkeit und Erreichbarkeit von Arbeitskräften von Seiten der Wirtschaft, die steigende Mobilität sowie die veränderten Rollenbilder in der Gesellschaft führen dazu, dass trotz großem Interesse und hoher Motivation viele Menschen keine Bindung an eine Organisation mit entsprechender Verpflichtung eingehen können.

Mitwirkungsformen mit geringerem Bindungsgrad – wie z. B. projektbezogenes Engagement – werden zwar oft als Lösungen genannt, sie sind für ausbildungsentensive ehrenamtliche Tätigkeiten, wie es das Ehrenamt im THW zweifellos ist, nur in Teilbereichen sinnvoll zu realisieren.

Die demografische Entwicklung als weiterer langfristiger Trend ist als weitere Herausforderung natürlich auch für das THW von Bedeutung. Eine Organisation, die in der Vergangenheit ihre Helferinnen und Helfer weit überwiegend im Jugend- bzw. jungen Erwachsenenalter für sich gewinnen konnte, muss Lösungen für den Rückgang des Potenzials in diesen Altersgruppen finden.

Hinzu kommen Herausforderungen, die sich aus dem Tätigkeitsfeld des THW ergeben. Der technische Fortschritt, die Veränderung der Gefahrenlagen und komplexer werdende Einsätze stellen hohe Anforderungen an Ausbildung und Qualifikation der Helferinnen und Helfer. Die Regelungsdichte z. B. im Arbeits- und Gesundheitsschutz, die hohen Anforderungen, die technisch komplexer werdende Geräte an Wartung und Instandhaltung stellen,

führen dazu, dass die Motivation für Einsatz und Ausbildung bei engagierten Helferinnen und Helfer durch den hohen Verwaltungs-, Prüf- und Wartungsaufwand zum Teil auf die Probe gestellt wird. Die Entlastung des Ehrenamtes von diesen Verwaltungs- und technischen Prüfaufgaben steht deshalb weit oben auf der Agenda des THW für seine Zukunftssicherung.

Lösungen, Arbeitsschwerpunkte und Erfolge

Ehrenamt ist unbezahlbar – das heißt allerdings nicht, dass ehrenamtliches Engagement für Staat und Gesellschaft ohne Kosten zu haben ist. Der respektvolle Umgang mit der wichtigsten Ressource im Bevölkerungsschutz, nämlich der Bereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern zu aktivem ehrenamtlichem Engagement, erfordert ein ständiges Bemühen um Effizienz und die Suche nach guten Lösungen, die den Bevölkerungsschutz als Aufgabenfeld für ehrenamtliches Engagement attraktiv halten.

Das THW arbeitet zur Zeit an folgenden Verbesserungen, um damit die Grundlage zu schaffen, auf Dauer als ehrenamtlich getragene Bevölkerungsschutz-Organisation einsatzfähig zu sein und weiterhin Männer und Frauen für eine Mitwirkung zu begeistern:

Mitwirkung ohne Altersbegrenzung

Bisher gilt für die aktive Mitwirkung im THW noch eine obere Altersgrenze von in der Regel 65 Jahren. Darüber hinaus ist eine Mitwirkung als Althelferin bzw. Althelfer möglich. Das THW strebt an, diese feste Altersgrenze zugunsten einer an den körperlichen Anforderungen einer Einsatzfähigkeit orientierten flexiblen Regelung aufzuheben. Mit dem Leitfaden „THW 60+“ soll die Einbindung der lebensälteren und erfahrenen Helferinnen und Helfer im THW gestärkt werden.

Eine Lockerung der unteren Altersgrenze – eine Mitgliedschaft im THW als Junghelferin bzw. Junghelfer ist ab zehn Jahren möglich – ist durch die Gründung von Minigruppen in interessierten THW-Ortsverbänden bereits in der Praxis realisiert.

Helferentwicklung und Helferwerbung

Ein an den Lebensphasen orientiertes Helfer/-Innen/-entwicklungskonzept stellt den Ortsverbänden im Sinne eines Werkzeugkastens eine Vielzahl von Hilfsmitteln und Materialien zur Verfügung, die bedarfsgerecht nach der jeweils individuellen Situation im Ortsverband eingesetzt werden kann.

Mit der Imagekampagne „Raus aus dem Alltag. Rein ins THW“ soll gezielt die Zielgruppe der Berufstätigen im Alter bis zu ca. 45 Jahren für ein Engagement im THW begeistert werden.



Katrin Klüber und Frank Schulze

Verwaltungsabbau und Flexibilisierung

Ein ausgesprochen wichtiges Ziel ist die Entlastung des THW-Ehrenamtes von Verwaltungs- und Prüfaufgaben, die sich vor allem durch die gestiegenen Anforderungen im Arbeitsschutz und den technischen Fortschritt ergeben haben. Hier sollen durch den ehrenamtsnahen Einsatz hauptamtlicher Kräfte und Freiwilligendienstleistender künftig stärker als bisher Aufgaben im hauptamtlichen Bereich übernommen werden.

Freiwilligendienste im THW

Der Bundesfreiwilligendienst als in Vollzeit abzuleistender Dienst ist wie die anderen Freiwilligendienste nicht geeignet, im THW den Wegfall der Möglichkeit der Freistellung vom Wehrdienst als Helfergewinnungsinstrument zu kompensieren. Ein Vollzeitdienst ist in den rein ehrenamtlich besetzten THW-Ortsverbänden nur unter besonderen Bedingungen zu realisieren. Eine noch kleine Zahl von Freiwilligendienstleistenden ist in den hauptamtlich besetzten Geschäftsstellen eingesetzt, eine Ausweitung ist geplant. In einem Pilotversuch in Hamburg wird aktuell der Einsatz von Bundesfreiwilligendienstleistenden auch in den Ortsverbänden erprobt.

Solange allerdings die Bedingungen der Freiwilligendienste eine Vollzeittätigkeit vorsehen, ist es aus Sicht des THW nicht berechtigt, den Ausbau der Freiwilligendienste auch für den Bereich des Bevölkerungsschutzes als erfolgreiche Lösung für den Wegfall von Wehrdienst und Zivildienst zu bezeichnen.

Interkulturelle Öffnung

Das THW versteht sich als Spiegel der Gesellschaft, es ist offen für Menschen aller Bevölkerungsgruppen, die sich

für den Schutz der Bevölkerung engagieren wollen. Wie bei den meisten anderen Organisationen ist die Bevölkerungsgruppe der Menschen mit Migrationshintergrund allerdings auch im THW noch unterrepräsentiert. Eine Projektgruppe stellt den Ortsverbänden dazu mit Pilotmaßnahmen, Handlungshilfen und erfolgreicher interner Öffentlichkeitsarbeit vielfältige Informationen und Unterstützung bereit, wenn es darum geht, Migranten stärker als bisher für ein Engagement im THW zu gewinnen.

Stärkung der Attraktivität der Ausbildung im THW

Moderne und leistungsfähige Ausbildung ist nicht nur für den Einsatz und für den Umgang mit technisch anspruchsvollen Geräten erforderlich, sie ist auch einer der größten Attraktivitätsfaktoren für das Ehrenamt im THW. Viele Ausbildungsgänge im THW stiften darüber hinaus Doppelnutzen auch für die berufliche Qualifikation der Helferinnen und Helfer. Mehrere Ausbildungswege im THW können inzwischen mit einer beruflich nutzbaren Zertifizierung abgeschlossen werden.

Mit diesem Maßnahmenpaket soll die Grundlage dafür gelegt werden, dass das THW als die attraktive Einsatzorganisation im Bevölkerungsschutz mit einem hohen technischen Standard und hohem eigenem Anspruch an die Einsatzfähigkeit in Großschadenslagen zukunftsfähig bleibt.



Themenblock III
Formate des Helfens/Helfergewinnung

Podiumsdiskussion
Künftige Herausforderungen
an das Ehrenamt

Podiumsdiskussion

Künftige Herausforderung an das Ehrenamt – Auch die Politik muss handeln

Was tun, wenn das Ehrenamt wegbreicht? Wenn der demografische Wandel, der Wegfall des Ersatz- und Zivildienstes infolge der Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht und Arbeitsverhältnisse, die dem ehrenamtlichen Engagement abträglich sind, die Reihen der Helfer lichten? Wenn die öffentlichen Gelder im Zuge der angespannten Haushaltslage schrumpfen? Auf diese Fragen hat das Symposium „Ehrenamt und Bevölkerungsschutz“ Antworten gesucht.

Der Rückgang der Humanressourcen für den Bevölkerungsschutz führt zu einem Rückgang des Bevölkerungsschutzes bei zunehmenden Anforderungen an den Bevölkerungsschutz, brachte Dr. Thieß Petersen, Demografieexperte der Bertelsmann Stiftung, die Probleme auf den Punkt. Daraus ergebe sich zwingend die Erkenntnis, „dass wir uns auf den Staat allein nicht mehr verlassen können“.

„Es ist eine Tatsache, dass in der Zukunft weniger Bürger mit geringeren Mitteln gerade auch in der Notfallvorsorge mehr Aufgaben bewältigen müssen“, sagte Benedikt Liefländer, Bereichsleiter Not- und Katastrophenvorsorge des Malteser Hilfsdienstes. „Angesichts der derzeitigen demografischen Entwicklung werden somit intelligente Lösungen notwendig sein, um den Bevölkerungsschutz weiterhin sicherstellen zu können.“

Selbstengagement der Bürger stärken

Gefragt sei ein höheres Selbstengagement der Bürger und ihrer Familien, betonte Liefländer. Ansonsten werde eine umfassende Notfallversorgung angesichts der Umkehrung der bestehenden Verhältnisse durch den wachsenden Anteil nicht erwerbfähiger Senioren mit vielfach multitorbiden Krankheitsbildern kaum noch möglich sein.

Liefländer wies in diesem Zusammenhang auf die zunehmende Zahl von Single-Haushalte hin. Es müsse davon ausgegangen werden, dass vielen älteren Menschen künftig die finanziellen Mittel fehlten, um sich in Seniorenheimen versorgen zu lassen. In Kombination mit dem demografischen Wandel würden sich die Herausfor-

Moderation: **Frank Ehl**, Dipl.-Soz.Arb., ist Dozent an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz in Bad Neuenahr-Ahrweiler im Bereich Nationales und internationales Krisenmanagement. Zudem ist er Lehrbeauftragter der Universität Bonn und hat von 2010 bis 2012 an der China Academy of Governance für das National Institute of Emergency Management in Peking unterrichtet. Vorausgegangen ist eine ehrenamtliche und hauptamtliche Tätigkeit in verschiedenen Ebenen einer Hilfsorganisation, bevor er zum Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe als Träger der Akademie wechselte.

derungen für die Notfallhilfe dadurch weiter potenzieren.

Dem Malteser-Gesamteinsatzleiter zufolge muss sich der Bevölkerungsschutz angesichts der drohenden personellen und finanziellen Engpässe konkrete Schutzziele setzen. Auch gilt es seiner Meinung nach darüber nachzudenken, welche Aufgaben des Bevölkerungsschutzes möglicherweise an private Anbieter delegiert werden könnten.

Wie Frank Ehl von der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz betonte, funktioniert das deutsche Bevölkerungsschutzsystem zwar noch gut. Es müsse aber in Frage gestellt werden, ob es in der jetzigen Form so fortführbar sei. Ein Problem ergebe sich nicht zuletzt aus der „Vollkasko-Mentalität“ der Bürger. „Doch angesichts der gravierenden Umwälzungen müssen wir uns alle fragen, welche Schutzziele wir uns noch leisten können.“

Erhalt des Ehrenamts eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung

Laut Wolfram Rohleder, Mitglied des Bundesvorstandes der Johanniter-Unfall-Hilfe, ist der Wegfall des Ehrenamts – des Handelns Einzelner im Interesse des staatlichen Funktionierens – nicht vorstellbar. „Es gibt kein Alterna-



Podiumsdiskussion mit Vertretern der Hilfsorganisationen (von li.)

Frank Ehl (Moderator), Harald Schottner (ASB), Johannes Richert (DRK), Wilfried Gräßling (Berliner Feuerwehr), Wolfram Rohleder (JUH), Ludger Schulte-Hülsmann (DLRG), Benedikt Liefländer (Malteser Hilfsdienst), Frank Schulze (THW)

tivkonzept zum Ehrenamt“, fügte Dr. Johannes Richert, Leiter des Bereichs Nationale Hilfsgesellschaft/Internationale Zusammenarbeit des Generalsekretariats des Deutschen Roten Kreuzes, hinzu. „Doch stellt sich die Frage, welche Sicherheit uns wie viel wert ist.“ Alle gesellschaftlichen Akteure – Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Helfer – müssten in die Mitverantwortung gehen, damit das Ehrenamt als zentrales Element der Zivilgesellschaft erhalten bleibe.

Harald Schottner, Leiter der Abteilung Hilfsorganisation und Bevölkerungsschutz des Arbeiter-Samariter-Bundes, plädierte für die Stärkung eines bürgernahen Selbstschutzes, gerade weil der Bevölkerungsschutz in seiner jetzigen Form nicht mehr gewährleistet werden könne. Das gelte in besonderem Maße für die ländlichen Gebiete mit einer hohen Landflucht junger Menschen, die dort für den Personalmangel vieler Dienste mitverantwortlich sei. „Letztendlich muss die Gesellschaft entscheiden, wie viel ihr der Freiwilligendienst wert ist“, sagte er.

An die Politik richteten die Vertreter der Hilfsorganisationen die Forderung, Zeichen der Wertschätzung gegenüber den freiwilligen Helfern zu setzen. Der vom ehrenamtlichen Engagement getragene Bevölkerungsschutz sei für den Staat schließlich eine kostengünstige Angelegen-

heit, unterstrich Wilfried Gräßling, Leiter der Berliner Feuerwehr. Er betonte die Notwendigkeit, mit strukturellen Veränderungen auf die kommenden Herausforderungen zu reagieren und die kritischen Punkte wie Landflucht zu bearbeiten.

Helfer brauchen Anerkennung

Helfern gehe es nicht um Bezahlung, sondern um Anerkennung, so Schottner. Um den Ehrenamtlichen hier entgegenzukommen, könnten beispielsweise administrative Hürden abgebaut und besondere Anreize geboten werden. Wie solche Anreize aussehen könnten? „Im Ausland gibt es beispielsweise Ehrenamtskarten, die Vergünstigungen enthalten, oder auch Zuschüsse zur Rente“, sagte er.

Genannt wurden ferner steuerliche Entlastungen, die Anhebung der Übungsleiterpauschale, eine Vereinheitlichung der Ehrenamtsausweise, den erleichterten Zugang zu Studienplätzen und die Anerkennung der im Ehrenamt erworbenen Fähigkeiten und Prüfungen. „Am Ende ergibt sich daraus ein ganzer Strauß“, meinte Gerold Reichenbach, Bundestagsabgeordneter der SPD.

Nach Ansicht des Politikberaters Dr. Andreas Pagiela ist es Aufgabe der staatlichen Akteure, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Ehrenamt und Bevölke-



Veranstaltungsteilnehmer in der Diskussion

rungsschutz den gesamtgesellschaftlichen Veränderungen nicht zum Opfer fallen. In diesem Zusammenhang fiel das Stichwort ‚Vereinbarkeit und Beruf‘ und die Notwendigkeit, die Dialogbereitschaft zwischen Wirtschaft und Ehrenamt zu fördern.

Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf zunehmend schwierig

In etlichen Betrieben ist die Mitgliedschaft der Beschäftigten in einer Hilfsorganisation offenbar unerwünscht. „In vielen Unternehmen wird mit den Augen gerollt“, bestätigte der FDP-Bundestagsabgeordnete Florian Bernschneider. Er schlug vor, diejenigen Wirtschaftsbetriebe, die das ehrenamtliche Engagement ihrer Mitarbeiter förderten, besonders auszuzeichnen.

Mit einem Appell an die Unternehmer ist es nach Ansicht von Reichenbach nicht getan. Es sei Aufgabe der Politik, hier, mit Negativsanktionen nachzubessern. Den Helfern empfahl er, ihre Arbeitgeber darauf hinzuweisen, „dass sie, wenn es bei ihnen brennt, selbst auf eine helfende Hand angewiesen sein könnten“.

Was die betriebliche Freistellung von Mitarbeitern für den Bevölkerungsschutz angeht, muss gesetzlich nachjustiert werden, betonte auch Dr. Konstantin von Notz, Bundesabgeordneter von Bündnis90/Die Grünen. Den Arbeitgebern gelte es klarzumachen, dass auch sie im Notfall vom Einsatz der Helfer profitierten. Uneinsichtig zu bleiben berge die Gefahr, „dass wir zu euch ein bisschen später kommen“.

Brachliegende Potenziale nutzen

Einig waren sich die Teilnehmer der Konferenz, dass die Hilfsorganisationen auf die personellen und finanziellen Engpässe offensiv und zeitnah reagieren müssen. Zudem sei es wichtig, den Kosten-Nutzen-Faktor des ehrenamtlichen Engagements zu ermitteln und einen „bürgernahen Selbstschutz“ voranzubringen, meinte Schottner vom Arbeiter-Samariter-Bund. „Doch ohne Gelder lässt sich auch diese Selbsthilfe nicht aufrechterhalten.“

Die Lösung der sich abzeichnenden Probleme könne nicht „Selbstausbeutung der Helfer, damit der Bevölkerungsschutz funktioniert“ lauten, sagte Frank Schulze,

Bundeshelfersprecher des Technischen Hilfswerks. „Schon jetzt bringen die Helfer viel Zeit und Geld ein, um ihr Ehrenamt auszuüben.“

Schulze zufolge gibt es zwar derzeit noch eine Redundanz im Ehrenamt, sodass bei größeren Gefahrenlagen genügend Einsatzkräfte zur Stelle seien. Doch der Verlust der Zivildienstleistenden durch die Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht und der demografische Wandel würden die Reihen lichten. Schon jetzt gebe es Regionen, in denen ein rudimentärer Bevölkerungsschutz nicht mehr aufrechterhalten werden könne.

Nach Ansicht von Gerry Foitik vom Österreichischen Roten Kreuz verfügen die Hilfsorganisationen nicht über die erforderlichen Strukturen, um spontane Hilfe zu leisten. Deshalb sei es wichtig, die Selbstorganisationsfähigkeit der Zivilgesellschaft zu stärken und die Zusammenarbeit mit den Medien zu suchen.

Sensibilisierung in der Vorschule

Die Teilnehmer des Symposiums unterstrichen die Schwierigkeit, angesichts der bevorstehenden tiefgreifenden Veränderungen neue Helfer zu rekrutieren. Dr. Richert vom Deutschen Roten Kreuz empfahl, bereits Kinder im Vorschulalter für ehrenamtliche Aufgaben zu interessieren und junge Menschen gezielt über die neuen Medien wie Facebook und Twitter anzusprechen.

Und dann gelte es diejenigen Bevölkerungsgruppen zu gewinnen, die von den Hilfswerken lange ignoriert worden seien. „Auch Menschen ohne schulische Hochleistung können einen wichtigen Beitrag zum Bevölkerungsschutz leisten“, meinte Schottner. Menschen mit Behinderungen seien eine weitere Gruppe, die noch viel zu oft außen vor gelassen werde.

Von Sarah Geißler von der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin kam die Kritik, dass Zuwanderer für den Bevölkerungsschutz zuwenig berücksichtigt wurden. Sie monierte, dass bisher nur ein Prozent der Migranten Zugang zum Bevölkerungsschutz habe, und forderte die Hilfswerke zu einer „interkulturellen Öffnung“ und einem „wertschätzenden Umgang mit der Vielfalt“ auf.

Thomas Kahlx von der Bürgerinitiative Hochwasser Altgemeinde Rodenkirchen, der als Vertreter der Zivilgesellschaft an der Veranstaltung „Ehrenamt und Bevölkerungsschutz“ teilnahm, wünschte sich eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Hilfswerken und der Zivilgesellschaft. Die Ehrenamtler forderte er auf, „die Potenziale der Zivilgesellschaft zu nutzen“.

Die jungen Alten kommen!

Auch ältere Menschen, die in der Regel eher als Zielgruppe von Nothilfemaßnahmen wahrgenommen werden, böten ein Reservoir an potenziellen Helfern, so Dr. Gerhard Naegele, Professor am Institut für Gerontologie an der Technischen Universität Dortmund. Gerade die „jungen Alten von morgen“ verfügten über ein Potenzial, die Zivilgesellschaft aktiv mitzugestalten. Voraussetzung sei jedoch, auf die Befindlichkeiten dieser Senioren einzugehen und ihnen flexible Partizipationsmöglichkeiten anzubieten.

„Vielleicht“, so Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange, Professor für Politikwissenschaft, Sicherheitsforschung und Sicherheitsmanagement an der Universität Witten/Herdecke, „ist es in einer Gesellschaft, in der viele Menschen bis ins hohe Alter geistig fit sind, gar nicht so schlimm, dass die Menschen altern“.

III. "KÜNFTIGE HERAUSFORDERUNGEN"

PODIUMSDISKUSSION



Demografische Entwicklung = Wegfall von Wirtschaftsressourcen

EHRENAMT IST WICHTIG FÜR DAS SELBSTVERSTÄNDNIS DER BEVÖLKERUNG

STRUKTURELLE VERÄNDERUNG ALS KNACKPUNKT

STICHWORT VOLLKASKO-VERSICHERUNG

UNTERSCHIED ZIVIL- & KATASTROPHENSCHUTZ

DIE WERTIGKEIT DER SCHUTZZIELE

SELBSTHILFEFÄHIGKEIT DER BÜRGER STÄRKEN

"LAUFEN"

Team Ö3

Wert der ist nicht Zivil



Bundesheer sichert

GELDSPENDE +

- Sachspende [GERÜMPEL]

SUCHE NACH HELFERN

KATASTROPHE

ANFORDERUNG

INFORMATION über Ö3

JA! RÜCKMELDUNG

ALARMIERUNG

BRIEFING

EINSATZ



NACHBEREITUNG

DE VORSCHUNGSAKTIVITÄTEN"

sterreich

s Ehrenamtes
in € zu messen.

gesellschaft



Staatliche Koordination
staatliche Koordination der Rahmenbedingungen

KATASTROPHE

BLUTSPENDE +

HILFE/ZEITSPENDE

HELPER-VERSICHERUNG

HELPER MIT SPEZIFISCHEN FÄHIGKEITEN
A - B - C

10. 2010
9. 2014

PROTECT

* Lebenslanges Lernen +

ÖFFNUNG für MIGRANTEN im KATASTROPHENSCHUTZ



nur 1% der Helfer sind Migranten

HiOs Motive

I Wichtig: ART der Kommunikation

Migranten selbstorganisation

II. Aufbau einer Willkommenskultur

III. Lotsenmodel



Formate des Helfens/Helfergewinnung

Team Österreich – Menschen gesucht, die anpacken

Wenn im Fernsehen die Bilder von Naturkatastrophen zu sehen sind und das Radio in Sonderformaten durchgehend darüber berichtet, dann entsteht stets eines: die überwältigende Bereitschaft, sofort helfen zu wollen – nicht nur mit Geld, sondern auch mit den eigenen Händen. Doch wohin wendet man sich in so einem Fall? Wer sagt einem, wo man wie von großem Nutzen sein kann?

Diese vorhandene Hilfsbereitschaft ist im Team Österreich kanalisiert worden. Das Team Österreich ist das erste Projekt, das diese neue Form der Nachbarschaftshilfe sinnvoll ermöglicht und professionell organisiert. Ohne dass die Teammitglieder dabei dauerhafte Verpflichtungen eingehen müssen.

Das Team Österreich besteht aus Menschen, die sich online auf <http://oe3.ORF.at/teamoesterreich> in einer Datenbank registrieren und einen kurzen Einführungskurs zum Thema Katastrophenhilfe beim Roten Kreuz absolvieren. Danach können die Mitglieder des Team Österreich bei Katastrophen im Inland kontaktiert und angefragt werden. Wer Zeit hat, hilft.

Im August 2007 wurden durch eine groß angelegte Public-Value-Kampagne mit der Unterstützung des gesamten Österreichischen Rundfunks nicht weniger als 24.500 Menschen motiviert, die nun bereit sind, anzupacken und als Team Österreich zu helfen. Das Ziel, nämlich 10.000 einsatzbereite ÖsterreicherInnen in der Datenbank registriert zu haben, wurde demnach weit übertroffen.

Die Aufgaben des Team Österreich bei der Unterstützung der professionellen Helfer (Rotes Kreuz, Freiwillige Feuerwehr, Exekutive, Bundesheer usw.) sind vielfältig: Anpacken bei einfachen manuellen Tätigkeiten (Sortieren von Hilfsgütern, Schneeschaukeln, Aufräumarbeiten, Unterbringung, Kinderbetreuung, Formulare ausfüllen, Beladen von Hilfstransporten etc.), die keine Expertise der professionellen Helfer benötigen. Zusätzlich wird es für die Helfer die Möglichkeit geben, berufsspezifische Kenntnisse etwa als Elektriker, Tischler oder Jurist einzubringen.

Warum braucht Österreich das Team Österreich gerade

Im August 2007 hat das Österreichische Rote Kreuz (ÖRK) gemeinsam mit dem Hitradio Ö3 das Team Österreich gegründet. Einer der zwei „Väter“ ist **Gerry Foitik**, der als Bundesrettungskommandant für die Bereitstellung eines effektiven, humanitären Hilfeleistungssystems für die Bevölkerung in Österreich verantwortlich ist. Foitik ist Betriebswirt und im ÖRK als kooptiertes Mitglied der Geschäftsleitung für die operativen Inlands-Dienstleistungen zuständig.

jetzt? Gute Vorbereitung – vor allem auf absehbare Ereignisse in der Zukunft – zeichnet professionelles Katastrophenmanagement aus. Extreme Wetterereignisse nehmen zu, mit ihnen steigt der Bedarf an Helfern in der Bewältigung von Naturkatastrophen. Studien zeigen: die ÖsterreicherInnen wollen helfen, aber vermehrt durch zeitlich beschränktes und projektbezogenes freiwilliges Engagement.

Die Erfahrungswerte

Derzeit (Herbst 2012) sind 30.000 Menschen im Team Österreich registriert. Die große Katastrophe, die einen umfangreichen Einsatz des Team Österreich notwendig machen würde, ist bislang ausgeblieben. Dennoch hat sich das Team Österreich in mehr als 50 kleinen Einsätzen bewährt.

Die hohe Qualität der Daten der Mitglieder haben es uns ermöglicht, auch einige Spezialisten für einen spezifischen Einsatz auszuwählen (z. B. Dolemetscher, Baustatiker, Logopädin) und als Unterstützung in den Einsatz zu bringen.

Die Einsatzkräfte, die mit dem Team Österreich Seite an Seite gearbeitet haben, waren durchwegs begeistert von der Motivation, der Zielstrebigkeit und der Disziplin der Teammitglieder. Auch die Reaktionsgeschwindigkeit auf eine Alarmierung des Teams überrascht uns immer wieder aufs Neue.



Gerry Foitik, Mitbegründer des Team Österreich des ÖRK

Im Frühjahr 2010 haben wir darüber hinaus die Team Österreich-Tafel gegründet – eine soziale, nachhaltige Initiative, bei der mittlerweile insgesamt 4.500 Team Österreich-Mitglieder jeden Samstag 12.000 Bedürftige in Österreich mit Lebensmitteln versorgen.

Zusammenfassung

Das Team Österreich nimmt die Hilfsbereitschaft aus der Bevölkerung an und organisiert sie sinnvoll und professionell. Es verbindet die Herausforderungen der Zukunft mit der in der Gesellschaft vorhandenen Bereitschaft zu helfen. Es ist die Verbindung aus professioneller Hilfe mit der

direkten aktiven Beteiligung von Bürgern (Solidargesellschaft), bei der die Katastrophen- und Selbsthilfefähigkeit der Gesellschaft gestärkt wird – eine Neuheit in Österreich, die auch auf gesamteuropäischer Ebene Vorbildfunktion hat.

Das Team Österreich ist eine neuartige, gemeinsame Idee von Hitradio Ö3 und dem Österreichischen Roten Kreuz. Es ist eine Community von interessierten und sensibilisierten Menschen, die bereit sind, zivilgesellschaftliche Aufgaben zu übernehmen. Der Erfahrungen mit dem Team Österreich sind durchwegs positiv und legen einen weiteren Ausbau nahe

Formate des Helfens/Helfergewinnung

Ehrenamtliches Engagement von Migranten im Katastrophenschutz

Das freiwillige und bürgerschaftliche Engagement von Menschen mit Migrationsgeschichte hat in den letzten Jahren ein wachsendes Interesse in Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft gefunden. Hiermit verbunden sind allerdings unterschiedliche und zum Teil auch widersprüchliche Erwartungen, Interessen und Hoffnungen. Während Migrantinnen und Migranten einerseits angesichts des demografischen Wandels für ein ehrenamtliches Engagement in der Zivilgesellschaft gewonnen werden sollen, um Angebote und Leistungen von Organisationen und Vereinen aufrechterhalten und einen sich abzeichnenden Mangel an Nachwuchs kompensieren zu können, soll bürgerschaftliches Engagement andererseits einen wichtigen Beitrag zum informellen Lernen, zur Förderung der Integration und Teilhabe von Migrantinnen und Migranten und zum Zusammenhalt der Gesellschaft leisten.

Das Projekt PROTECT – Lernen und helfen im Ehrenamt

Das von der Berliner Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (BGZ) geleitete Verbundprojekt PROTECT versucht das Ehrenamt im Katastrophenschutz als Brücke zu nutzen, um erwachsenen Migrantinnen und Migranten einen Ort für lebenslanges Lernen zu eröffnen. Gefördert wird PROTECT im Rahmen des Programms „Lebenslanges Lernen“ von der Europäischen Kommission (Grundtvig-GMP).

Hilfsorganisationen bieten ihren freiwilligen Helferinnen und Helfern attraktive weiterbildende Angebote im Bereich des Katastrophenschutzes. Sie ermöglichen Ausbildungen in den Bereichen Medizin, Technik, Soziales und Verwaltung. Ein Hauptziel des Projektes ist es deshalb, das Ehrenamt im Katastrophenschutz für Migrantinnen und Migranten zu erschließen. Hierzu wird im Vorfeld die aktuelle Situation analysiert und der Frage nachgegangen, warum so wenige Migrantinnen und Migranten den Zugang zum Katastrophenschutz finden.

Dr. Frank Gesemann, Diplom-Politologe, ist Geschäftsführer des Instituts für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) in Berlin. Zu seinen Arbeits- und Forschungsschwerpunkten gehören vor allem Fragen der Migrations- und Integrationspolitik, der Bildungs- und Sozialpolitik, der sozialen und interkulturellen Stadt- und Quartiersentwicklung, der Prävention von Rechtsextremismus, Diskriminierung und Gewalt sowie der Demokratieentwicklung und des bürgerschaftlichen Engagements. Frank Gesemann verfügt über vielfältige Erfahrungen in der Evaluation von Programmen und Projekten.

Sarah Geißler arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin im BMBF-geförderten Forschungsprojekt „Kat-Leuchttürme“. Im Rahmen des bürgernahen Krisenmanagements unterstützt sie die Arbeit des europäischen Verbundprojekts PROTECT, das das ehrenamtliche Engagement von Migranten im Katastrophenschutz fördert.

Was wissen Migrantinnen und Migranten überhaupt über die Hilfsorganisationen und was hält sie von einem freiwilligen Engagement in diesen ab? Doch auch die Hilfsorganisationen selber sind zu analysieren: Inwieweit öffnen sie sich diese für Migrantinnen und Migranten und welche Strategien verfolgen sie zur deren Einbindung?

Bei PROTECT arbeiten Projektpartner/innen aus Berlin (Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR), Landesverband Berliner Rotes Kreuz, Malteser Hilfsdienst), Wien (Österreichisches Rotes Kreuz), Amsterdam (Freiwilligenakademie Amsterdam) und Mataró in Katalonien (Spanisches Rotes Kreuz, Stadtverwaltung Mataró) in einem Netzwerk zusammen, das das Wissen aus den Bereichen Freiwilligenarbeit, Wis-



Sarah Geißler,
Hochschule für Wirtschaft
und Recht Berlin

senschaft, Integration und politische Entscheidungsebene bündelt. Die Projektarbeit erfolgt in allen vier Ländern parallel. Die Projektpartner bearbeiten die Projektthemen in transnationalen Arbeitsgruppen und nutzen die im Rahmen des Projekts entstehenden Synergieeffekte.

Bis 2014 sollen aufbauend auf einer vorangegangenen Analyse zahlreiche Maßnahmen umgesetzt werden, um Migrantinnen und Migranten stärker für eine Beteiligung im Ehrenamt zu gewinnen. Unter anderem sollen hierbei zur Aktivierung Lotsen eingesetzt werden, die in den Migranten-Communities für Lernangebote in den Hilfsorganisationen werben und als Bezugspersonen dienen.

Von einer stärkeren Einbindung von Migrantinnen und Migranten bis hin zu einer möglichen Mitgliedschaft profitieren auch die Hilfsorganisationen. Zum einen erhalten sie durch die neugewonnenen Mitglieder zahlreiche zusätzliche Kompetenzen, zum anderen erfolgt eine interkulturelle Öffnung der Organisationen, die auch ihren Stellenwert als zivilgesellschaftliche Akteure festigen.

Ergebnisse der Analyse

Die Maßnahmen des Projekts werden auf der Grundlage einer umfassenden Situations- und Bedarfsanalyse umgesetzt, die von der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) in Kooperation mit dem Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) durchgeführt wird. Die Verantwortung liegt bei Professor Dr. Birgitta

Sticher (HWR) und Dr. Frank Gesemann (DESI), die dabei von Sarah Geißler und Benedikt Schweers unterstützt werden.

Stand der Forschungsergebnisse zum freiwilligen Engagement von Migrantinnen und Migranten

Personen mit Migrationshintergrund engagieren sich in nahezu allen Engagementbereichen, wenn auch in geringerem Maße und mit anderen Formen und Schwerpunkten. Der Bereich Freiwillige Feuerwehr/Rettungswesen ist für das Engagement von Migrantinnen und Migranten dabei bislang nur von sehr geringer Bedeutung.

Die Ergebnisse der Freiwilligensurveys aber auch die Befragungen des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung in Nordrhein-Westfalen zeigen, dass sich die Aktivitäts- und Engagementquoten von Personen mit und ohne Migrationshintergrund deutlich voneinander unterscheiden. Besonders ausgeprägt sind die Unterschiede beim Übergang von der öffentlichen Aktivität zum freiwilligen Engagement im Sinne einer Übernahme von Aufgaben, Arbeiten oder Funktionen. Positiv beeinflusst wird das Engagement vor allem von der Aufenthaltsdauer, der Qualität des Schulabschlusses und der Höhe des Einkommens.

Weiterführende statistische Analysen auf der Grundlage von Daten des Freiwilligensurveys zeigen, dass die geringere gesellschaftliche Beteiligung von Personen

mit Migrationshintergrund nicht allein durch soziostrukturelle Merkmale wie Aufenthaltsdauer, Alter, Geschlecht, Konfessionszugehörigkeit, Bildungsniveau, Familiensituation, Haushaltseinkommen, Tätigkeitsstatus oder Wohnumfeld erklärt werden kann, sondern zum Teil auch mit herkunftslandgeprägten kulturellen Orientierungen zusammenhängen dürfte.

International vergleichende Studien zeigen, dass dem zivilgesellschaftlichen Engagement in vielen Herkunftsländern der Migrantinnen und Migranten eine deutlich geringere Rolle als in Deutschland zukommt. Von Bedeutung könnten auch mangelnde Sprachkenntnisse und Diskriminierungserfahrungen sein, die aber im Rahmen des Freiwilligensurveys nicht erhoben werden.

Die Studien zum freiwilligen Engagement zeigen zudem, dass es ein hohes, bei weitem nicht ausgeschöpftes Engagementpotenzial bei Migrantinnen und Migranten gibt. Die Bereitschaft zum freiwilligen Engagement finden sich in allen Bevölkerungsgruppen, vor allem aber unter jüngeren Migrantinnen und Migranten in der Altersgruppe der 30- bis 44-Jährigen sowie bei Personen mit besserer Bildung und höherem Einkommen. Ein weiterer Ansatz wird in der Schaffung von Gelegenheitsstrukturen gesehen, um bereits Beteiligte zur Übernahme von Aufgaben und Funktionen zu motivieren.

Der Stand der Forschung zum freiwilligen Engagement von Personen mit Migrationshintergrund wird allerdings in der Wissenschaft überwiegend als unbefriedigend bewertet, da die vorhandenen Instrumentarien das Engagement von Migrantinnen und Migranten nicht angemessen abbilden können. Vorliegende Berichte verweisen zudem auf einen Mangel an vergleichenden Studien zu Strukturen, Motivation, Potenzialen, Zugangswegen und Netzwerken von Migrantinnen und Migranten aus verschiedenen Communities sowie auf Forschungslücken beim informellen, nicht in Vereinen kanalisierten Engagement von Migrantinnen und Migranten im Kreise von Verwandten, Freunden, Bekannten oder Nachbarn.

Strukturen und Perspektiven der Hilfsorganisationen

In Berlin wurden im Frühjahr 2012 insgesamt 30 Personen in Hilfsorganisationen (Landesverband Berliner Rotes Kreuz, Malteser Hilfsdienst, Freiwillige Feuerwehr Berlin, Bundesanstalt Technisches Hilfswerk) interviewt. Die Gespräche wurden vor allem mit Führungskräften in den Berliner Landesverbänden sowie mit Ortsbeauftragten,

Einsatzkoordinatoren oder Wehrleitern einzelner Gliederungen oder Kreisverbände geführt. Diese wurden durch zwei Gespräche mit Verantwortlichen auf Bundesebene ergänzt.

Die wesentlichen Ergebnisse dieser Gespräche können wie folgt zusammengefasst werden:

Geringer Anteil von Migrantinnen und Migranten in den Hilfsorganisationen: Menschen mit Migrationshintergrund sind in den Hilfsorganisationen, insbesondere in den Bereitschaften und den Feuerwehren, bislang stark unterrepräsentiert. Zuverlässige Zahlen liegen zwar bislang nicht vor, aber der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund bei der Feuerwehr und den Rettungsdiensten wird in Berlin nur auf zwei bis vier Prozent geschätzt. Er liegt damit weit unter dem Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung (2011: 24 Prozent).

Stärkere Beteiligung von Migrantinnen und Migranten als Zukunftsaufgabe: Das Thema Erschließung von neuen Freiwilligengruppen insbesondere von Menschen mit Migrationshintergrund für das Ehrenamt wird von allen Hilfsorganisationen bearbeitet und dort zumeist als eine wichtige Herausforderung angesehen, um auch in Zukunft eine ausreichende Anzahl von Freiwilligen für das Ehrenamt in Hilfsorganisationen gewinnen zu können.

Die Bereitschaft zur interkulturellen Öffnung und zur Gewinnung von Migrantinnen und Migranten unterscheidet sich zudem zwischen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Kräften: Gerade ehrenamtliche Kräfte erleben die Anforderung nach Veränderung eher als Belastung und Zumutung und nicht als Gewinn und Bereicherung. Dort, wo die Notwendigkeit einer Öffnung gegenüber Migrantinnen und Migranten grundsätzlich gesehen wird, mangelt es bislang noch an einer entsprechenden Unterstützung durch den Landesverband und die hauptamtlichen Kräfte bei der Entwicklung und Umsetzung erfolgversprechender Strategien zur interkulturellen Öffnung.

Interkulturelle Öffnung der Hilfsorganisationen: Maßnahmen zur Gewinnung von Menschen mit Migrationshintergrund werden nur dann als erfolgversprechend angesehen, wenn sie mit einem Konzept und einer Strategie der (interkulturellen) Öffnung der Hilfsorganisationen einhergehen.

Die Gespräche zeigen, dass es auf lokaler Ebene zum Teil noch massive Vorbehalte und Widerstände gegenüber einer verstärkten Aufnahme von Migrantinnen und Migranten gibt, die es zunächst zu überwinden gilt. Als Gründe wurden vor allem das ausgeprägte Gemeinschaftsgefühl, der starke Korpsgeist und die quasi militärische Organisation der Bereitschaften angeführt. Eine Rolle spielen in einigen Gliederungen aber auch Alltagsrassismen und eher geringe Kontakte zu Menschen mit Migrationshintergrund. Eine erfolgversprechende Strategie



Sarah Geißler vor Veranstaltungsteilnehmern

gie muss daher die Barrieren und Widerstände in der eigenen Organisation aufbrechen, aktiv für eine interkulturelle Öffnung werben und entsprechende Prozesse gezielt unterstützen.

Kommunikationsstrategien zur Ansprache und Gewinnung von Migrantinnen und Migranten: In keiner der Hilfsorganisationen ist bislang eine über die interkulturelle Öffnung hinausgehende überzeugende und nachhaltige Strategie zu erkennen, diese Bevölkerungsgruppe für ein ehrenamtliches Engagement in den Hilfsorganisationen zu gewinnen. Es gibt keine klare Kommunikationsstrategie zur Ansprache von Migrantinnen und Migranten, keine nennenswerten Ansätze einer Kooperation mit Migrantenselbstorganisationen und wenige Erfahrungen mit Lotsen- und Mentorenmodellen. Flyer, Informationsmaterialien oder Webauftritte sind nur selten so gestaltet, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund von ihnen angesprochen fühlen dürften.

Stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund: Die möglichst frühe Ansprache und Einbindung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund dürfte langfristig die erfolgversprechendste Strategie zur interkulturellen Öffnung der Hilfsorganisationen sein. In diesem Zusammenhang kommt den Jugendorganisationen der Hilfsorganisationen eine besondere Bedeutung zu. Wenn Kinder in jungem Alter angesprochen werden, dann steigt die Chance, dass sie sich später angesichts der Vielfalt konkurrierender Freizeitangebote in Großstädten wie Berlin für ein Engagement in Hilfsorganisationen entscheiden. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch eine möglichst

frühe Einbeziehung der Eltern, um diese für eine Unterstützung des Engagements ihrer Kinder zu gewinnen.

Zielgruppenorientierte und sozialraumbezogene Strategien: Erfolgversprechend sind Angebote im Rahmen der Migrations- und Jugendsozialarbeit, die an den konkreten Bedarf und die Problemlagen von Menschen mit Migrationshintergrund in ihrem konkreten Lebensumfeld anknüpfen. In diesem Zusammenhang können auch Kooperationen mit Schulen, Nachbarschaftszentren und Migrantenselbstorganisationen geeignete Strategien sein, um Menschen mit Migrationshintergrund für ein Engagement in den Hilfsorganisationen zu gewinnen.

Eine Kooperation der Hilfsorganisationen mit Migrantenselbstorganisationen erscheint unverzichtbar, dürfte aber nur dann erfolgversprechend sein, wenn sie auf Augenhöhe erfolgt, von beiden Seiten als gewinnbringend erfahren wird und langfristig ausgerichtet ist.

Erfahrungen und Perspektiven von Personen mit Migrationsgeschichte

In einem zweiten Schritt wurden Gespräche mit 15 Personen geführt, die über einen Migrationshintergrund verfügen. Es handelt sich vor allem um Gesprächspartner/innen, die in verschiedenen Funktionen und Einrichtungen/Organisationen mit dem Thema freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten befasst sind – von der Verwaltung (Integrationsbeauftragte eines Berliner Bezirks) über Dienstleister im Bereich der beruflichen Qualifizierung (Bildungswerk Kreuzberg), Modelleinrichtungen des Landes (Kompetenz-Zentrum interkulturelle Öffnung der Altenhilfe), Stiftungen (Friedrich-Ebert-Stif-

tung) und Vereinen (Reistrommel) bis hin zu Migrantenselbstorganisationen (Türkischer Bund Berlin-Brandenburg, Südost Europa Kultur, Polnischer Schulverein OŠWIATA in Berlin).

Die von uns befragten Expertinnen und Experten mit Migrationshintergrund verfügen über sehr vielfältige Erfahrungen, die von einzelnen Handlungsfeldern (Altenhilfe, Sprache und Bildung, berufliche Bildung, Förderung des freiwilligen Engagements) bis zu den relativ weit gefächerten Tätigkeitsfeldern von Migrantenselbstorganisationen (Beratung, Bildung, Kultur, Begegnung, politische Partizipation) reichen.

Über unsere Gesprächspartner konnten zudem Erfahrungen und Perspektiven insbesondere von Migrantinnen und Migranten arabischer, polnischer, russischer, südosteuropäischer, türkischer und vietnamesischer Herkunft in die Diskussion eingebracht werden. Ein Gespräch mit einem Vertreter der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB) ermöglichte zudem Einblicke in die Sichtweise eines türkisch-muslimischen Dachverbandes.

In einigen Fällen wurden auch Gespräche zu den Erfahrungen und Motivationen von Migrantinnen und Migranten geführt, die bereits bei der Freiwilligen Feuerwehr Berlin und dem Technischen Hilfswerk (THW) aktiv sind. Das Ergebnis: Migrantinnen und Migranten zeigen eine hohe Bereitschaft, sich in vielfältiger Weise zu engagieren.

Die Schwerpunkte des Engagements liegen allerdings im eigenen Lebensumfeld: in der Familie, der Nachbarschaft, im Quartier oder der eigenen ethnischen/religiösen Gemeinschaft. Das freiwillige Engagement ist dabei abhängig von Alter, Geschlecht, Bildung und ökonomischer Situation. Barrieren für freiwilliges Engagement in deutschen Hilfsorganisationen resultieren zumeist aus Informationsdefiziten, Vorbehalten und dem Eindruck fehlender interkultureller Offenheit. Die Gründe dafür sind vielfältig:

Geringe Kenntnisse über Hilfsorganisationen

Viele Migrantinnen und Migranten haben nur geringe Kenntnisse über Angebote und Möglichkeiten der Hilfsorganisationen. Diese Art von Engagement gibt es in den meisten Herkunftsländern nicht. Die deutschen Hilfsorganisationen werden häufig als staatliche oder staatsnahe Einrichtungen angesehen, in denen hauptamtliche Mitarbeiter tätig sind.

Ein Zusammenhang zu freiwilligem Engagement wird selten hergestellt. Organisationen wie die Feuerwehr genießen zudem in einigen Herkunftsländern (z. B. in der Türkei) kein besonderes Ansehen. Die Arbeit wird mit einer niederen Dienstleistung gleichgesetzt. Wenn Kenntnisse über deutsche Hilfsorganisationen bestehen, resultieren diese oft aus der Arbeit der Katastrophenhilfe, die z. B. bei Naturkatastrophen in den Herkunftsländern beobachtet wird, oder aus Erfahrungen mit Flüchtlingsorganisationen wie dem Deutschen Roten Kreuz.

Mangelnde Offenheit von Hilfsorganisationen und fehlende Beteiligungsmöglichkeiten

Institutionen der Mehrheitsgesellschaft wie die öffentliche Verwaltung und auch die Hilfsorganisationen werden von vielen Migrantinnen und Migranten in ihren Strukturen noch als zu verschlossen wahrgenommen. Diese können sich nicht vorstellen, im öffentlichen Dienst oder in Hilfsorganisationen gebraucht zu werden oder gar gewollt zu sein.

Strukturveränderungen in den Hilfsorganisationen, Partizipationsmöglichkeiten sowie eine Anerkennung und Wertschätzung von Vielfalt sind zur Steigerung der Engagementbereitschaft von Migrantinnen und Migranten entscheidend.

Migrantinnen und Migranten wünschen sich eine Kultur der Anerkennung und der Wertschätzung von Vielfalt.

Wenn es um die Gewinnung von Migrantinnen und Migranten geht, ist die Art und Weise der Kommunikation ausschlaggebend. Mit einer altersgerechten, persönlichen und ehrlichen Ansprache ist ein Erfolg am wahrscheinlichsten. Migrantinnen und Migranten erwarten zudem Anerkennung und Respekt für ihr freiwilliges Engagement. Die Kompetenzen, die sie mitbringen, müssen wertgeschätzt werden und sie müssen gezielt auf diese angesprochen werden. Damit ihr Potenzial optimal eingesetzt werden kann, benötigen sie ein konkretes Bild von den Hilfsorganisationen und deren Arbeit.

Bildungsangebote erhöhen die Engagementbereitschaft

Weiterbildungsmöglichkeiten in den Organisationen können dazu beitragen, Migrantinnen und Migranten für eine Mitwirkung zu gewinnen. Sie sind allerdings nur förderlich, wenn die Qualifikationen sich in die persönliche Lebensplanung der Zielgruppe einbinden lassen. Angebote, die Migrantinnen und Migranten helfen, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen (z. B. spezifische Fachkompetenzen), sind besonders attraktiv.

Migrantenorganisationen als Brückenbauer

Migrantenselbstorganisationen kommt bei der Förderung des freiwilligen Engagements von Migrantinnen

und Migranten eine wichtige Rolle zu. Menschen, die sich engagieren wollen, bewegen sich zumeist in Organisationen und sozialen Netzwerken, die ihnen vertraut sind. Diese können als Brückenbauer auf dem Weg zu einem ehrenamtlichen Engagement wirken, über Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements informieren und Interessierte an Hilfsorganisationen weitervermitteln. Eine konstruktive Zusammenarbeit von Migranten- und Hilfsorganisationen scheitert allerdings oft an der mangelnden Gleichberechtigung. Die Beziehung wird von Migrantenorganisationen häufig als ein Über-/Unterordnungsverhältnis wahrgenommen, das eine Kooperation auf Augenhöhe verhindert.

Fazit

Dem freiwilligen Engagement von Bürgerinnen und Bürgern mit oder ohne Migrationsgeschichte kommt eine zentrale Bedeutung für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben zu. Keine der großen gesellschaftlichen Herausforderungen (demografischer Wandel, Reform des Bildungswesens, Integration von Migrantinnen und Migranten, Reform des Sozialstaates, Vitalisierung der Demokratie) kann ohne die aktive Beteiligung und das freiwillige Engagement aller Bürgerinnen und Bürger erfolgreich bewältigt werden.

Angesichts der zu erwartenden stark wachsenden Nachfrage in vielen Engagementbereichen (Kinder und Jugendliche, Sozial-, Gesundheits- und Pflegebereich) bedarf es einer stärkeren Förderung des freiwilligen Engagements insbesondere auch von Migrantinnen und Migranten durch eine Kultur der Anerkennung und Wertschätzung, eine interkulturelle Öffnung von Angeboten, Leistungen und Organisationen sowie einer stärkeren Einbeziehung von Migrantenselbstorganisationen.

Der Katastrophenschutz in Deutschland wäre ohne das freiwillige Engagement der Bürgerinnen und Bürger nicht funktionsfähig. In einer zunehmend pluralen Gesellschaft werden die Hilfsorganisationen ihre Aufgaben nur dann angemessen wahrnehmen können, wenn sie in ihrer Zusammensetzung die sich zunehmend verändernde Bevölkerung widerspiegeln.

Um die Funktionsfähigkeit der Hilfsorganisationen auch in Zukunft zu sichern, bedarf es daher einer Ausweitung und Erschließung des Engagementpotenzials in bislang eher vernachlässigten oder noch zu wenig erreichten Bevölkerungsgruppen (insbesondere Personen mit geringer und mittlerer Bildung, Arbeitslose und Menschen mit geringerem Einkommen, Personen mit Migrationshintergrund). Zu den Instrumenten gehören vor allem ein anerkennender und wertschätzender Umgang mit Vielfalt (Diversity Management), eine interkulturelle Öffnung der Organisationen sowie eine überzeugende Kommunikationsstrategie, die deutlich macht, dass Vielfalt wirklich erwünscht ist.



Zwei Expertinnen im Gespräch

Lotsenmodelle, die im Rahmen des Projekts PROTECT für den Bereich des Katastrophenschutzes erprobt werden sollen, haben sich in den letzten Jahren als erfolgreiches Instrument erwiesen, um Migrantinnen und Migranten bei der Wahrnehmung von Bildungsangeboten zu unterstützen bzw. zu diesen Angeboten hinzuführen. Qualifizierte Lotsen können in den verschiedenen Zuwanderer-Communities für ein ehrenamtliches Engagement werben und Migrantinnen und Migranten motivieren, Lern- und Teilnahmeangebote der Hilfsorganisationen zu nutzen.

Als Brückenbauer können sie zudem eine Öffnung der Hilfsorganisationen und eine Wahrnehmung der Potenziale von Menschen mit Migrationsgeschichte befördern. Studien zeigen allerdings, dass der Erfolg von Lotsenmodellen von einer Reihe von Faktoren abhängig ist, die von einer adäquaten Ressourcenausstattung (Geld, Raum und Personal) über vielfältige Angebote und Anreize für die Lotsen (Maßnahmen zur Qualifizierung, Angebote zum Erfahrungsaustausch, Anerkennung, Auslagenerstattung und Vergütung) bis zur institutionellen Anbindung und Vernetzung reichen. Guter Wille allein führt selten zum gewünschten Erfolg.

Formate des Helfens/Helfergewinnung

Ehrenamtliches Engagement im Bevölkerungsschutz

Der seit Jahren prognostizierte und voranschreitende demografische Wandel wird neben anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens auch nicht vor dem zum Großteil auf ehrenamtlichem Engagement beruhenden System des Bevölkerungsschutzes haltmachen. Aber nicht nur die demografische Entwicklung gilt es zu berücksichtigen. Die erhöhte Mobilität aller Arbeitnehmer, die stärkere Einbindung junger Menschen in das Berufsleben, die im Zuge der Wehrreform ausgesetzte Wehrpflicht und nicht zuletzt der in allen Bereichen angesetzte Rotstift werden bei den im Bevölkerungsschutz tätigen Hilfsorganisationen und freiwilligen Feuerwehren die Notwendigkeit herbeiführen, neue Strategien und Helfergewinnungskonzepte zu entwickeln.

Dem Prozesswandel steht eine sich verändernde Landschaft zunehmender Naturereignisse und komplexer werdender Schadenlagen gegenüber (vgl. Lange et al. 2012). Eine quantitative Aussage über Ressourcen des Bevölkerungsschutzes ist derzeit nicht möglich. Schätzungen des Bundesministeriums des Innern (BMI) gehen von über 1,7 Millionen ehrenamtlichen Helfern in den Hilfsorganisationen und den Feuerwehren aus (vgl. BMI). Dieser Angabe ist mit Skepsis zu begegnen. Zum einen bedarf es einer Bestandsaufnahme der Quantität der einsatzfähigen Helfer im Bevölkerungsschutz, wobei es gilt, Mitgliedschaften in mehreren Hilfsorganisationen zu berücksichtigen. Zum anderen muss analysiert werden, wie viele Helfer für die künftige Aufgabenbewältigung notwendig sind (vgl. Endreß/Eitner 2011).

Forschung zum ehrenamtlichen Engagement

Die Universität Witten/Herdecke hat zur Frage der Helfergewinnung eine Umfrage durchführen lassen, die Aufschluss darüber geben sollte, warum ehrenamtliche Tätigkeiten ausgeführt werden, welche Gründe es gibt, nicht ehrenamtlich tätig zu sein, und was Anreizstrukturen sein könnten, um Ehrenamtliche für eine Organisation zu gewinnen.

Dr. Christian Endreß, Politikwissenschaftler, beschäftigt sich seit vielen Jahren mit dem Politikfeld Innere Sicherheit. Er war nach diversen Tätigkeiten für staatliche und nicht-staatliche Institutionen von 2009 bis 2012 am Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Sicherheitsforschung und Sicherheitsmanagement der Universität Witten/Herdecke als wissenschaftlicher Mitarbeiter beschäftigt. Seit Oktober 2012 arbeitet Endreß für die Unternehmensgruppe Tengemann in Mülheim an der Ruhr.

Die Datengrundlage wird auf Basis der Untersuchung „Ehrenamtliches Engagement im Zivil- und Katastrophenschutz“ gebildet. Mit der Erhebung beauftragt wurde die forsa – Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH in Berlin. Die Untersuchung erfolgte im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekts „Prioritätenbildung bei Rettungsmaßnahmen“ (PRI-KATS). Insgesamt kamen 1.001 deutschsprachige Personen zu Wort, die vor dem 1. Januar 1997 geboren sind und zur Zeit der Befragung in Privathaushalten lebten.

Untersuchungszeitraum war der 6. und 7. Dezember 2011. Ausgewählt wurden die Umfrageteilnehmer mittels einer dreistufigen, disproportionalen Zufallsauswahl in West- und Ostdeutschland. Die Vorgehensweise folgte dem ADM-Telefon-Mastersamples (Arbeitsgemeinschaft deutscher Marktforschungsinstitute). Die Datenerhebung erfolgte durch eine computergestützte telefonische Befragung mit strukturiertem Frageprogramm (Computer Assisted Telephone Interview). Zum Großteil konnten Mehrfachantworten gegeben werden.

Aufgrund einer Überrepräsentation verschiedener Bevölkerungsgruppen (Bundesländer, Alter, Geschlecht) wurden alle folgenden Berechnungen unter Zuhilfenahme einer Gewichtungvariable berechnet. Damit ist eine eventuelle Verzerrung durch ein Oversampling von Untersuchungs-



Dr. Christian Endreß, Politikwissenschaftler

einheiten etwa aus den neuen Bundesländern nivelliert. Auch sind gesamtdeutsche Auswertungen von Personenmerkmalen ohne Ost-West-Trennung möglich.

Gründe für ehrenamtliches Engagement

Ein besonderes Augenmerk der vorliegenden Untersuchung liegt auf den soziodemografischen Strukturen wie Alter, Geschlecht und Bildungsstand. Ferner sind die Variablen Haushaltsnettoeinkommen, Migrationsstatus und die Ortsgröße in die Analyse eingeflossen. Sind die „jungen Alten“ – also die Bevölkerungsgruppe, die unterschiedlich definiert wird – unterrepräsentiert? Verlieren Jugendliche den Spaß am Ehrenamt?

Bei der Befragung geben 56 Prozent an, sich ehrenamtlich zu engagieren. Davon sind vier Prozent im Bevölkerungsschutz tätig. Aber was bewegt einen Bürger zu einem ehrenamtlichen Engagement, das in Zeiten der Wirtschaftskrise weder den eigenen Arbeitsplatz sichert noch das gebeutelte Portemonnaie füllt?

Für insgesamt 80 Prozent der Befragten, die ehrenamtlich aktiv sind, ist es wichtig, an einer sinnvollen Sache mitzuarbeiten. Dem Begriff der Sinnhaftigkeit eine individuelle Bedeutung zuzuschreiben, wurde den Befragten offen gelassen.

82 Prozent erklären zudem, dass ihnen die Arbeit Spaß mache. Erstaunlich ist, dass der Spaßfaktor rapide

mit Anstieg des Alters abnimmt: Wo noch 92,6 Prozent der 14- bis 18-Jährigen angeben, Spaß am Ehrenamt zu haben, sind es bei den 19- bis 29-Jährigen nur noch 82,9 Prozent und bei den ältesten Teilnehmern gerade noch zwei Drittel. Das kann im Spiegel der „Spaßgesellschaft“ diskutiert werden.

Vielleicht handelt es sich dabei aber auch nur um unterschiedliche Vorstellungen von Spaß. Während für die einen das Ehrenamt nicht nur Berufung, sondern schon fast Beruf ist, sind die anderen eventuell über die Motivation „Spaß“ zum Ehrenamt gekommen. Dafür spricht auch der Strukturwandel in der Freiwilligenarbeit. Der „Spaßverlust“ kann auch in Relation zur Ortsgröße gesehen werden. Es wird ersichtlich, dass, je kleiner eine Ortschaft ist, desto häufiger Spaß als Grund für eine ehrenamtliche Beschäftigung genannt wird.

Altersübergreifend geben etwa zwei Drittel an, aktiv zu sein, um mit anderen Menschen zusammenzukommen. Materielle Anreize, berufliche Vorteile oder der Erwerb von wichtigen Qualifikationen werden auch in geringem Umfang als Grund für ehrenamtliches Engagement angeführt. Allerdings ist in der Nennung dieser Gründe kein soziodemografisches Muster zu erkennen.

Gründe gegen ein ehrenamtliches Engagement

Ein großer Teil der Untersuchung befasst sich mit Gründen, die von einem ehrenamtlichen Engagement abhalten. Die Relevanz ergibt sich zum einen daraus, dass fast die Hälfte der Befragten kein Ehrenamt ausübt und zum anderen daraus, dass viele Hilfsorganisationen und Freiwillige Feuerwehren kontinuierlich und seit Jahren einen Helferschwind und -mangel proklamieren und prognostizieren.

In der Erhebung geben 71 Prozent der Befragten an, dass ihnen die Zeit für ein Ehrenamt fehlt. Insbesondere bei Selbständigen und jungen Angestellten mit hohem Bildungsstand ist Zeit eine knappe Ressource. Zudem waren elf Prozent schon ehrenamtlich tätig, haben ihre Engagement jedoch aus verschiedenen Gründen wie einem Wohnortwechsel eingestellt. Dazu zählen vor allem junge Menschen, die nach der schulischen, beruflichen oder universitären Ausbildung flexibel und mobil sein müssen.

Dass so viele der Befragten nicht ehrenamtlich tätig sind, begründen viele mit einer mangelnden Informationskommunikation über den Bevölkerungsschutz und die Organisationen (zehn Prozent). Außerdem deckt sich das Angebot oftmals offenbar nicht mit den Interessen (neun Prozent) der Befragten. Auch der bürokratische Aufwand wird oft als Grund genannt. Des Weiteren geben 20 Prozent der Befragten ohne Haupt- bzw. Volksschulabschluss an, keinen Sinn in der Ausübung eines Ehrenamtes zu sehen.



Veranstaltungsteilnehmer im Gespräch

Allerdings fehlen den Menschen offensichtlich Informationen über potenzielle Mitwirkungsformate. Beispielsweise haben in der Gruppe der 19- bis 29-Jährigen 25,5 Prozent angegeben, dass ein Informationsmangel besteht. Hier müssen die Organisationen des Bevölkerungsschutzes ein tragfähiges, auf die Altersgruppen und Bedürfnisse abgestimmtes Konzept entwickeln.

Die Studie richtet ihr Augenmerk auch auf die Bürger, die in der Vergangenheit ehrenamtlich tätig waren, ihr Engagement aber inzwischen eingestellt haben. Wie zu erwarten, gibt fast ein Drittel (32 Prozent) dieser Personengruppe mangelnde Zeit als Grund an. Für zehn Prozent der Befragten war das Fehlen von Anerkennung ein Faktor, das ehrenamtliche Engagement einzustellen. Ein weiterer wichtiger Grund war der Umzug in eine andere Stadt (acht Prozent) und somit der Bezugsverlust zu der „heimischen“ Ortsgruppe. Hier sind es insbesondere die 19- bis 29-Jährigen, die beruflich oder zu Studienzwecken ihre Stadt verlassen und ihr ehrenamtliches Engagement abbrechen (35,4 Prozent). Je nach Alter ist der Gesundheitsfaktor (sechs Prozent in toto) nicht zu unterschätzen.

Und selbst wenn die Gesundheit einem Ehrenamt nicht im Wege steht, hört ein nicht geringer Teil altersbedingt (fünf Prozent) auf.

Die „jungen Alten“ engagieren sich hauptsächlich in Sportvereinen, im Kulturbereich oder auch in lokalen Bürgervereinigungen – aber nur 2,9 Prozent sind im Bevölkerungsschutz tätig. Welche Gründe sind hier ausschlaggebend? Der Hauptaspekt ist wie zu erwarten der Zeitmangel (58,7 Prozent). Gesundheitliche Gründe sind eher untergeordneter Natur (11,7 Prozent). Mit Bindungssängsten (10,2 Prozent) tritt ein neuer, noch nicht beachteter Grund auf. Scheinbar hat ein Teil der „jungen Alten“ Angst, durch ein Ehrenamt eine Verbindung mit der Organisation einzugehen, die bedrückt und einengt. Zusätzlich haben 13,4 Prozent der ehemals Aktiven aufgrund fehlender Anerkennung ihr Ehrenamt aufgegeben.

Ein weiterer in der Studie behandelter Aspekt ist das Helferpotenzial unter den interessierten Bürgern für die verschiedenen Organisationen des Bevölkerungsschutzes.

Hier gibt es sowohl für das DRK als auch für die Freiwilligen Feuerwehren gute Nachrichten: Mehr als die Hälfte

der 14- bis 18-Jährigen kann sich vorstellen, bei einer der beiden Organisationen mitzuhelfen. 38 Prozent der Befragten – mehrheitlich Männer – signalisierten Interesse, beim THW einzusteigen. Damit rangiert das THW an der Spitze. 48 Prozent der befragten Frauen können sich eine Mitarbeit beim DRK vorstellen. Von denjenigen Umfrageteilnehmern mit Fach- beziehungsweise Hochschulreife nehmen über 40 Prozent das THW als interessante Option wahr. Ein Drittel der Befragten mit Fach- beziehungsweise Hochschulreife kann sich allerdings bei keiner der genannten Organisation eine ehrenamtliche Tätigkeit vorstellen.

Aber das dennoch vorhandene Potenzial insbesondere bei den 14- bis 18-Jährigen und bei den „jungen Alten“ – denn auch diese geben zu fast 40 Prozent an, sich ein Ehrenamt beim DRK vorstellen zu können – darf nicht nur auf dem Papier bestehen bleiben; es muss genutzt werden.

Künftige Gewinnung von Ehrenamtlichen

Aber was muss eine Organisation bieten, um neue Helferinnen und Helfer zu gewinnen? In der Befragung steht die ideelle Motivation (46 Prozent) an oberster Stelle. Soziale Anreize (32 Prozent) spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. Fast ein Viertel der Befragten nannte zudem nicht-materielle Anreize und mehr Informationen über ein mögliches Engagement als Ansatzpunkte. Insbesondere die Gruppe der 19- bis 29-Jährigen (58,5 Prozent) ist an nicht-materiellen Anreizen wie berufsrelevanten Fortbildungen interessiert. Für knapp ein Drittel der Befragten mit Migrationshintergrund ist der soziale Aspekt – etwa die Erweiterung des Bekanntenkreises – wichtig.

Ein bevorzugter Zugang zu öffentlichen Angeboten durch ehrenamtliche Tätigkeit wäre für elf Prozent ein guter Anreiz. Das darf nicht unterschätzt werden, zumal gerade die jungen Befragten vermehrt diese Antwort gaben. Bei den 14- bis 18-Jährigen waren es 38,3 Prozent, bei den 19- bis 29-Jährigen 27,8 Prozent. Rein materielle Anreize waren für etwa elf Prozent der Befragten ausschlaggebend.

Ein weiterer Erkenntnisgewinn der Studie ist, dass lediglich 45 Prozent der Befragten im Falle einer Katastrophe grundsätzlich zur Hilfe bereit sind. Für fast ein Fünftel kommt eine Mithilfe nicht in Frage. Diese Haltung ist umso wahrscheinlicher, je älter die befragten Personen sind (Pearson-R 0,278***). Eine Erklärung für dieses hoch signifikante Ergebnis kann mit altersbedingten Erkrankungen und Schwächen in Verbindung gebracht werden. Diesen Schluss lassen die Daten allerdings nicht

zu. In Bezug auf das Nettoeinkommen zeigt sich, dass die Bereitschaft zur spontanen Mithilfe umso größer ist, je kleiner es ist. (Pearson-R 0,233***)

Unter Umständen zur Hilfe bereit sind 34 Prozent der Befragten – dominierende „Umstände“ sind dabei das Vorliegen einer Notsituation (26 Prozent) sowie die Betroffenheit des unmittelbaren Umfelds (17 Prozent).

Ein letzter Gedanke

Ein wichtiger Punkt ist, dass die 14- bis 18-Jährigen schon heute aktiv sind – anteilmäßig bilden sie die Spitze der Helfer im Zivil- und Bevölkerungsschutz. Ziel muss also sein, nicht nur neue Helfer zu werben, sondern auch bei den bestehenden Ehrenamtlichen einen Abbruch zu verhindern bzw. die Helfer langfristig an die Organisationen zu binden. Außerdem müssen die „jungen Alten“ aktiv nach ihrem Austritt aus dem Berufsleben umworben werden. Mögliche Anreize sind in dieser Altersgruppe derzeit neben der ideellen Motivation (44,3 Prozent) auch soziale Anreize wie ein neuer Bekanntenkreis (29,2 Prozent). Die gängigen Formate der Hilfsorganisationen (z. B. unflexible Dienstzeiten usw.) sind kritisch zu überdenken. Ein letzter Punkt ist die Durchbrechung der Spaßverlust-Spirale am Ehrenamt. Dafür gilt es zuerst den Spaßbegriff und die Motivation in den verschiedenen Altersgruppen zu untersuchen. Das Potenzial ist demnach vorhanden – aber es muss genutzt werden.

Formate des Helfens/Helfergewinnung

Neue Ansätze zur Stärkung des Ehrenamts im Bevölkerungsschutz

Das Forschungsprojekt INKA: Professionelle Integration freiwilliger Helfer in das Krisenmanagement und den Katastrophenschutz

Das deutsche System des Bevölkerungsschutzes lebt vom ehrenamtlichen Engagement. Dieses Engagement ist unverzichtbar für das Hilfeleistungssystem, allerdings wird es sich aufgrund demografischer Veränderungsprozesse, der Aussetzung der Wehrpflicht aber auch aufgrund steigender Mobilitätsanforderungen an Arbeitnehmer verändern.

Der Bedarf an neuen Konzepten für die Gestaltung des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz wird immer deutlicher und es ist absehbar, dass dieser Bedarf zukünftig steigen wird. Deshalb ist es nun an der Zeit, ganz konkret zu handeln.

Freiwilligkeit ist ein Grundsatz der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung. Und das Ehrenamt ist im Deutschen Roten Kreuz für fast alle Bereiche relevant. So ist es selbstverständlich, dass das DRK beschlossen hat, sich an der Entwicklung neuer Lösungen zu beteiligen.

Das betrifft zum einen die Öffnung der eigenen Organisation für neue Ideen, darüber hinaus allerdings auch die Anregung zur gesamtgesellschaftlichen Debatte. Denn es ist eine gemeinsame Aufgabe von Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, sich dieser Verantwortung bewusst und vor allem dieser auch gerecht zu werden, indem für bereits aktive aber auch für potenzielle Ehrenamtliche neue Rahmenbedingungen geschaffen werden, die das Ehrenamt reizvoll machen und eine ausreichende Anerkennung dieses Engagements ermöglichen.

Das Ehrenamt muss gestärkt werden, um die Funktionsfähigkeit des deutschen Bevölkerungsschutzes aufrechterhalten zu können. Die zahlreichen Herausforderungen wie der gesellschaftliche und demografische Wandel, denen das Ehrenamt gegenübersteht, sind bekannt. Allerdings ist es auch wichtig zu erwähnen, dass das Bedürfnis, sich ehrenamtlich zu engagieren, nach wie vor ungebrochen ist.

Tina Weber, M.A., leitet das Sachgebiet Sicherheitsforschung im Deutschen Roten Kreuz. In dieser Funktion ist sie für diverse nationale und europäische Forschungsprojekte wie auch das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt INKA verantwortlich. Dabei verfolgt die Politikwissenschaftlerin das Ziel, optimierte Konzepte für den Bevölkerungsschutz und das Ehrenamt zu entwickeln. Sie vertritt das DRK u. a. im wissenschaftlichen Programmausschuss des BMBF.

Das Leben in unserer heutigen modernen Gesellschaft ist von Flexibilität aber auch Selbstverwirklichung geprägt. Das traditionelle Ehrenamt im Bevölkerungsschutz erfordert jedoch in gewissem Maße eine Kontinuität im Engagement sowie die Bereitschaft, sich aus- und weiterzubilden. Diese beiden Aspekte gilt es in Einklang zu bringen, um für beide Seiten – für die Ehrenamtlichen und die Organisationen – eine gewinnbringende Ausgangssituation zu schaffen.

Wichtig dabei ist die Erkenntnis, dass das Bedürfnis, sich zu engagieren, nach wie vor ungebrochen ist. Allerdings bildet die Gesellschaft immer komplexere Strukturen aus und produziert somit Risiken, die Entscheidungen komplizierter und deren Folgen weniger vorhersehbar machen. Um die immer vielschichtigeren Herausforderungen im Bevölkerungsschutz bewältigen zu können, gilt es diese Risiken kalkulierbar zu machen.

Um die Kräfte im Ehrenamt halten und generieren zu können, wird es zukünftig unerlässlich sein, Strukturen an die neuen Anforderungen anzupassen. So müssen Angebote geschaffen werden, die das Ehrenamt durch interessante Einsatzmöglichkeiten und den Einsatz angemessener Aus- und Weiterbildungen attraktiv gestalten.

Zudem ist es notwendig, Grundlagen zu schaffen, um auch neue Bevölkerungsgruppen, die bis heute kaum im Zivil- und Katastrophenschutz aktiv sind, für diese Arbeit zu gewinnen. Besondere Potenziale bieten dabei sicher



Tina Weber,
Sachgebietsleiterin
beim DRK

Menschen mit Migrationshintergrund sowie die steigende Zahl an älteren Menschen in unserer Gesellschaft.

Die wesentliche Basis für die Attraktivität des Ehrenamtes ist jedoch vor allem die ausreichende Anerkennung der Leistungen der Ehrenamtlichen. Durch eine geringe Wertschätzung durch Gesellschaft oder Politik fehlt es an Anreizen, neue Ehrenamtliche zu gewinnen. Gleichzeitig zeigen Unternehmen aufgrund der fehlenden Würdigung ehrenamtlicher Arbeit immer weniger Bereitschaft, die Arbeitnehmer für das Ehrenamt freizustellen.

Das Deutsche Rote Kreuz möchte sich nun diesen neuen Anforderungen an das Ehrenamt stellen und sich intensiv damit auseinandersetzen.

Geschehen wird dies in Form eines vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projektes zum Thema „Integration freiwilliger Helfer in das Krisenmanagement und den Katastrophenschutz“, kurz INKA. Das Projekt wurde zum 1. Oktober 2012 unter der Förderlinie „Sicherheitsökonomie und Sicherheitsarchitektur“ als Teil der gesellschaftlichen Dimensionen der Sicherheitsforschung bewilligt. Die Laufzeit beträgt drei Jahre.

Ziel des Projektes ist es, ein an die Herausforderungen an das Ehrenamt angepasstes Konzept zur Integration von Freiwilligen zu entwickeln. Bei der Umsetzung des Projektes sollen zahlreiche unterschiedliche Aspekte beleuchtet werden, die bei der Gewinnung und Integration von Ehrenamtlichen eine Rolle spielen. Dazu gehören

Anreizstrukturen, Anerkennungsformen und neue Organisationsformate. Zudem hat sich das DRK vorgenommen, auch Unternehmen in das Projekt mit einzubeziehen, um auch hier Lösungsansätze zu entwickeln, wie das Ehrenamt ein wichtiger Bestandteil des alltäglichen Arbeitslebens werden kann.

Im Projekt werden drei wesentliche Untersuchungsbereiche adressiert: die Rahmenbedingungen und Motivation heute bereits aktiver und potenzieller Freiwilliger, die Strukturen und Prozesse der großen Rettungsorganisationen sowie die Personalentwicklung in Unternehmen. Auf diese Weise soll die Integration von freiwilligen Helfern in den Katastrophenschutz organisatorisch, institutionell und soziokulturell weiterentwickelt werden.

Dies beinhaltet die Erarbeitung neuer Erkenntnisse zur Kopplung bewährter Strukturen im Krisenmanagement mit den Selbsthilfekapazitäten der Gesellschaft, die Kompensation der zurückgehenden Bereitschaft für dauerhaftes und verbindliches gesellschaftliches Engagement sowie die Entwicklung und Umsetzung eines strukturierten Diskurses unter Aufnahme von Herausforderungen aus der Praxis des Katastrophenschutzes. Durch die Verknüpfung des freiwilligen Engagements mit der Berufswelt über die Instrumentarien des Personalmanagements und einer angepassten Konzeption für die Organisationen soll das freiwillige Engagement gesteigert werden. Dabei werden organisatorische Konzepte, Handlungsstrategien



BMI-Ministerialdirektor Seitz und Tina Weber vom DRK

und Optionen eines Ressourcenmanagements bei Großschadenslagen ebenso eine Rolle spielen wie die Verknüpfung der eigenen Erkenntnisse mit den Lösungen der Forschung und deren Aufarbeitung für die Reflexion mit den Zielgruppen. Die gesammelten Erkenntnisse werden schließlich in konkrete Gestaltungslösungen münden.

Für die Umsetzung des Projektes werden alle relevanten Stakeholder, für die das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz eine wesentliche Säule ihrer Arbeit darstellt, einbezogen. Neben dem DRK und der Berliner Feuerwehr sind alle großen Hilfsorganisationen und der Verband der Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen als assoziierte Partner am Projekt beteiligt. Über das Bundesnetzwerk für Bürgerschaftliches Engagement sind zahlreiche Experten aus der Praxis gebündelt. Mit den arbeits- und sozialwissenschaftlichen Themen des Projektes werden sich das Institut für Arbeitswissenschaft und Technologiemanagement der Universität Stuttgart, das Fraunhofer Institut für Arbeitswissenschaft und Organisation sowie das Institut für Psychologie der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald beschäftigen. Das Deutsche Rote Kreuz übernimmt als Konsortialführer die Projektleitung und -steuerung.

Dabei wird das DRK-Generalsekretariat für die bundespolitischen Diskurse verantwortlich sein. Darüber hinaus wird die Expertise der DRK-Kreis- und Landesverbände sowie der DRK-Gemeinschaften in das Projekt einfließen, um so auch die Zusammenarbeit mit operativen Organisationseinheiten gewährleisten zu können.

Wesentliche Untersuchungsfelder werden die Motivationslage der Freiwilligen, Einsatzszenarien sowie die damit im Zusammenhang stehenden Kompetenzanforderungen an die Helfer sein. Daneben werden die Organisationen und die Unternehmen als Zuleitungswege analysiert und Instrumente eines Ressourcenmanagements als Unterstützung definiert.

Am Ende des Projektes sollen eine integrierte Konzeption sowie jeweils ein Handbuch für Organisationen und Unternehmen stehen. Das Projekt wird durch zahlreiche Workshops begleitet, um so einen offenen Diskurs anzubieten.

Diese Workshops werden einen regelmäßigen Austausch mit Experten des ehrenamtlichen Engagements und den Organisationen über die Zwischenergebnisse des Projektes ermöglichen und so eine Plattform für die Überprüfung der Anwendbarkeit der entwickelten Kon-



Veranstaltungsteilnehmer im Gespräch

zepte bieten. Ein besonderer Aspekt des Projektes ist es, dass neben den betroffenen Organisationen auch Unternehmen in diese Workshops eingebunden werden, um eine größere Akzeptanz für die ehrenamtliche Arbeit von Arbeitnehmern zu erreichen. Dadurch sollen die Arbeitgeber sensibilisiert werden, das Engagement ihrer Mitarbeiter stärker anzuerkennen und diese eher im Katastrophenfall von der Arbeit freizustellen und zu entsenden.

Ziel sollte sein, das ehrenamtliche Engagement stärker in die Mitte der Gesellschaft zu rücken. Um die Unternehmen ausreichend einzubinden, wurde deshalb ein Unternehmenszirkel gegründet. Diese Unternehmen sind bereits zum Teil im Bereich der Corporate Social Responsibility aktiv. Mithilfe dieses Zirkels soll zunächst überprüft werden, ob und in welcher Form es möglich ist, die Unterstützung zivilen Engagements im Katastrophenschutz an die Elemente des Personalmanagements unter Berücksichtigung der betrieblichen Bedingungen anzukoppeln und gleichzeitig die unternehmenseigene Corporate Social Responsibility zu stärken.

Dem DRK kommt dabei die Rolle zu, auszuwerten, inwiefern im Bevölkerungsschutz erlernte Soft Skills bzw. Spezialausbildungen mit beruflichen Qualifikationen

gekoppelt werden können. Aus diesen Analysen sollen dann neue Handlungsoptionen für die Unternehmen entwickelt und die Möglichkeiten ihrer Umsetzung überprüft werden. Gemeinsam mit den Unternehmen wird schließlich ein Leitfaden zur Integration von freiwilligen Helfern in den Katastrophenschutz mit Hilfe von Instrumenten des Personalmanagements erarbeitet. Dabei fließen auch von den Hilfsorganisationen und der Feuerwehr identifizierte Möglichkeiten ein, wie sie als aufnehmende Organisation die Arbeitgeber bei der Entsendung von Freiwilligen unterstützen können. Am Ende des Projektes sollen die entwickelten Lösungen an die eigenen Strukturen der jeweiligen Organisationen und Unternehmen anpassbar und umsetzbar sein und als Gestaltungsempfehlung für andere Verbände und Arbeitgeber dienen.

In Kürze können Sie sich unter www.inka-sicherheitsforschung.de über die aktuellen Entwicklungen informieren.

Verwendete und weiterführende Literatur und Quellenangaben

Prof. Dr. Gerhard Naegele **Zur Rolle des Alters im ehrenamtlichen Engagement im Bevölkerungsschutz**

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend BMFSFJ (2011): Monitor Engagement „Wie und wofür engagieren sich ältere Menschen?“, Ausgabe 4, März 2011/ Datenquelle: Freiwilligensurvey, 2009

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2010): Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2010): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Berlin

Deutscher Bundestag (2002): Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. BT-Drucks. 14/8900. Berlin

Enste, P. & Olbermann, E. (2012): Senioren als Zielgruppe ehrenamtlichen Engagements im Zivil- und Katastrophenschutz. Dortmund

Klie (2012): In: Naegele, G. & Hüther, M. (Hrsg.): Demografiepolitik. Herausforderungen und Handlungsfelder, Berlin: Springer

Prognos/Generali (2009): Engagementatlas 2009: Daten, Hintergründe. Volkswirtschaftlicher Nutzen. Aachen: AMB Generali Holding AG

Dr. Thieß Petersen **Demografie und Bevölkerungsschutz**

Hartmann, Karl-Heinz/Krapf, Alexander, Demografischer Wandel als Herausforderung, in: Bevölkerungsschutz 1/2009: Demografischer Wandel – Risiko oder Chance?, hrsg. vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Bonn, S. 2 – 5

Hübler, Michael/Klepper, Gernot, Kosten des Klimawandels – Die Wirkungen steigender Temperaturen auf Gesundheit und Leistungsfähigkeit, Kiel 2007

Kröger, Hans-Peter, Ehrenamt sichern, in: Bevölkerungsschutz 1/2009: Demografischer Wandel – Risiko oder Chance?, hrsg. vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Bonn, S. 14 – 17

Landtag Brandenburg, Konzept der Landesregierung: „Zukunft des Brand- und Katastrophenschutzes im Land Brandenburg absichern!“, Drucksache 5/2616, Potsdam 2011

Neu, Claudia, Räumliche Ungleichheit nimmt zu, in: Demografische Forschung aus Erster Hand, Heft 3/2007, S. 3

Statistisches Bundesamt, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2009

Dr. Wolfram Geier **Zielgruppenorientierte Demografieforschung für den Bevölkerungsschutz**

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.): „Auswirkungen des demographischen Wandels auf den ehrenamtlichen Bevölkerungsschutz – Evaluation und Analyse wissenschaftlicher Studien“, Bonn 2012

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.): „Frauen als Zielgruppe ehrenamtlichen Engagements im Zivil- und Katastrophenschutz“, Bonn 2012

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.): „Migranten als Zielgruppe ehrenamtlichen Engagements im Zivil- und Katastrophenschutz“, Bonn 2012

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.): „Senioren als Zielgruppe ehrenamtlichen Engagements im Zivil- und Katastrophenschutz“, Bonn 2012

Benedikt Liefänder **Zwei Seiten einer Medaille – Bürgerschaftliches Engagement und Freiheit**

Allensbach-Studie Freiheit und bürgerschaftliches Engagement im Auftrag der Herbert Quandt-Stiftung

Aristoteles, 1989: Politik, Übersetzung, hrsg. von Franz F. Schwarz
Böckenförde 1976: Ernst-Wolfgang, 1976 Staat, Gesellschaft, Freiheit

Buchstein, Hubertus 1995: Die Zumutungen der Demokratie

Enquete-Kommission 2002: Bericht, Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements

Machiavelli, Niccolò, 2003: Politische Schriften,
hrsg. von Herfried Münkler

Münkler, Herfried, 1994: Subsidiarität, Zivilgesellschaft und Bürgertugend in: Subsidiarität, hrsg. von Alois Riklin/Gerard Bathinger

Münkler, Herfried/Loll Anna, Das Dilemma von Tugend und Freiheit, Friedrich Ebert

Stiftung, AK Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat

Schäuble, Wolfgang, Dr., Rede beim Globalen Wirtschafts- und Ethikforum am 11. März 2008

Dr. Christian Endreß, **Ehrenamtliches Engagement im Bevölkerungsschutz**

Bundesministerium des Innern (2012):
Das Ehrenamt – Rückgrat des deutschen Hilfeleistungssystems

<http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Standardartikel/DE/Themen/Sicherheit/ohneMarginalspalte/Ehrenamt.html?nn=106274>, aufgerufen am 22.06.2012

Endreß, Christian/ Eitner, Carolin (2011): Demografischer Wandel und die Herausforderungen an den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz, in: Notfallvorsorge, 2/2011.

Lange, Hans-Jürgen/ Endreß, Christian/ Wendekamm, Michaela et al. (2012): Akteure, Perspektiven und Wechselbeziehungen der Naturgefahrenabwehr, in: Forschungsforum Öffentliche Sicherheit (Hrsg.): Schriftenreihe Sicherheit, Band Nr. 9, Berlin.

ISBN 978-3-00-041153-3